PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 29.7. 1975 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

31. Juli 1975 Jg. 3 Nr. 30 50 Pfennig

KSZE:

Ohne Herrschaft der Völker keine Sicherheit für die Völker

Nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen wird die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 30. Juli in Helsinki abgeschlossen. Was bedeutet diese Konferenz für die Völker der beteiligten Staaten? Schafft sie ihnen Sicherheit und ermöglicht sie ihnen die Zusammenarbeit? Keins von beidem. Untersucht man einen Vertrag oder eine Vereinbarung zwischen Staaten, dann muß man untersuchen, was vereinbart wird und wer die Vereinbarungen trifft. Die schönsten Vereinbarungen sind nichts wert, wenn sie von Gaunern und Betrügern geschlossen werden. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollte durch die Genfer Konferenz vereinbart werden. Aber diese Sicherheit und Zusammenarbeit ist durch Gauner und Betrüger vereinbart worden. Deshalb tun die Völker Europas gut daran, den Vereinbarungen nicht zu trauen.

Von wem ging der Anstoß zu den Verhandlungen aus? Die Sowjetunion hat auf diese Verhandlungen gedrungen. Was versteht die Sowjetunion unter der Sicherheit der Völker? Als die Sowjetunion ein sozialistisches Land gewesen ist, ist sie eine Vorkämpferin des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Friedens gewesen. Sie hat die unterdrückten Völker, zum Beispiel das chinesische Volk, in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit entschlossen unterstützt. Die Sowjetunion hat durch ihre Politik den II. Weltkrieg zu verhindern versucht. Als sie schließlich durch den Angriff des Hitlerfaschismus in den Krieg hineingezogen wurde, hat sie sich an die Spitze des antifaschistischen Krieges gestellt und entscheidend zur Niederlage des Faschismus beigetragen.

Heute, nachdem die neue Bourgeoisie die Sowjetunion aus einem sozialistischen Staat in einen sozialimperialistischen Staat umgewandelt hat, ist aus der Vorkämpferin des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine sozialimperialistische Macht geworden, die in ihrem Streben nach Weltherrschaft auch vor dem Krieg nicht zurückschreckt. Dies hat die Sowjetunion mit ihrem Angriff auf die CSSR bewiesen und dies beweist sie täglich durch ihre Rüstungsanstrengungen, die der Expansion und Aggression dienen.

Heute macht die Sowjetunion der anderen Supermacht im Ringen um die Weltherrschaft Konkurrenz. Bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kam es der Sowjetunion darauf an, den eigenen imperialistischen Einflußbereich zu sichern und in den gegnerischen Einflußbereich Breschen zu schlagen.

Die USA und die Sowjetunion spielen die Obereuropäer

Worauf kam es der anderen Supermacht, den USA, an? Die USA sind nur widerwillig an den Verhandlungstisch der KSZE gegangen. Sie hatten bei dieser Konferenz nicht viel zu gewinnen. Unter dem Druck ihres eigenen Entspannungsschwindels konnten sie sich der Konferenz jedoch nicht entziehen. Für sie bringt die KSZE die Anerkennung als europäische Macht. Gleichzeitig haben sie zusammen mit den westeuropäischen imperialistischen Mächten versucht, gewisse Einflußmöglichkeiten auf die osteuropäischen Staaten zu schaffen. Dieses Ziel wird auch dadurch dokumentiert, daß Ford vor der Konferenz von Helsinki Polen und andere osteuropäische Staaten besucht hat.. Im großen und ganzen versucht jedoch die US-Regierung die Bedeu-

Fortsetzung S. 2



Portugiesische Landarbeiter bestellen nach Vertreibung der Grundherren gemeinsam ihr Reisfeld. Berichte über Portugal auf Seite 3.

"Lohnpause"

Die Sommerpause geht zu Ende, die Wirtschaft hat sich nicht erholt, und zu allem Übel stehen der bürgerlichen Klasse auch noch die Tarifverhandlungen ins Haus. Diese vorzubereiten haben sich ihre Presse und ihre Parteien aufgemacht. Die Not der Kapitalistenklasse und die Abhängigkeit der Arbeiter von deren Wohlergehen sollen bewiesen werden. Alles müsse getan werden, heißt es, damit die Kapitalisten wieder investieren und die Produktion erhöhen. Eine **Lohnpause** oder Lohnstopp wird dazu von der FDP verlangt. Damit sind die Kapitalisten natürlich vollkommen einverstanden, aber zu investieren, daran denken sie trotzdem nicht. Im letzten Jahr haben sie alle Gelder dankend genommen, nur an der Krise hat sich nichts geändert. Die letzten Tarifabschlüsse wurden von ihnen sogar als "vernünftig" bezeichnet: Die Arbeiter bekamen nicht mehr als die Preise stiegen. Jetzt heißt es, die letzte Lohnerhöhung sei doch zu hoch gewesen: Die Produktion sei weiter zurückgegangen als erwartet, und wenn weniger produziert würde, müßten selbstverständlich auch die Arbeiter weitere Opfer bringen.

In der Zwischenzeit wurden den Kapitalisten 8,4 Milliarden DM an Investitionshilfen in den Hintern geblasen. Nun sagen sie, sie hätten bei ihnen keine Investitionsfreudigkeit bewirkt. Die Kassen der Arbeitslosenversicherung wurden geplündert und den Kapitalisten zur "Arbeitsförderung" in den Rachen geworfen; dafür haben sie wieder Arbeiter auf die Straße geworfen. Ihre Hauptanstrengung im letzten Jahr lief darauf hinaus, den Preis, den sie für die gekaufte Arbeitskraft zahlen müssen, weiter zu drücken. Erst Kürzung der übertariflichen Zulagen, dann neue Akkordrichtsätze, die die Arbeit vermehren und den Lohn senken, jetzt wieder erneute Streichungen des nicht tariflich abgesicherten Teils des Lohns. Je niedriger die Lohnsumme, die sie zahlen müssen, um so höher die Profite, das ist ihre Rechnung. Für die Arbeiter geht diese Rechnung nicht auf. Verzicht auf den Lohn bedeutet Verzicht auf ein Stück Lebensmöglichkeit, er schneidet direkt ins Fleisch. Und zudem hilft er nicht. Nicht Mangel an Kapital und Waren ist die Ursache der Krise. Im Gegenteil, die Arbeiter haben für die Kapitalisten mehr produziert, als diese losschlagen können. Der Überfluß und die Verschwendung geht so weit, daß Produktionsanlagen nur mit halber Kraft gefahren werden oder ganz verrotten und die Arbeitskraft von Millionen Menschen ungenützt bleibt.

Damit das alle paar Jahre wieder passiert, damit die Kapitalisten mit dem nächsten Aufschwung die nächste noch größere Krise gleich vorbereiten können, sollen die Arbeiter jetzt Opfer bringen. Das ist nicht im Interesse der Arbeiter und nicht im Interesse des Volkes. So teuer wie möglich die eigene Haut verkaufen, das ist die einzig richtige Orientierung, solange die Arbeiterklasse noch nicht die Kraft hat, der kapitalistischen Mißwirtschaft und der Herrschaft der reichen Nichtstuer insgesamt ein Ende zu setzen.

Angriffe auf die Sozialleistungen

Immer öfter haben in der letzten Zeit die Verbände und Vereinigungen der Kapitalisten behauptet, die staatlichen Sozialausgaben seien zu hoch und müßten gekürzt werden, wolle die westdeutsche Wirtschaft aus der Krise herauskommen.

Einzelne Sprecher der CDU/CSU und FDP haben dies wohlwollend aufgenommen und teilweise Vorschläge dazu gemacht, wie man dem Ansinnen der Kapitalisten entsprechen könne. FDP-Politiker schlugen schon vor, die Krankenversicherung auf der Grundlage einer Eigenbeteiligung der Versicherten umzuorganisieren.

Durchsetzen müssen wird das Interesse der Kapitalisten an einer Einschränkung der Sozialausgaben aber die SPD, da sie gemeinsam mit der FDP die Regierung stellt. Dabei fällt ihr dies nicht leicht, hat sie doch ihre Wählerbasis großenteils in den Lohnabhängigen, denen gegenüber sie bisher als Partei der sozialen Reformen auftrat.

> **250 000 Unterschriften für Volksentscheid gegen den Paragrafen 218**
>
> **Die Komitees gegen den § 218 teilen in einer Presseerklärung mit, daß seit Anfang Juni 250 000 Menschen mit ihrer Unterschrift für einen Volksentscheid gegen den § 218 eingetreten sind. Berichte darüber auf Seite 10.**

Jüngst hat der Bundesgeschäftsführer der SPD nun ein Papier als "Diskussionsgrundlage" vorgelegt, mit dem die SPD ihrer Rolle als Regierungspartei, als welche sie den Abbau der Sozialleistungen nach dem Willen der Kapitalisten durchführen soll, gerecht werden will, ohne ihre Wähler zu vergällen. Wie man sehen wird, ein schweres Geschäft.

Als erstes wird in diesem Papier eine Polemik dagegen geführt, wie bisher die Debatte um den Abbau der Sozialleistungen geführt wurde. Nämlich *"einseitig, weil gegen die große Gruppe der Arbeitnehmer gerichtet"* (Süddeutsche Zeitung, 22.7.), woran sich die SPD bei ihrer Wählerbasis in der Arbeiterschaft nur schlecht beteiligen kann.

Zu den staatlichen Leistungen, die nach dem SPD-Papier abgebaut werden können, gehören Leistungen für die Beamten (Beihilfe im Krankheitsfall, Regelbeförderung, besondere Zulage), da nach Meinung der SPD die Beamten gegenüber den Arbeitern eh zu gut gestellt seien. Dazu gehört die Streichung der Ausbildungs- und Graduiertenförderung für Studenten und die Altershilfe für die Landwirte, die gegenwärtig nach Angaben der Bundesregierung vier Fünftel ihrer Altersrente aus Bundeszuschüssen erhalten.

Zusammenfassend charakterisiert der "Spiegel" die Kürzungsvorschläge des SPD-Papiers wie folgt: *"Abgebaut werden sollten soziale Privilegien zuvörderst bei der traditionellen Anhängerschaft der anderen: vor allem bei Beamten und Bauern."* (21.7.) Gerade diesen Eindruck auch wollte die SPD mit ihrem Diskussionspaier erreichen, das Sparmaßnahmen vorschlägt, die scheinbar die Arbeiter nicht kratzen. Aber als Arbeiter wird man da anderer Meinung sein. Beamter ist längst nicht gleich Beamter. Die Verfasser des SPD-Papiers, wohl allesamt Ministerialbeamte in Bonn mit Bezügen nicht unter 4 000 Mark, haben zwar einige "soziale Privilegien", deren Beschneidung man nur begrüßen kann. Daran, daß die soziale Lage der Mehrzahl der kleinen und mittleren Beamten verschlechtert wird, hat die Arbeiterklasse aber überhaupt kein Interesse und wird diese im Gegenteil gegenüber ihrem Dienstherren, dem Staat, unterstützen, wenn sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft herausschlagen so viel wie möglich. Auch kein Interesse daran hat die Arbeiterklasse, daß durch die Kürzung der Ausbildungsförderung die soziale Lage der Studenten verschlechtert wird, die zu Recht fordern, daß der Staat, der sie für seine und die Interessen der Kapitalisten ausbilden läßt, auch ihre Ausbildung bezahlt. Grad so ist es bei der Altershilfe für Landwirte, bezüglich der kleinen und mittleren Bauern, an deren Verelendung die Arbeiterklasse kein Interesse haben kann.

Auf was so der SPD-Vorschlag setzt, das ist die Hoffnung, die Arbeiter könnten nicht über ihre eigenen und unmittelbarsten Interessen hinaussehen und würden jede Kürzung freudig begrüßen, wo es bloß sie nicht trifft. Freilich sind so kurzsichtig die Arbeiter nicht, denn auch sie haben die Erfahrung, daß stets sie es sind, die letztlich am härtesten und schärfsten alle Sparmaßnahmen zu spüren bekommen. Gar kein Interesse haben sie aber an einer Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes, was die SPD mit ihrem Papier erreichen will, indem sie die Beamten und Bauern gegen die Arbeiter ausspielt.

Daß der Abbau der Sozialleistungen letztlich nicht irgendwelche "sozialen Privilegien", sondern die soziale Lage der Arbeiterklasse und des Volkes treffen wird, zeigt sich, untersucht man die Bereiche, in denen dieser Abbau schon voll durchgeführt wird, ohne daß es dazu propagandistischer Vorbereitung bedurfte. Auf der Ebene der Länder und Gemeinden.

In fast allen Bundesländern, egal Politiker welcher der bürgerlichen Parteien auch immer dort die Ministergehälter einstreichen, werden Einsparungen im Bereich des Bildungswesens, der Lehrereinstellungen vorgenommen.

In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ist beabsichtigt, die Fahrkostenerstattung für Schüler einzuschränken und teilweise zu streichen.

Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen sollen 79 Krankenhäuser mit 4 200 Betten geschlossen werden. *"Allein im Münsterland sollen nach dem inzwischen im Ministerialblatt veröffentlichten Bedarfsplan 38 Krankenhäuser mit 1 800 Betten ihre Pforten schließen."* (Aus Ortsbeilage Münster der KVZ Nr. 29)

Fortsetzung S.2

Neugruppierung der politischen Kräfte in Portugal

In Portugal bereitet sich eine Neugruppierung der politischen Kräfte vor. Die Sozialistische Partei unter Führung von Soares hatte in der vorletzten Woche ihre Minister aus der Regierung zurückgezogen, als sie ihren Standpunkt nicht durchsetzen konnte, daß die Freiheit des Eigentümers einer Zeitung höher stehen soll als der Wille der Arbeiter, die diese Zeitung herstellen. Für die Pressefreiheit, die sie durch die Ansprüche der Arbeiter gefährdet sah, und für die Freiheit überhaupt, die sie vor der Herrschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen retten will, hatte die Sozialistische Partei einige Tage darauf in Porto und Lissabon zu Massenkundgebungen aufgerufen.

Unter den aus dem ganzen Land zusammenströmenden Kundgebungsteilnehmern waren viele Angehörige und Gefolgsleute der Großbourgeoisie, der Großgrundbesitzer und der Hochfinanz. Mit Soares sind sie gegenwärtig dafür, daß der Sozialismus – wenn er schon nach dem Willen des Volkes sein muß – auf jeden Fall nicht "autoritär" sein soll. Nicht so autoritär auf jeden Fall, daß er ihnen die Freiheit nimmt, auf riesigen Gütern die Landarbeiter auszubeuten, in der großen Industrie die Arbeiter für ihren Reichtum schaffen zu lassen und über die Banken die selbständigen Bauern, die Kleinproduzenten und die Händler auszunehmen.

Gefolgt waren dem Aufruf der Sozialisten aber auch viele Menschen aus dem Volk, namentlich Bauern, Kleinproduzenten, Händler, die befürchten, daß die Revolution auch ihnen gegenüber "autoritär" auftritt und ihnen ihr Land, ihre Werkzeuge und ihr Haus nimmt.

Die Sozialistische Partei hat ihre Kraft überschätzt

Auf diese Massenkundgebungen in Porto und Lissabon gestützt, hat Soares Anfang letzter Woche den Rücktritt des Ministerpräsidenten Goncalves gefordert. Das war mehr gefordert, als die Kraft der Sozialistischen Partei reichte. Die Vollversammlung der Bewegung der Streitkräfte (MFA) bestätigte nicht nur Ministerpräsident Goncalves in seinem Amt. Sie berief ihn zugleich Ende der Woche gemeinsam mit Staatspräsident Gomes und dem Leiter der Sicherheitstruppen COPCON, Otelo de Carvalho, in ein Dreier-Direktorium, das die oberste Gewalt im Lande ausüben soll. Parteigänger der Sozialisten in der MFA waren so sehr in die Minderheit geraten, daß fünf von ihnen zur entscheidenden Sitzung gar nicht erst kamen.

Für die Sozialisten war also ihr Großaufmarsch zu einem Schlag ins Wasser geworden. Und von erneuten Aufrufen zu Massenkundgebungen können sie sich keine Wende erhoffen. Sie geraten damit nur immer stärker in die Klemme, in der sie sich schon beim letzten Mal befunden haben: Dort konnten sie zwar die Zahl ihrer Anhänger demonstrativ zur Schau stellen. Aber sie mußten darauf verzichten, sie unter bestimmten Forderungen aufzurufen, für die sie dann weiter im Volk werben und kämpfen konnten. Unter offen konterrevolutionären Forderungen konnten sie nicht aufrufen, ohne an Einfluß im Volk einzubüßen. Aufrufe aber nur für die "Freiheit" und für die Sozialistische Partei und gegen die revisionistische PCP müssen von Mal zu Mal an Kraft verlieren.

Zusammenspiel mit der offenen Konterrevolution

Die Sozialistische Partei hat in dieser Lage offenbar damit begonnen, mit der offenen Reaktion zu verhandeln. Der nach seinem mißglückten Staatsstreichversuch bis nach Brasilien geflohene General Spinola ist in der vergangenen Woche eigens zu solchen Verhandlungen nach Paris gekommen. Trotz mehrfacher Dementis der Sozialisten hält die brasilianische Zeitung "Tribuna da Imprens" daran fest, daß er sich dort mit Vertretern der Sozialistischen Partei und der ebenfalls aus der Regierung zurückgetretenen PPD getroffen habe: "Mehr noch, der General und Expräsident wußte bereits bei seiner Abreise aus Brasilien, daß er Vertreter der PS (Sozialisten) und PPD (Volksdemokraten) treffen würde." (Frankfurter Rundschau, 26.7.)

Auf der Straße in Portugal hat sich dieses Zusammenspiel zwischen der Führung der Sozialistischen Partei und der offenen Reaktion ebenfalls schon angedeutet. Mit ihren Massenkundgebungen gegen das weitere Fortschreiten der Revolution hat die Sozialistische Partei den direkt konterrevolutionären Organisationen und Verbänden die Schleusen für offenes Auftreten geöffnet. Die Pfaffen wittern wieder Morgenluft. Aus dem Norden Portugals wird gemeldet, daß die Bischöfe zu Demonstrationen gegen den Kommunismus und für die althergebrachten Rechte der Kirche aufgerufen haben. Schon während der Sozialistenaufmärsche hatten Reaktionäre Büros revisionistischer und revolutionärer Organisationen überfallen und zerstört. Einem Reporter der "Zeit" erzählte ein von Landarbeitern vertriebener Gutsbesitzer: "Andernorts organisieren bedrohte Besitzer jetzt einen bewaffneten Selbstschutz – und schössen auch, wenn es die Radikalen halt so haben wollten." (25.7.75)

Während die Reaktionäre wieder in der Öffentlichkeit auftauchen und im Ausland neue Bündnisse ausgehandelt werden, entwickeln sich die revolutionären Kräfte weiter. Die "Süddeutsche Zeitung" weiß zu berichten: "Für die Sozialisten gehen heute auch Bürger auf die Straße, die bei Salazar und Caetano mitmachten." (28.7.)

Die revolutionären Kräfte entwickeln sich

"In einer Stützungsaktion für die von der Regierung geplante Bodenreform haben rund 2 000 Landarbeiter mehrere große Güter im Raum Caruche östlich von Lissabon besetzt. Die Besetzungen, an denen auch Militärs und Vertreter des Instituts für Agrarreform teilnahmen, verlief friedlich. Insgesamt waren sechs größere Grundbesitze betroffen." (Süddeutsche Zeitung, 25.7.)

Bis in die Bundesrepublik gedrungen ist die Geschichte über den Landarbeiter Jose Diogo, der den Großgrundbesitzer, bei dem er angestellt war, erschlagen hatte. Am Samstag brachte das Fernsehen die für Westdeutschland unerhörte Nachricht, der Landarbeiter sei von einem Volksgericht freigesprochen worden. Der Fernsehsprecher fügte hinzu, daß damit die Grundlagen eines geordneten Justizwesens in Portugal zerbrochen seien.

Die Revisionisten verlieren an Boden

Aber nicht nur werden die Grundlagen der alten Ordnung durch die wachsende Organisiertheit und Aktivität des arbeitenden Volkes immer weiter erschüttert und zerbrochen. Gleichzeitig verlieren im Lager der politischen Kräfte, die mit der MFA zusammengehen, die Revisionisten der Kommunistischen Partei Cunhals an Boden. Ihre Versuche, gegen die Kundgebung der Sozialisten Gegenaufmärsche und Straßenblockaden zu organisieren, sind vollkommen gescheitert. Die französische Zeitung "Le Monde" berichtet:

"Die Kommunistische Partei, das ist sicher, fand sich isoliert. Ohne Erfolg hat sie versucht, Unterstützung zu finden. In Porto hat sie am Freitag Abend alle Gruppen der äußersten Linken zusammengerufen und ihnen eine gemeinsame Aktion vorgeschlagen. Aber die Linken, obwohl sie sich in wildester Feindschaft zu der 'konterrevolutionären' Haltung der Führung der PS (Sozialisten) befinden, haben sich geweigert, der Taktik der KP zu folgen, die sie als 'sektiererisch und abenteuerlich' beurteilt haben. Sie haben es alle vorgezogen, zur 'Einheit der Arbeiter, gleichgültig welcher Partei sie angehören', aufzurufen und für die Gründung und Entwicklung von 'autonomen Organen der Macht'.

Die Kommunisten werden zweifellos eine gewisse Zeit die Folgen einer solchen Niederlage spüren. Ganz offensichtlich, weil sie nicht mehr wissen, woran sie sind, forderten die Mitglieder seit Samstag eine Selbstkritik der Regionalleitung des Nordens."

In einer Lage, wo die Führung der Sozialistischen Partei daran ging, das breite politische Bündnis zu spalten, das die Politik der MFA bisher getragen hatte, wußten die Revisionisten nichts Besseres zu tun, als von sich aus die Spaltung der Bewegung noch zu verschärfen statt gegen die Spaltung durch Soares positiv die Losungen zu entwickeln, unter denen die Einheit möglich ist.

Die PCP isolierte sich damit nicht nur von den übrigen politischen Organisationen. Sie fand sich isoliert auch im Volk. Man ließ sie den Zorn spüren, der sich schon lange gegen ihre Politik der Bevormundung und Gängelei angesammelt hatte. Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet über einen dieser Vorfälle am 24.7.: "Über eine Demonstration von einigen hundert Einwohnern des Ortes Lourinho gegen zwei kommunistische Bankangestellte, die von den Truppen in Sicherheit gebracht wurden, gab der Sicherheitsstab COPCON Einzelheiten bekannt. Danach hatten die Einwohner bei einer Durchsuchung des kommunistischenParteibüros festgestellt,ı, daß dort Listen mit sämtlichen Kontoinhabern einer Bankfiliale sowie deren Kontoauszüge lagen. Sie wollten sich die Kontrolle nicht gefallen lassen und forderten von der Filiale die Entlassung der beiden Kommunisten." Tatsächlich konnte es keinen sichereren Weg geben, die Kleineigentümer, aber auch Lohnabhängige gegen sich aufzubringen als durch eine derartige heimliche Schnüffelaktion.

Ministerpräsident Goncalves über die Ziele der Revolution

Inzwischen hat Ministerpräsident Goncalves erstmals nach der Wahl des Dreier-Direktoriums öffentlich eine Erklärung abgegeben über die Politik, die künftig verfolgt werden soll. Auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes Intersindical sagte er, die "revolutionäre Avantgarde – worunter er verstand Arbeiterklasse und Streitkräftebewegung – dürfe nicht isoliert bleiben. Als Bündnispartner müßten das Kleinbürgertum, die Kleinindustrie sowie die kleine und mittlere Bauernschaft gewonnen werden. Dies sei nur möglich bei wirtschaftlichen Erfolgen." (Süddeutsche Zeitung, 29.7.75) Die völlige Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln sei zwar letztlich das Ziel der Revolution, aber gegenwärtig sei es unmöglich, dieses Ziel sofort umfassend zu verwirklichen, ohne die Bündnispartner abzuschrecken. Am Montag vorher hatte er ausgeführt, aktuell sei das Ziel "die Beseitigung der Privilegien der Großbourgeoisie und anderer privilegierter Bereiche, Beseitigung der ökonomischen Macht und Privilegien der großen Monopolgruppen und des Großgrundbesitzes, kollektive Aneignung der Produktionsmittel sowie Unterstützung der nationalen Produktion." (nach der portugiesischen Zeitung "O Seculo")

–W.M.–



Gewerkschaftsversammlung in einem portugiesischen Dorf

Landarbeiter freigelassen!

Das Volk kämpft für Gerechtigkeit

Die revolutionäre Bewegung des portugiesischen Volkes gewinnt an allen Fronten an Stärke. In dem Prozeß gegen den Landarbeiter Jose Diogo ist die Furcht der bürgerlichen Klasse vor der Volksbewegung offen zutage getreten: Das Gericht hat es nicht gewagt, die bürgerlichen Gesetze anzuwenden. Jose Diogo war seit einem Jahr im Gefängnis. Er war angeklagt, seinen Großgrundbesitzer ermordet zu haben. Dieser Großgrundbesitzer war als Faschist bekannt und als Unterdrücker der Arbeiter und Feind des Volkes in Castro Verde verhaßt. Unter der Caetano-Herrschaft hatte er die Landarbeiter geprügelt und sie hinterher noch ins Gefängnis und zur Geheimpolizei gebracht. Unter der neuen Regierung beachtete er die neu festgesetzten Mindestlöhne und die neu festgesetzten Wochenstunden nicht. Als Jose Diogo sich weigerte, über die vorgeschriebene Stundenzahl hinaus zu arbeiten, wurde er entlassen. Da er Frau und Kinder hat und nicht wußte, wie er sie ernähren sollte, ging er nach einer Woche wieder zum Großgrundbesitzer, um ihn um Arbeit zu bitten. Dieser warf ihn brutal hinaus, und im Zorn und aus Verzweiflung zog Jose Diogo das Messer.

Das Volk hat erkannt, daß es eine Verurteilung von Jose Diogo verhindern und für seine Befreiung kämpfen mußte. Denn mit einer Verurteilung würde die alte Ordnung der Feudalherren, die das Volk bis aufs Blut aussaugen, bestätigt, während das Volk noch vergeblich darauf wartet, daß die alten Faschisten vor Volksgerichte gestellt werden. Das Ziel war, den Prozeß umzuwandeln in ein Tribunal gegen die alte Ordnung und eine Verurteilung der Unterdrücker des Volkes.

Eine breite Solidaritätsbewegung für Jose Diogo forderte seine Befreiung. Nach dem Vorschlag der Vereinigung der ehemaligen politischen antifaschistischen Gefangenen wurde ein Volkstribunal gebildet, das sich aus acht Delegierten aus acht Fabriken und zehn Landarbeitern aus dem Gebiet von Castro Verde zusammensetzt. Dieses Volkstribunal wird im Interesse des Volkes urteilen und wird Jose Diogo freisprechen. Die Vertreter des Volkstribunals werden nach dem Urteilsspruch sofort nach Lissabon fahren und ihre Entscheidung der Versammlung der MFA mitteilen. Sie werden die MFA auffordern, ihr Urteil anzuerkennen.

Am 25.7. sollte das bürgerliche Gericht über Jose Diogo urteilen, doch die breite Solidarität der Massen erreichte, daß das Gericht vor der Entscheidung zurückschreckte. Das Gericht beschloß, die Verhandlung auf den 1. Oktober zu verschieben, und auf Antrag des Verteidigers, Jose Diogo gegen eine Kaution von 50 000 Escudos freizulassen. Die Summe wurde nach einem Aufruf im Radio innerhalb kürzester Zeit von der Bevölkerung Lissabons zusammengebracht.

Diese Entscheidung des Gerichts ist ein vorläufiger Sieg des Volkes auf dem Weg, der bürgerlichen Klasse das Recht streitig zu machen, über das Volk zu urteilen, und ein Schritt hin zur Errichtung von Volksgerichten, die vom Volk gewählt werden und im Interesse des Volkes urteilen.

–t., zur Zeit Lissabon–

Westdeutscher Imperialismus stützt portugiesische Reaktion

Nach den Worten Helmut Schmidts im Anschluß an die Europaratstagung kann sich die Bundesrepublik Deutschland als Verfechter demokratischer Verhältnisse nicht erlauben, Militärdiktaturen, ganz gleich welcher Richtung, zu unterstützen. Was davon zu halten ist – dazu einige Zahlen:

1961: Lieferung von 50 Leichtflugzeugen vom Typ Do 27-A-4 an Portugal. Sie werden zur Guerillabekämpfung in den portugiesischen Kolonien eingesetzt.

1961/62: 8 Patrouillen-Barkassen, fünf davon werden in Angola eingesetzt.

1966: 40 Kampfflugzeuge vom Typ Fiat G-91-R-4 an Portugal geliefert. Der größte Posten von Flugzeugen, der jemals von einem Land an Portugal geliefert wurde.

1968: 12 Flugzeuge vom Typ Nord 2501 D Noratlas, die als Transportmaschinen für Fallschirmjäger in Angola und Mozambique dienten.

Bis **1969**: 110 Flugzeuge vom Typ Do-27.

Darüberhinaus wurden 60 Düsenjäger vom Typ F-86 K Sabre, Hubschrauber, Panzer des Typs M 41 und M 47, Maschinenpistolen und andere Handfeuerwaffen an Portugal geliefert.

Diese Tatsachen, und es sind nur einige wenige, sprechen eine deutliche Sprache: Solange das portugiesische Volk unter faschistischer Unterdrückung leben mußte, solange seiner Ausbeutung keine Grenzen gesetzt waren und über den portugiesischen Kolonialismus die afrikanischen Kolonien mit ausgeplündert wurden, solange war es nicht weit her mit der Sorge der Bundesregierung um die Demokratie. Im Gegenteil, man beteiligte sich aktiv an der Aufrechterhaltung dieser Zustände. Beginnen aber Teile des Volkes in Portugal nach der Beseitigung des Faschismus die neugewonnenen demokratischen Rechte und Freiheiten zu nutzen, um die eigene Macht aufzubauen und das Joch der Ausbeuter zu zerbrechen, hat die Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun, als sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen und die Feinde des Volkes unter dem Mantel der "Verteidigung der Demokratie" zu stärken.

Zahlenangaben aus:

B. Schilling und K. Unger, Die BRD und das südliche Afrika. In: Kursbuch Nr. 21/1970, Seite 149.

U. Albrecht und B. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. RoRoRo Aktuell Nr. 1535, Seite 31–33.

M., Westberlin

KSZE - Fortsetzung von Seite 1

Ohne Herrschaft der Völker keine Sicherheit für die Völker

tung der KSZE herunterzuspielen und weist insbesondere darauf hin, daß die Vereinbarungen übet die Unverletzlichkeit der Grenzen keinen völkerrechtlichen Charakter haben.

Einige kleine Staaten haben nicht mitgespielt

Die verschiedenen europäischen Staaten waren sich mehr oder weniger bewußt, daß sie im Rahmen dieser Konferenz und der Politik der Supermächte mehr als Verhandlungsgegenstände denn als Verhandlungspartner gedacht waren. Einige kleine Staaten sind jedoch aus dieser ihnen zugedachten Rolle ausgebrochen, so vor allem Rumänien und Malta. Sie haben versucht, tatsächlich Fragen der Sicherheit der Völker gegenüber den Supermächten auf den Verhandlungstisch zu bringen. Malta hat die Verringerung fremder Streitkräfte im Mittelmeerraum gefordert. Diese Forderung hat ihm Versuche der Sowjetunion eingebracht, Malta kurz vor Schluß der Konferenz auszuschließen. Zu guter Letzt ist es den beiden Supermächten gelungen, die Forderung Maltas in einen allgemeinen Abrüstungsappell umzuwandeln, der sich an die Mittelmeermächte selber nicht weniger richtet als an die beiden Supermächte, die sich dort widerrechtlich tummeln.

Rumänien hat versucht, sich vor allem dagegen abzusichern, eines Tages im Rahmen eines Manövers des Warschauer Pakts besetzt zu werden. Substantielle Absicherungen konnte es dabei auch nicht erreichen. Das zeigt, wie recht die Volksrepublik Albanien gehabt hat, als sie sich von vornherein gegen die KSZE und die damit verbundenen Betrugsabsichten gewandt hat und der Konferenz ferngeblieben ist. Im wesentlichen hat nämlich die Konferenz nichts anderes bestätigt als das "Recht" der beiden Supermächte, die Belange Europas als ihre Belange zu betrachten, und das dient weder der Sicherheit der Völker Europas noch deren Zusammenarbeit.

Fortgesetzte Drohung mit erstem Atomschlag

Wie es um die Sicherheit der Völker Europas in Wirklichkeit bestellt ist, hat jüngst wieder die Debatte zwischen den Supermächten um die Berechtigung eines ersten Atomschlages zu Tage gebracht. Schlesinger hat verkündet, daß sich der US-Präsident, dieser Obereuropäer, selbstverständlich jederzeit das Recht vorbehalte, einen Atomeinsatz in Europa zu befehlen und über dessen Art und Umfang in freiem Ermessen zu entscheiden. Verteidigungsminister Leber hat dazu sofort Beifall geklatscht. Die Sowjetunion behält sich dieses Recht selbstverständlich genauso vor. Nicht umsonst waren weder die USA noch die Sowjetunion bisher bereit, dem Vorschlag der Volksrepublik China zu folgen und feierlich auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten als erstem Schritt auf dem Weg zur Vernichtung der Atomwaffen. So sieht es also in Wirklichkeit mit der Sicherheit Europas aus: Die beiden Supermächte behalten sich die Entscheidung vor, mit welchen Mitteln sie sich ihren Einfluß streitig machen wollen.

Es geht um die Sicherheit der Ausbeuterherrschaft

Wie sieht es aber in Europa selber aus? In Osteuropa haben sich im Zuge der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion ebenfalls neue Bourgeoisien herausgebildet und üben dort in Zusammenarbeit und im Auftrag des Sozialimperialismus die Herrschaft über das Volk aus. Eine Ausnahme bilden Albanien und Rumänien. Albanien hat an dieser Konferenz nicht teilgenommen. Rumänien hat aus seiner Auffassung von Sicherheit kein Hehl gemacht: Man darf den Supermächten nicht über den Weg trauen. In den westeuropäischen Kernländern sind selber imperialistische Bourgeoisien an der Herrschaft. Sie haben kein anderes Interesse als wie sie am besten mit den Supermächten und zwischen ihnen ihr eigenes Schäfchen ins Trockene bringen können. Wenn sie von Sicherheit reden, meinen sie die Sicherheit ihrer eigenen Herrschaft. Reden sie von Zusammenarbeit, dann meinen sie genau wie die Supermächte gegenseitige Konkurrenz und Zusammenarbeit höchstens gegen die Völker Europas wie jetzt gegen das portugiesische Volk.

In den verschiedenen "Körben" der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Inhalt in Helsinki jetzt durch die verschiedenen Staatsoberhäupter abgesegnet wird, befindet sich für die Völker Europas also nichts Erfreuliches. Das können sie aber auch nicht erwarten. In einem Lied der Arbeiterbewegung heißt es: "Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein." Auf der KSZE haben nicht die Völker selber geredet, weder das russische Volk, noch das amerikanische Volk, noch die Völker Europas. Geredet haben dort die Vertreter der herrschenden Klassen der jeweiligen Staaten. Entsprechendes ist herausgekommen: Für die Sicherheit und die Zusammenarbeit der Völker ist das dicke Vertragswerk nicht die Tinte der Unterschriften wert. Die Unterschreiber selber werden sich nur solange daran halten, wie sie sich einen Vorteil davon versprechen. Solange es den Imperialismus gibt und solange sich einige imperialistische Mächte um die Weltherrschaft streiten, kann es keine Sicherheit der Völker geben und eine Zusammenarbeit der Völker nur im Kampf gegen den Imperialismus. Der Imperialismus kann nicht durch Konferenzen der Imperialisten beseitigt werden, er kann nur durch die Beseitigung der Herrschaft der Imperialisten in ihren jeweiligen Ländern beseitigt werden. Während die Herren Staatsoberhäupter in Helsinki ihr Vertragswerk unterschreiben, werden sich die Völker an diese unumstößliche Tatsache erinnern müssen. Gerade davon soll sie der Entspannungsschwindel zu Helsinki abhalten.

–J.S.–

Fortsetzung von S. 1

Angriffe auf die Sozialleistungen

In fast allen Kommunen werden die staatlichen Leistungen verschlechtert, indem teurer gemacht: bei Fahrpreisen, Gas-, Wasser- und Strompreisen.

Es zeigt sich an diesen wenigen Beispielen, daß die bürgerlichen Parteien eine gemeinsame Marschrichtung bezüglich der Einsparungen von Sozialleistungen längst haben und daß es darüber wenig Auseinandersetzungen gibt. Die aktuell stattfindende Polemik zwischen den bürgerlichen Parteien dient so keinem anderen Zweck, als noch schärfere und umfassendere Angriffe auf die soziale Lage der Massen vorzubereiten.

Daß das Manöver der SPD dazu dient, sieht man auch an folgendem: Kaum war das Diskussionspapier veröffentlicht, hat sich der SPD-Geschäftsführer auch schon wieder dezent davon distanziert. Keinem anderen Zweck diente dieses "Diskussionspapier" als dem, den Kapitalisten zu demonstrieren, daß die SPD als Regierungspartei in der Lage ist, den Abbau der Sozialleistungen durchzuführen.

Aber von welcher Seite und von welcher bürgerlichen Partei vorgetragen die Angriffe auch immer kommen: Die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen können in der Krise weniger denn je eine Kürzung der Sozialausgaben zu ihren Lasten hinnehmen. Denn nur in der Taktik, nicht aber im Kern unterscheidet sich der Vorschlag der SPD von denen der Kapitalisten und der anderen bürgerlichen Parteien. Einig sind sie sich allemal darin, daß an den Sozialausgaben gestrichen werden muß. Das kann aber stets nur zu Lasten der Arbeiterklasse und des Volkes gehen, wovon auch das Spaltungsmanöver der SPD nicht ablenken kann.

chen Parteien. Einig sind sie sich allemal darin, daß an den Sozialausgaben gestrichen werden muß. Das kann aber stets nur zu Lasten der Arbeiterklasse und des Volkes gehen, wovon auch das Spaltungsmanöver der SPD nicht ablenken kann.

–e.r.–

KSZE-Debatte im Bundestag

Vergangenen Freitag ist in einer Sondersitzung des Bundestages die Debatte über die Ergebnisse der kanzler Schmidt kritisierte die CDU, weil eine Ablehnung der KSZE-Schlußakte den westdeutschen Impe- derte, "von der Entwicklung in Europa" auszugehen und vor allem von der "militärischen Rüstung im War- Opposition habe und deshalb besonders unnachgiebig sein müsse. Auf der Basis des imperialistischen Geschäfts

KSZE-Debatte im Bundestag

Vergangenen Freitag ist in einer Sondersitzung des Bundestages die Debatte über die Ergebnisse der KSZE geführt worden. SPD und FDP, die die gegenwärtige Bundesregierung stellen, traten für die Unterzeichnung des KSZE-Schlußdokuments ein. Die CDU, im Bundestag in der Opposition, trat für die Ablehnung des Dokumentes ein.

Befriedigt stellt die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" fest, *"daß niemand mehr Illusionen von einem angeblich sicher gewordenen Frieden feilbot"* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Juli). Bereits vor der Bundestagsdebatte hatte Bundesaußenminister Genscher im Bundesrat mit öliger Stimme betont, daß es sich bei den KSZE-Vereinbarungen nicht um völkerrechtliche Bindung handle, sondern um *"politisch-moralische Absichtserklärungen"*. Augenzwinkernd gab er zu verstehen, daß man sich an dieses Dokument nicht zu halten brauche, wenn man anderes vorhabe. Keine Fesseln wollen sich die Imperialisten auferlegen, wo sich ihre räuberische Konkurrenz und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt verschärft. Ausdrücklich hatte Genscher hervorgehoben: *"Eine besondere Unberührtheitsklausel wird sicherstellen, daß die Konferenztexte bestehende Rechte und Verpflichtungen sowie Verträge und Abkommen in keiner Weise tangieren werden"* ("Parlament" vom 19. Juli), womit z.B. sichergestellt ist, daß alle militärischen imperialistischen Bündnisse und Vereinbarungen weiterhin in Kraft sind und keinen Schaden genommen haben.

Die Sprecher der SPD/FDP und der Bundesregierung haben die Unterzeichnung gerechtfertigt. Willy **Brandt** hat erklärt, *"daß sie Berlin nicht ausklammern, daß sie uns nicht daran hindern, mit friedlichen Mitteln für unsere nationalen Interessen einzutreten, daß sie es den Westeuropäern nicht erschweren, sich in einer Union zusammenzuschließen"* (Zitate nach ARD-Sondersendung am 25. Juli). Gelungen ist also, daß diese Dokumente klarstellen, daß der westdeutsche Imperialismus nach wie vor Anspruch erheben kann auf die Einverleibung der DDR, eines souveränen Staates, daß der westdeutsche Imperialismus nach wie vor Berlin als Brückenkopf seiner Aggressionsbestrebungen aufrechterhalten kann, daß der westdeutsche Imperialismus nach wie vor keine Fesseln hat in der Verfolgung seines Zieles, in Westeuropa seine Vormachtstellung durchzusetzen. FDP-Vorsitzender und Bundesaußenminister **Genscher** hat erklärt, daß die Konferenz *"den status quo in* **Europa** *nicht festgeschrieben"* habe. Zufrieden wird also festgehalten, daß die KSZE den westlichen imperialistischen Mächten keine Fesseln bei der ökonomischen Durchdringung Osteuropas und ihrer Politik der Einmischung in innere Verhältnisse dieser Staaten auferlegt hat. Bundeskanzler **Schmidt** kritisierte die CDU, weil eine Ablehnung der KSZE-Schlußakte den westdeutschen Imperialismus *"in die internationale Isolierung treiben würde"*, und stellte fest, daß durch die Mitarbeit in dieser Konferenz der westdeutsche Imperialismus *"zusätzliche Handlungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, innerhalb der Atlantischen Allianz und weit darüber hinaus"* erworben hätte. Gemeinsam also ist allen Befürwortern der KSZE-Schlußakte, daß sie erstens feststellen, daß der Besitzstand des westdeutschen Imperialismus und seine imperialistischen Ansprüche auf die DDR und Berlin gewahrt worden sind, daß zweitens durch die Unterzeichnung des Dokumentes ihm in der Verfolgung seiner reaktionären Großmachtinteressen keine Beschränkungen auferlegt werden und daß er drittens durch und in dieser Konferenz sich auf der Weltbühne imperialistischer Politik erneut weitere Autorität und Führung verschafft hat.

Die Sprecher der CDU lehnten die Unterzeichnung ab. Werner **Marx** forderte, *"von der Entwicklung in Europa"* auszugehen und vor allem von der *"militärischen Rüstung im Warschauer Pakt"*. Er kritisierte die *"Vieldeutigkeit der Texte"*. Strauß erklärte, daß durch diese Konferenz eine *"Durchsetzung des Besitzstandes der Sowjetunion mit internationaler Verbriefung"* erfolgt sei. Fraktionsvorsitzender **Carstens** wandte sich gegen die *"Täuschung über die weltweite Sicherheitslage"*. Kern der Position dieser Reaktionäre war, daß dem Sozialimperialismus bereits jetzt die Zähne gezeigt werden müssen, der westdeutsche Imperialismus offener als hegemoniale Macht auftreten muß. Der CSU-Vorsitzende **Strauß** präsentierte sich als Sprecher der "Nation". Der Bundesregierung sagte er, daß sie *"gut beraten sei, wenn sie der Opposition ihr Nein noch honorieren würde"*, und daß *"dieses Nein für sie wertvoller sei als das ganze Entspannungsgerede"*. Denn damit kann die westdeutsche Regierung Geschäfte machen. Bei künftigen Verhandlungen kann sie so darauf verweisen, daß sie zuhaus eine Opposition habe und deshalb besonders unnachgiebig sein müsse. Auf der Basis des imperialistischen Geschäfts und des Übervorteilens der anderen können sich diese Herren immer verständigen.

Diese Debatte im Bundestag ist als Auseinandersetzung zwischen Politikern einer imperialistischen Macht geführt worden. Von imperialistischen Politikern, die sich darüber auseinandersetzen, wie die Ziele des westdeutschen Imperialismus durchzusetzen sind, und zwar am erfolgreichsten. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hält fest: *"Nicht nur die deutsche Frage und die europäische Option sind offen, sondern alle Entwicklungsmöglichkeiten."* (26. Juli) 'Alle Entwicklungsmöglichkeiten sind offen', d.h. dem westdeutschen Imperialismus ist kein Mittel verbaut in seinem Drang nach ökonomischer Expansion, Räuberei und politischer Gängelung anderer Staaten. Dies ist in dieser Debatte von allen bürgerlichen Parteien verlangt und bekräftigt worden.

H.J.H.

Arbeitsamtsdirektor fordert Bespitzelung der Arbeitslosen

Die Zahl der "unechten Arbeitslosen" liege sehr hoch. Meist könne es "unechten Arbeitslosen" nur sehr schwer nachgewiesen werden, daß sie arbeitsunwillig seien. Das erklärte der Direktor des Arbeitsamtes Pirmasens, Hans-Eckart Schmitt-Wallraff. Er forderte die Unternehmer auf, "den Mut zu haben", auf Vorstellungskarten den wahren Grund für das Nichtzustandekommen des Arbeitsverhältnisses zu schreiben. Dieser Mann, der die Kapitalisten zur Beschnüffelung der Arbeiter auffordert, bezieht sein Direktorengehalt unmittelbar aus Arbeitergeldern. (Nach: Blick durch die Wirtschaft vom 25. Juli)

Im Juni 18 000 mal Arbeitslosengeld gesperrt

In 18 014 Fällen haben die Arbeitsämter im Juni das Arbeitslosengeld und in 421 Fällen die Arbeitslosenhilfe gesperrt. Die Sperrung erfolgte nach Auskunft eines Sprechers der Bundesanstalt für Arbeit 14 734mal, weil die Arbeitslosigkeit "grob fahrlässig oder vorsätzlich selbst herbeigeführt worden war", und in 3 280 Fällen wegen Ablehnung einer "zumutbaren" Arbeit. "Grob fahrlässig" herbeigeführte Arbeitslosigkeit kann sein, wenn ein Arbeiter Überstunden verweigert oder eine Heraufsetzung der Akkorde nicht mitmachen will. (Nach: Süddeutsche Zeitung vom 25. Juli)

US-Einmischung in Portugal

Ein Vertreter des US-Außenministers Kissinger hat eine Abordnung der sogenannten "Befreiungsbewegung für die Azoren" (FLA) empfangen. Zum Programm dieser Organisation gehört die Lostrennung der Azoren von Portugal und die Garantie für den riesigen amerikanischen Militärflughafen Lajes auf den Azoren. Gebildet worden ist die Organisation nach dem Sturz des Caetano-Regimes und nachdem die neue portugiesische Regierung der Bewegung der Streitkräfte angekündigt hatte, daß sie die Benutzung von Lajes für US-Waffentransporte nach Israel nicht mehr genehmigen werde. Die Lissaboner Zeitung "Jornal Novo" gab die Nachricht weiter, daß zwischen der US-Regierung und den Separatisten "eine Übereinkunft bestehe, die finanzielle Hilfe für die FLA und als Gegenleistung die Unterstützung für die Erhaltung des US-Luftwaffenstützpunktes und die Ausbeutung der Kobaltvorkommen auf dem Archipel vorsehen" (Süddeutsche Zeitung vom 25. Juli).

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Der Beamte soll seinen Herrn lieben

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe veröffentlichte letzte Woche seine Entscheidung darüber, wer in diesem Lande in den Staatsdienst dürfen soll und wer nicht.

Die bürgerlichen Parteien haben auf dieses Urteil lange gewartet, denn auf der Grundlage dieses Urteils wollen sie das Beamtengesetz so ummodeln, daß niemand mehr im öffentlichen Dienst angestellt werden kann, der mit diesem Staat nicht auf äußerst freundschaftlichem Fuße steht.

Anlaß des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes war die Klage eines Juristen, der nach Abschluß seines 1. Staatsexamens in Schleswig-Holstein nicht in den Referendardienst übernommen worden war, da "Zweifel an seiner Verfassungstreue" bestünden.

Das Bundesverfassunsgericht hat nun mit Gesetzeskraft erklärt, daß niemand in den öffentlichen Dienst könne, der dem Staat und seiner Verfassung feindlich gesinnt sei oder auch *"nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegen Staat und Verfassung"* habe (Leitsatz 2 des Urteils).

Gefordert wird also vom Bewerber, daß er *"diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt"*.

Staatsdiener soll also künftig nur werden können, wer das Bekenntnis zur kapitalistischen Ausbeuterordnung und ihrer politischen Verfassung stets auf den Lippen trägt, wer dem Recht der Arbeiterklasse und des Volkes, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen, entgegentritt zugunsten der Herrschaft der Kapitalistenklasse.

Festgehalten im Streit der bürgerlichen Parteien hat das Bundesverfassungsgericht weiterhin, *"daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, ... die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt"*, genügt, um nicht in den öffentlichen Dienst zu kommen oder aus demselben herauszufliegen. Es soll damit wohl der Schwierigkeit Rechnung getragen werden, in die der bürgerliche Staat meist gerät, wenn er Kommunisten und fortschrittliche Menschen unter Angabe konkreter Gründe entlassen will. Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß die Kollegen der Betroffenen und die Menschen aus dem Volk diese Taten, weswegen einer entlassen werden soll, stets anders einzuschätzen pflegen, als dies der bürgerliche Staat tut.

Über die Bedeutung des Beamtenrechts heißt es in diesem Urteil: *"Die besonderen Pflichten des Beamten sind nicht aufgestellt in Ansehung der Interessen der politischen Partei, insbesondere nicht zur Behinderung ihrer politischen Aktivitäten, sondern in Ansehung der Sicherung des Verfassungsstaates vor Gefahren aus dem Kreise seiner Beamten."*

Sichern muß sich dieser Staat vor den Gegnern der herrschenden Eigentumsverhältnisse, wovon die Arbeiterklasse die entschiedenste ist. Es dient so die besondere Pflicht des Beamten zu nichts, als diesen öffentlich und unter Strafandrohung darauf festzulegen, daß er die Ziele und Forderungen der Arbeiterklasse nicht unterstützt, sondern dieser stets wo notwendig entgegentritt. Wann vor allem dies notwendig wird, hat das Verfassungsgericht auch gleich mitformuliert und damit auch offengelegt, warum die "politische Treuepflicht" der Beamten für die bürgerliche Klasse gegenwärtig so notwendig und doch schwer durchzusetzen ist. *"Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift."* (Leitsatz 2)

Ein Hort von Verteidigern der bürgerlichen Eigentumsordnung soll nach dem Willen des Gerichts der Staatsapparat werden. Denn die "politische Treuepflicht" gegenüber dem bürgerlichen Staat soll nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichts nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Angestellten des öffentlichen Dienstes gelten. *"Auch sie dürfen nicht den Staat, in dessen Dienst sie stehen, und seine Verfassungsordnung angreifen."* (Leitsatz 7) Gelingen wird dies freilich nicht. Denn die im öffentlichen Dienst beschäftigten 3,4 Millionen kommen zu großem Teil aus der Arbeiterklasse und dem Volk, und sie werden schwerlich diesen Staat als "hohen positiven Wert erkennen".

Gegenüber dem Lenhart-Urteil des Bundesgerichtshofes hat das Verfassungsgericht gleich noch eine weitere Verschärfung gebracht. Es hat festgelegt, daß die Pflicht zur Verfassungstreue auch für die Ausbildung von Gerichtsreferendaren gilt und daß seine Ausbildung als Gerichtsreferendar nicht beenden kann, wer nicht dem verlogenen Gedanken anhängt, dieser Staat und seine Verfassung garantiere Demokratie für die Arbeiterklasse und das Volk.

e.r.

Wie die Boschkapitalisten aus der Krise kommen wollen

Die Arbeiter müssen die Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau zurückweisen

Mit welchen Maßnahmen die Bosch-Kapitalisten gegen die Arbeiter vorgehen und wie sie ihre Profite sichern wollen, berichtet der Artikel aus Hildesheim. Sie bauen die Arbeitsplätze ab und investieren im Ausland. Sie erhöhen die Stückzahlen und planen "Ganzheitslösungen". Werksverlegungen und Stillegungen. Weniger Lehrlinge werden ausgebildet.

Alle diese Maßnahmen der Bosch-Herren verstärken den Druck auf die Arbeiter und Angestellten. Für die nächste Zeit bereiten die Kapitalisten einen umfassenden Angriff auf das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten vor. Sie wollen den Lebensstandard der Arbeiterklasse senken, um auf ihrem Rücken die Profite zu erhöhen. Die Bosch-Geschäftsleitung läßt erklären: *"Mit den Grenzen des Wirtschaftswachstums sind zwangsläufig auch die Verteilungsspielräume enger geworden. Der soziale Fortschritt und die Erhöhung des individuellen Lebensstandards müssen deshalb nicht nur auf eine langsamere Gangart umgestellt werden."* (Bosch-Zünder, Nr.5/75)

Damit die Kapitalisten eine schnellere Gangart für ihre Profite erreichen können, sollen die Arbeiter "langsamer" treten, das heißt zurücktreten.

Die Kapitalisten machen sich keine Illusionen darüber, daß die Arbeiter dabei stillhalten. Dr. Merk von der Bosch-Geschäftsleitung schreibt: *"Es läßt sich absehen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Zukunft nicht einfacher, eher schwieriger zu lösen sein werden."*

Wenn die Arbeiter die jetzigen Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen hinnehmen, wird das für sie gerade keine Lösung sein, denn die Kapitalisten werden ihre Angriffe weiter verstärken. Ihr Lebensprinzip ist der Profit, den sie aus der Arbeiterklasse herausschinden.

Hildesheim. Bereits im ersten Halbjahr 1974 sah die Lage für die Bosch-Kapitalisten nicht gut aus. Während ihr Umsatz im Ausland um 23 % stieg, stagnierte er im Inland.

Im Juni 1975 erklärt Dr. U. Merk (Bosch-Geschäftsleitung): *"Zu konjunkturell und strukturell bedingter beschleunigter Abschwächungstendenz im Inland traten im wachsenden Maß Absatzschwierigkeiten im Auslandsgeschäft ... und müssen wir 1975 den Personalstand weiter senken, um die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit unseres Unternehmens und damit auf die Dauer möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten."*

Mit der Erhaltung der Arbeitsplätze sieht es allerdings wie folgt aus: Waren 1973 82 844 in den westdeutschen Bosch-Betrieben beschäftigt, so fiel die Zahl 1974 um 10 % auf 74 525 und fiel vom 1.1.1975 bis zum 1.4.1975 um weitere 3 445, also um 4,6 %. Die Stunden Kurzarbeit lagen bei 3,6 Millionen Stunden und allein im Hildesheimer Werk wurden 1974 900 Kollegen entlassen.

Bosch investiert nicht mehr im Inland, sondern lediglich noch im Ausland

Im Ausland ist die Zahl der Bosch-Beschäftigten um über 10 % gestiegen. In Frankreich kam die Firma "S. Diessel" mit 1 100 Beschäftigten dazu.

In Südkorea, Brasilien, New York usw., überall eroberte sich Bosch neue Anlagequellen, und wenn Dr. Merk von "Konkurrenzfähigkeit" spricht, dann denkt er an die Löhne der Arbeiter in Südkorea, Taiwan, Singapur, Hongkonkg, die zwischen 10 und 20 Cent die Stunde liegen (25 bis 50 Pfennig).

Dies ist eine Art der Bosch-Kapitalisten, aus der Krise rauszukommen; diese Art wird ihnen mehr und mehr dadurch verdorben, daß die Völker in diesen Ländern sich gegen die imperialistische Ausbeutung zu wehren beginnen.

Eine andere Art ist es, die verbliebenen Arbeiter verstärkt auszupressen.

Man droht mit der Arbeitslosenzahl und treibt zu immer größerer Arbeitshetze, zu Umbesetzungen usw. an.

Ein Werkzeugmacher wurde aus dem Werkzeugbau an die Presse gesteckt, wodurch sein Stundenlohn um 60 Pfennig sank. In der Endprüfung für Farbfernseher in der Tochtergesellschaft Blaupunkt Hildesheim mußten vor einigen Monaten 30 Stück geschafft werden, jetzt sind es 60 Stück.

In der Plattenprüfung 1116 mußten vor zirka einem Jahr tausend Stück geschafft werden, jetzt sind es zweitausend.

In der Abteilung W 1161 macht ein Kollege jetzt die Arbeit, die sonst in zwei Schichten drei Kollegen geschafft haben, und im Hildesheimer Bosch-Werk selber wurde die Stückzahl von 2 100 Bürstenhaltern auf 2 500 Stück erhöht.

Durch die gesteigerte Arbeitshetze wird die Gesundheit ruiniert

So sind 1974 in den Werken Blaichach die registrierten Betriebsunfälle um 28,8 %, in Bamberg um 34,9 %, bei Eisenmann um 42,1 % und bei Hamac-Hölle in Viersen sogar um 62,5 % gestiegen. Diese Unfälle, so die Firmenzeitung "Bosch-Zünder", seien zu 57,7 % aus *"menschlichem Versagen"* entstanden.

Doch ein Unfall, der sich am 22.7.1975 im Hildesheimer Bosch-
22.7.1975 im Hildesheimer Bosch-
Werk zutrug, wiederholt sich bei Bosch täglich:

Die Kollegin X wollte den Stau von Eisenträgern auf dem Fließband auflösen. Ein solcher Stau entsteht an diesen Bändern etwa alle 10 Minuten. Nun muß man nach Vorschrift auf den Knopf drücken, wodurch das Band stehen bleibt, wodurch aber der Gruppenakkord nicht geschafft wird. Deshalb griff die Kollegin so in den Stau der Eisenträger und quetschte sich dabei die Finger ab.

In der Krise sind die Kapitalisten, weil sie in den Jahren der Konjunktur Anlasser, Radios, Kühlschränke usw. drauflos produzieren ließen. So haben sie mehr Radios, Kühlschränke und Anlasser produzieren lassen, als auf dem internationalen Markt verkauft wurden. Folge davon: Bosch steckt kein Geld mehr in die Erweiterung der Produktion.

Neue Arbeiter werden nicht eingestellt und ihr Geld verwandeln sie nur noch in Kapital, um durch Rationalisierungen mehr aus weniger Arbeitern herauszupressen. Deshalb stand in der Werkszeitung "Bosch-Zünder" (Nr. 5/75) auch ein Artikel unter der Überschrift: *"Bei Rationalisierungsvorhaben müssen alle Bereiche eng zusammenarbeiten."* Hier heißt es: *"Obwohl auch weiterhin Einzelmaßnahmen zur Senkung von Stoff- und Lohnkosten notwendig seien, werde das Schwergewicht doch bei den 'Ganzheitslösungen' liegen müssen, die Funktion, Qualität und Kosten eines Erzeugnisses in die Betrachtung einbeziehen ..."* Bosch will "Stoff- und Lohnkosten senken". Die Löhne sollen also gesenkt werden. Bosch will "Ganzheitslösungen", das heißt im ganzen Bosch-Konzern Lohnsenkung, Umbesetzung von einem Betrieb zum anderen. Zusammenlegung der Produktion und Produktionsstillegungen sind geplant. Über das einzelne Werk hinaus werden die Bosch-Arbeiter und -Angestellten in der Abwehr dieser Maßnahmen zusammenstehen müssen.

Immer weniger Lehrlinge

Weil die Bosch-Kapitalisten nicht mehr ihre Produktion erweitern, stellen sie immer weniger Auszubildende ein.

1974 waren 2 560 Jugendliche in Ausbildung, das war ein Rückgang zu 1973 von 10,5 %, und 1975 wollen sie in allen Werken nur noch 560 Jugendliche einstellen.

Im Hildesheimer Werk stellten sie nach ausführlichen Prüfungen 40 ein und entließen zwei nach der Probezeit, weil sie nicht den nötigen "Intelligenzquotienten" hätten (so war die Begründung).

Von den Jugendlichen, die Bosch einstellt, erhofft man sich: Profit! Dr. Merk: *"In unserem Ausbildungsplan legen wir nach wie vor Wert darauf, den Auszubildenden auch produktiv mitarbeiten zu lassen. Nach unseren Erfahrungen wirkt diese Mitarbeit motivierend hinsichtlich Lern- und Leistungsbereitschaft."*

In der Praxis heißt das: Blaupunkt-Lehrlinge müssen ein Vierteljahr ans Fließband, und dies bei einem Bruttolohn zwischen 358 und 500 DM. Gegen dieses Fließband protestierte bereits vor zwei Jahren die Hildesheimer Gewerkschaftsjugend.

Bei Blaupunkt hat sich die Jugendvertretung ferner dagegen ausgesprochen, daß 73 Jugendliche ohne Lehrvertrag nach ihrer Schule ein einjähriges "Betriebspraktikum" durchführen. Denn diese 73 kriegen von den Kapitalisten keinen Pfennig.

Bosch-Ausbeutungsmethoden als Richtschnur

Dr. Merk merkt schnell, wie man Profite macht und auch, wo man Geld für die Rationalisierungspläne herkriegt. So sollen Bosch-Ausbeutungsmethoden studiert werden und zur Richtschnur gemacht werden.

15 Millionen DM hat deshalb die Bundesregierung den Bosch-Kapitalisten überwiesen für das Forschungsprojekt *"Entwicklung und Einführung verbesserter Arbeitsstrukturen in der elektrotechnischen Industrie."*

Das Projekt entsteht in den Werken Blaichach und Hildesheim. -j./Red.-

VW will in Chile ein Zweigwerk

VW will in Chile über die Tochtergesellschaft VW do Brasil ein Montagewerk bauen. Nach der "Braunschweiger Zeitung" vom 22. Juli sind Vertreter des Konzerns mit der chilenischen Regierung zu Verhandlungen zusammengekommen. Der Plan besteht schon seit Ende 1974. 15 000 Wagen sollen montiert werden.

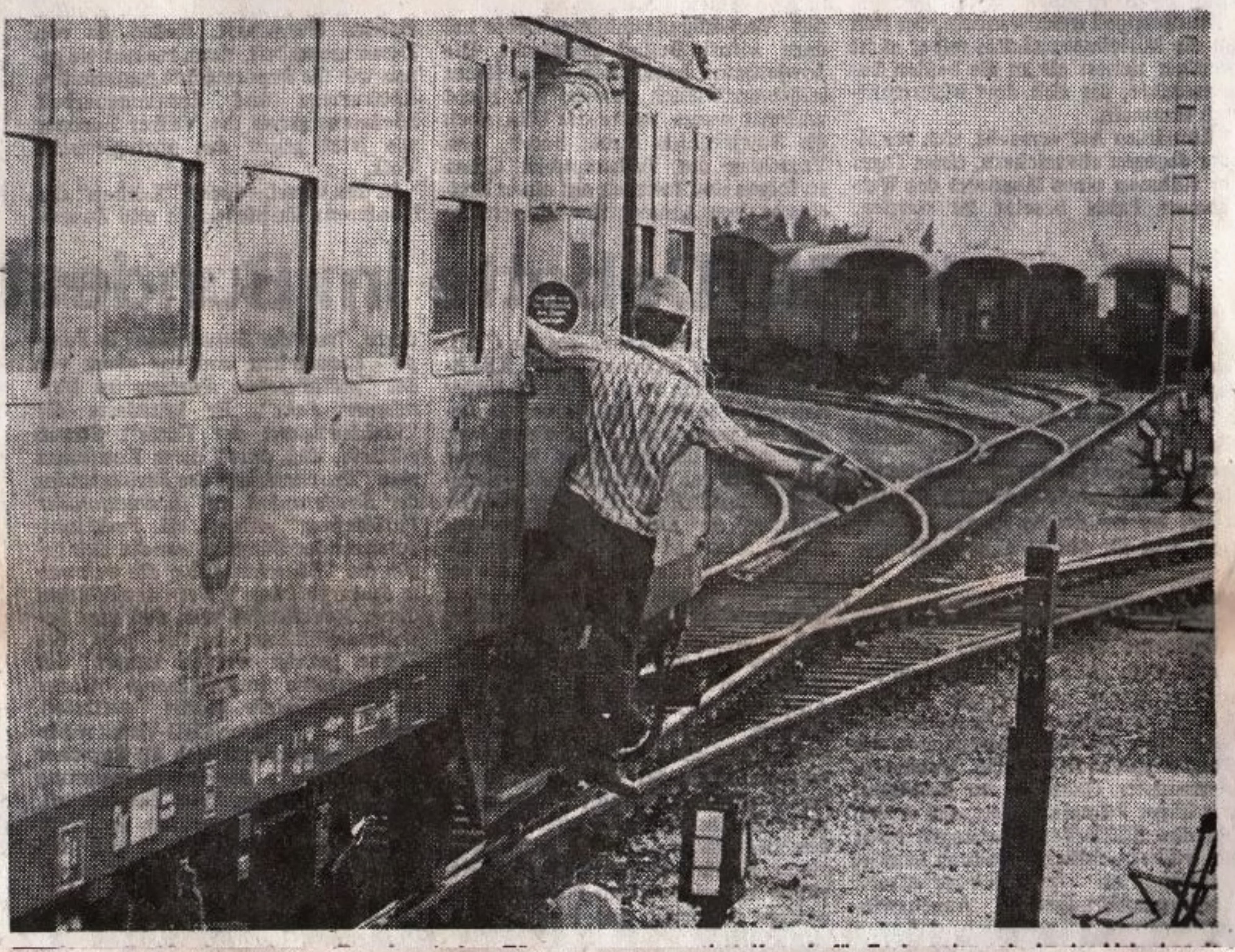
"Mit einem Montagewerk in Chile würde VW seine Position in den Ländern des Andenpakts stärken", heißt es dazu in der "Braunschweiger Zeitung"

Nachdem die Imperialisten die Junta in den Sattel hievten, wollen sie jetzt ernten.

. Auf wessen Kosten da Positionen gestärkt werden, ist klar: auf Kosten der chilenischen Arbeiterklasse, die durch die faschistische Herrschaft ein niedriges Lohnniveau hat und deren Ausbeutung ausländischen Kapitalisten immer lohnender erscheint, und auf Kosten der westdeutschen VW-Arbeiter, von denen immer mehr auf der Straße liegen. Gut merken muß man sich, daß über solche Projekte der VW-Aufsichtsrat entscheiden muß. In diesem Gremium sitzen solche Leute wie der IG-Metall-Vorsitzende Loderer, und man hat bisher von ihm kein Wort des Protestes gegen eine solohe Unterstützung der chilenischen Militärjunta gehört. Die Mehrheit der Mitglieder dieses erlauchten Gremiums gehört der SPD an. F., Braunschweig

---

Stuttgart. Die Daimler-Benz AG hat ihren Umsatz um 19 Prozent gesteigert. Beschlossen ist für 1974 eine Dividende von 15 Prozent.



Rund um die Uhr koppeln die Rangierarbeiter Züge zusammen und stellen sie für Ferienreisen ab. In der Urlaubszeit machen sich die Sparmaßnahmen auch beim Rangierbetrieb wie hier in Dortmund bemerkbar. Die Zusammenstellung eines Zuges dauert knapp vierzig Minuten. Die einzelnen Wagen werden abgestoßen und von den Rangierarbeitern mit Gleishemmschuhen oder Handbremsen gestoppt. In vier Stunden muß der Zug dann technisch überprüft und gereinigt und bespannt sein. Allein am Freitag, dem 25. Juli, sind dreißig Regelzüge und 24 Verstärkungszüge von den Arbeitern fertig gemacht worden.

Verkehrsunfälle bei der Bundesbahn

Profit geht über Leichen

Nach sieben schweren Zugunglücken im 1. Halbjahr 1975 folgte jetzt in Hamburg am 22. Juli ein weiteres. Diesmal kostete es elf Menschen das Leben. Siebzig wurden verletzt. Ursache der meisten Unglücke, bei denen insgesamt 71 Menschen starben und über 200 verletzt wurden, war nach Auskunft der Bundesbahnverwaltung "menschliches Versagen". Nichts anderes wird wahrscheinlich von den Staatsanwälten ermittelt und von Richtern in den Prozessen festgestellt werden, die jetzt gegen Lokführer und Bahnwärter eingeleitet werden. Tatsächlich sind die 71 Toten und mehr als 200 Verletzten allein in diesem Jahr Opfer der Rationalisierung. Personaleinsparungen haben dazu geführt, daß Fahrdienstleiter kleiner und mittlerer Bahnhöfe neben der Regelung des Zugbetriebes verschiedene andere Arbeiten erledigen müssen bis zur Fahrkartenausgabe. Weil gespart werden soll, hatten die beiden Züge, die in Warngau aufeinanderrasten, keinen Sprechfunk, worüber sie bequem hätten angehalten werden können, nachdem sie von den überlasteten Fahrdienstleitern auf die eingleisige Strecke geschickt worden waren.

Nach der Sommerpause wird der Bundestag über weitere Einsparungen bei der Bahn beschließen. 60 000 Stellen sollen gestrichen werden; in den nächsten zehn Jahren sollen sogar 120 000, das ist ein Viertel aller Beschäftigten, wegrationalisiert werden.

Darauf bestehen die Hauptprofiteure an der Bundesbahn, die westdeutschen Kapitalisten, denen die Bundesbahn die niedrigsten Tarife einräumt für den Güterverkehr. "Verstärkte Rationalisierung ... des Schienenverkehrs" fordert der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages in Anzeigen, die von der Bundesbahn finanziert werden. Wenn die Frachttarife gedrückt werden können, dann soll es dem Präsidenten des Industrie- und Handelstages auf ein paar Unfälle und einige Dutzend Menschenleben mehr oder weniger nicht ankommen. Dann muß mehr Arbeit aus weniger Leuten herausgepreßt werden. Profit geht über Leichen.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat sich gegen die Streichung von 60 000 Stellen bei der Bundesbahn gewandt. Sie hat gefordert, daß Geldmittel zum Ausbau der Sicherheitseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden müssen, und verlangt, daß die Einweisungszeiten vor Eintritt in die Dienstschicht für Lokführer und Fahrdienstleiter verlängert werden müssen. Ganzseitige Anzeigen bekam sie von der Bundesbahndirektion nicht finanziert, um den Standpunkt der arbeitenden Klasse gegen die Profitmacher zu behaupten.

Red.,
nach verschiedenen Zuschriften

„Mehr als 350 Millionen Tonnen Güter befördert die Bahn jährlich. Es entspricht dem natürlichen Vorteil des Schienenverkehrs, große Lasten mit verhältnismäßig geringem Energieaufwand über weite Strecken zu transportieren.
Die Wirtschaft braucht einen schnellen, zuverlässigen und preiswerten Schienengüterverkehr, um flexibel und konkurrenzfähig auf den Weltmärkten zu bleiben. Eine Verbesserung der Infrastruktur des Schienenverkehrs und seine verstärkte Rationalisierung sind daher dringend notwendig."

DB

Kapitalisten fordern verschärfte Rationalisierung bei der Bundesbahn.



Betriebsversammlung bei BASF. Die Geschäftsleitung will in größerem Umfang Kurzarbeit durchführen als Vorstufe zu Massenentlassungen. Der Betriebsrat lehnte bis jetzt weitere Kurzarbeit ab.

Arbeitsamt Speyer:

Arbeitsvermittlung unter Tariflohn

Speyer. Um einerseits Arbeitslosengeld einzusparen und andererseits den Kapitalisten bei der Senkung der Reallöhne behilflich zu sein, arbeiten die Arbeitsämter immer offener als Lohndrücker. Das Arbeitsamt wird eingesetzt, damit die übertariflichen Teile des Lohns nicht gezahlt werden müssen. Das Arbeitsamt vermittelt weiter Arbeitsplätze, wo nicht einmal der Tariflohn bezahlt wird, z.B. das Arbeitsamt in Speyer:

Im März dieses Jahres wurde das Werk Speyer von Salamander geschlossen (wir berichteten darüber in der KVZ).

Mittlerweile hat ein anderer Unternehmen, Frischmann, einen Teil der Hallen gemietet und läßt wieder von etwa 50 Kollegen Schuhschäfte produzieren. Frischmann gehört nicht dem Unternehmerverband an. Er zahlt keine Tariflöhne, die in der Schuhindustrie bei 4,90 bis 5,71 DM liegen.

Das weiß das Speyerer Arbeitsamt ganz genau.

Dennoch hat das Amt Arbeitslose dorthin vermittelt. Bei diesen Vermittlungen spekuliert das Arbeitsamt mit der Unwissenheit und der Angst der Arbeitslosen, das Stempelgeld endgültig gesperrt zu bekommen.

Die meisten Kollegen wußten nämlich nicht, daß sie eine Arbeit unter Tarif nicht anzunehmen brauchen.

In diesem Betrieb zum Beispiel bekommt eine Stepperin, die sich sogar von der Berufsschule befreien lassen mußte, um diesen Job zu bekommen, einen **Stundenlohn** von 2,77 DM (kein Druckfehler).

K.,G., Ortsgruppe Speyer

BASF: Keine weitere Kurzarbeit!

Ludwigshafen. Am Freitag, dem 25. Juli, wurde die BASF-Belegschaft vom Betriebsrat informiert, daß weitere sieben Anträge auf Kurzarbeit für 5 500 Arbeiter vorliegen.

Schon zuvor hatte die Geschäftsleitung für 4 200 Kurzarbeit beantragt, was aber zunächst von dem Betriebsrat abgelehnt worden war.

Am 10. Juli stimmte der Betriebsrat dann doch der Kurzarbeit in den Abteilungen Farben I, Farben II und Styroplast für drei Monate zu. Ab 1. August sind davon 2 000 Kollegen betroffen, ab 1. September kommen noch weitere 1 000 dazu.

In Farben I mußte die Geschäftsleitung nach einer Überprüfung des Betriebsrates von 1 034 angemeldeten Anträgen 138 zurücknehmen, in Farben II von 942 sogar 423. Zudem zog sie die Anträge für 1 200 Kollegen in den Abteilungen Hilfsmittel, Spezialprodukte und Vinoflex zurück.

Von der neuen Kurzarbeit sind die Bereiche Fasern, Rohstoffe, Kunststoffe, Magnettechnik und Energie betroffen.

Auf getrennten Pressekonferenzen am Freitag bezogen der Vorstand und der Betriebsrat Stellung.

Der BASF-Vorstand drohte mit der Entlassung von 200 Kollegen der Abteilung Magnettechnik, wenn der Betriebsrat der Kurzarbeit nicht zustimmt. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hermann warf der Geschäftsleitung vor, mit der Kurzarbeit wolle sie "**bei der Bundesanstalt abkassieren, so daß die Kurzarbeiter über ihre Steuern die Ausfälle selbst finanzieren**". So wolle die Geschäftsleitung eine "**Sozialisierung der Verluste**" betreiben.

Für die Kapitalisten dient die Kurzarbeit dazu, Massenentlassungen vorzubereiten. Der Betriebsrat erklärte dann auch, er habe "**den begründeten Verdacht, daß die Unternehmensleitung die Kurzarbeit lediglich als Vorstufe zu Massenentlassungen ansieht**", und die Verwaltung schüre bewußt die Angst um den Arbeitsplatz, um den Leistungsdruck zu verstärken.

Mit der Schönfärberei der Kapitalisten ist es nun vorbei.

Durch die Kurzarbeit und die Streichung der Zulagen, die tariflich nicht oder nur teilweise abgesichert sind (Erschwerniszulage, Laborprämie usw.), soll der Lohnanteil gekürzt werden

Das fällt zusammen mit dem Abbau der Arbeitskräfte. Die Belegschaft wurde seit Anfang 1975 um 1 000 gekürzt. Vielen Fremdfirmen wurde gekündigt. Die Arbeit soll durch die BASF-Kollegen zusätzlich gemacht werden.

Zudem überlegt die Geschäftsleitung nun, den Arbeitern den Verlust des Arbeitsplatzes, eine Kündigung von seiten der Kollegen mit einer Abfindung schmackhaft zu machen.

Demag– Kalldorf

Düsseldorf. Auf der Betriebsversammlung bei DEMAG-Lauchhammer am 14.7. wurde vom Betriebsrat über die Situation bei DEMAG-Kalldorf berichtet und der Kampf der Kalldorfer gegen die beabsichtigte Stillegung geschildert. Der Betriebsrat forderte die Geschäftsleitung auf, zu prüfen, inwieweit nicht durch Kurzarbeit in den anderen DEMAG-Betrieben eine Schließung des Werkes in Kalldorf verhindert werden kann.

Dadurch, daß alle DEMAG-Arbeiter die Last auf alle Rücken verteilen, erklären sie sich aber nur bereit, die Pläne der Kapitalisten kampflos hinzunehmen. Den Kapitalisten werden die DEMAG-Arbeiter nur in den Arm fallen können, wenn sie geschlossen die Stillegung ablehnen und gemeinsame Schritte dagegen unternehmen.

Arbeitslosenausschuss

Die Aufgaben eines gewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses

Hildesheim. Auf einer Veranstaltung des Kreisjugendausschusses des DGB beschlossen zirka 50 Kollegen die Gründung eines Arbeitslosenausschusses.

Doch diese Gründung mußte noch durch den Kreisvorstand bestätigt werden, was zunächst Schwierigkeiten bereitete. Trotzdem trafen sich einige Kollegen. Sie schrieben mit Unterstützung des Stadtjugendpflegers Briefe an über hundert jugendliche Arbeitslose mit der Aufforderung, mitzumachen. Doch das Ganze wollte nicht so richtig in Gang kommen. Woran lag das?

Dies hatte seine Ursachen erstens in der noch fehlenden Anerkennung durch den Kreisvorstand und zweitens darin, daß man zwar viele richtige Forderungen hatte, aber auf der Grundlage dieser Forderungen keine Aktionen durchgeführt wurden.

Die Aktionen beschränkten sich auf die Erstellung eines Fragebogens für die Berufsschüler, was nützlich ist, aber nicht reicht.

Was ist die Grundlage von Arbeitslosenausschüssen? Gerade in Anbetracht der kommenden Lohnauseinandersetzungen werden die Kapitalisten die Arbeitslosen als Mittel zur Lohndrückerei einsetzen. So wollen sie den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter schwächen. Dagegen hilft aber nur eine einheitliche gewerkschaftliche Organisierung, und deshalb spielt die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitslosen eine sehr aktuelle Rolle für alle Arbeiter.

Es wird nun ab 19. August in Hildesheim einen vom Kreisvorstand des DGB anerkannten Arbeitskreis für arbeitslose Kollegen geben.

Dies ist gut.

Aber es darf nicht geglaubt werden, ein Arbeitslosenausschuß bestehe darin, einmal die Woche zu tagen und sonst weiter nichts zu machen. Ein Arbeitslosenausschuß muß darauf hinwirken, daß die Gewerkschaft die arbeitslosen Kollegen registriert, er muß bei ihnen Beitrag für die Gewerkschaft kassieren, er muß den Kollegen die Gewerkschaftszeitung bringen usw. und er muß verschiedene Aktionen vorschlagen und organisieren, zum Beispiel: Arbeitslosenklassen gehen in die Facharbeiterklasse oder über die Lage der Arbeiter in der Stadt können Dia-Serien gemacht werden. Zur Vorbereitung der Lohnauseinandersetzung in den Branchen müssen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Mit dem Personalrat und Vertrauensleutekörper vom Arbeitsamt muß gute Verbindung aufgenommen werden, damit überprüft werden kann, an welche Firmen wird vermittelt, zu wieviel Lohn usw. Auf Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft nehmen auch die Arbeitslosen teil. –j.–

Gewerkschaftsmitglieder nehmen Stellung in den Gewerkschaftszeitungen

Paragraph 218 muß zu Fall gebracht werden

In den Gewerkschaften wird die Diskussion über die Abschaffung des § 218 geführt.

In den Gewerkschaftszeitungen nahmen Mitglieder in Leserbriefen Stellung gegen den § 218. Wir zitieren aus verschiedenen Zuschriften:

In "Metall" Nr. 6 vom 25. März 1975 schreibt H. Kuhn aus Augsburg:

"Das reiche Mädchen und die reiche Frau werden wie bisher ihr unerwünschtes Kind abtreiben lassen. Niemand wird es erfahren, niemand wird sie bestrafen. Das arme Mädchen und die arme Frau werden sich wie bisher selbst helfen oder zu einem Pfuscher gehen, leiden und sterben. Nichts wird sich ändern!"

P.B. Müller aus Altena schreibt in "Metall" Nr. 7 vom 8. April 1975:

"Die oberen Zehntausend haben von jeher den Paragraphen 218 nicht respektiert. Diese Frauen gingen für ein hohes Honorar woanders hin und es war erledigt. Nur der armen Bevölkerung droht die Strafe. ..."

R. Etheber aus Köln berichtet in "Metall" Nr. 14 vom 15. Juli 1975:

"Wir haben im Vertrauenskörper des Ford-Ersatzteillagers Köln die Diskussion über den § 218 wiederaufgenommen. Das Bundesverfassungsgericht hat den § 218 mehr oder weniger auf ewig zementiert, obwohl die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung für eine Änderung des § 218 eingetreten ist, und dies auch durch die Unterstützung der Gewerkschaften. Dieses Urteil ist undemokratisch und unsozial: Es läßt weiterhin Hunderttausende von Frauen in der Illegalität. (...)

Solange sich diese unsozialen Zustände und die finanzielle Unsicherheit nicht ändern, so lange wird es auch immer wieder den Zwang zur Abtreibung geben, denn aus Spaß treibt keiner ab! Wir waren uns einig darüber, daß uns nun der Bundestag und das Parlament nicht mehr helfen können. Wir waren der Meinung, daß jetzt nur noch der Druck und die Initiative des Volkes helfen können, den § 218 zu Fall zu bringen, und zwar indem man den Volksentscheid über den § 218 anstrebt. Ein dementsprechender Antrag wurde am 1. Juni 1975 auf der Ford-Vertrauensleute-Vollkonferenz verlesen. Er wurde mehrheitlich angenommen. Es wurde vorgeschlagen, diesen Antrag auch auf der Vertreterkonferenz der IG Metall Köln zu verlesen, wo er am 18. Juni 1975 von den Delegierten angenommen wurde."

"druck und papier", das Zentralorgan der IG Druck und Papier, druckte in Nr. 14 vom 7. Juli eine Leserzuschrift des Komitees gegen den § 218 in der Kölner Druckindustrie ab:

"Im anschluß an den artikel von Gisela Kessler "ein schlag ins Gesicht" in der "druck und papier" nr. 5 vom 3.3.1975 über das urteil des bundesverfassungsgerichts zum § 218 hat es eine lebhafte leserdiskussion in der "druck und papier" gegeben. (...)

Der kollege Josef Stein tut in seinem leserbrief in der "druck und papier" nr. 8, 14. 4. 75, so, als ob das problem des abtreibungsverbotes mit dem spruch des bundesverfassungsgerichts gelöst sei. Dies ist ein zeichen dafür, daß er keineswegs die gesellschaftliche wirklichkeit im auge hat, sondern völlig formal und inhaltsleer an diese frage herangeht! (...)

3. Solange sich an diesen zuständen nichts ändert, wird es auch im volk eine bewegung gegen das abtreibungsverbot geben. In dieser bewegung setzt sich zunehmend die erkenntnis durch, daß der § 218 vollständig gestrichen werden muß. Denn es sind zweierlei dinge, ob es *besser* ist (aus medizinischen gründen), in den ersten drei monaten abzutreiben oder ob jemand dafür *bestraft* werden soll, daß er durch seine soziale situation zum abtreiben gezwungen wird.

4. Herr Stein hat in seinem leserbrief gemeint, daß die behauptung, die mehrheit des volkes sei gegen den § 218, erst durch einen volksentscheid bestätigt werden müsse. Das komitee gegen den § 218 in der kölner druckindustrie ist der überzeugung, daß tatsächlich ein volksentscheid durchgeführt werden sollte. Allerdings nicht, um eine meinungsumfrage zu veranstalten, sondern um den § 218 vom tisch zu bekommen. Weder das parlament noch die regierung können nach dem urteil des bundesverfassungsgerichts das interesse der besitzlosen und unterdrückten klassen in dieser frage durchsetzen. Dies geht heute nur noch, wenn das volk seine eigene entscheidung durchsetzt.

Acht Lehrer der Realschule Köln-Chorweiler schrieben in der GEW-Zeitung "Erziehung und Wissenschaft" Nr. 7 vom 1. Juli:

"... Nachdem das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gegen große Teile der Bevölkerung gefällt hat, müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, wie das Volk selbst seinen Willen zum Ausdruck bringen kann.

In zahlreichen § 218-Komitees in vielen Städten ist die Forderung aufgestellt worden, daß das Volk selbst Gelegenheit haben muß zu entscheiden, also Volksentscheid gegen § 218. Darüber ist eine lebhafte Diskussion entstanden. Die Forderung hat vielfache Zustimmung gefunden, sie ist auch abgelehnt worden, ohne daß andere Vorschläge, wie der Kampf gegen den § 218 konsequent weitergeführt werden kann, genannt wurden.

Wir sind der Meinung, daß darüber eine breite Diskussion in der GEW und in den anderen Gewerkschaften stattfinden muß. (...)"

Die Frauen-Hauptversammlung der IG Chemie, Papier, Keramik, Verwaltungsstelle Köln, beschloß folgenden Antrag, der in der "Gewerkschaftspost" der IG Chemie vom Juli abgedruckt wurde.

"Wir lehnen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beibehaltung des Paragraphen 218 ab. Die Indikationslösung verhindert weiterhin, daß die Bevölkerung in dieser Frage selber entscheidet, ob eine Abtreibung notwendig ist oder nicht. Die jetzt im Bundestag geführte Debatte um die Ausnutzung des Spielraums, den das Karlsruher Urteil bietet, kann uns nicht weiterhelfen, weil es von vornherein an den engen und falschen Rahmen des Urteils gebunden ist.

Natürlich sind wir gegen Abtreibungen, aber wir lehnen den Paragraph 218 ab, weil unter den gegebenen materiellen und finanziellen Gegebenheiten eine Abtreibung manchmal der letzte Ausweg sein kann. Deshalb werden wir unsere Aktivitäten jetzt nicht einstellen."

Unterschriftensammlung im Betrieb: Für Volksentscheid gegen den Paragraf 218

Köln. Bei Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD) in Köln haben in drei Abteilungen die Mehrheit der Kollegen die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben.

1. Die Gabelstaplerfahrer der Halle 100 (Kleinmotorenproduktion).

2. Im Schreibsaal hat spontan eine Kollegin die Unterschriftensammlung in die Hand genommen und alle anwesenden Kolleginnen haben unterschrieben.

3. In der Programmierabteilung hat ebenfalls die Mehrheit der Kollegen die Forderungen der Komitees unterstützt.

–KHD-Betriebszelle–

Universitätsklinik Frankfurt:

Das Personal an der Uni-Klinik setzt sich zur Wehr

Frankfurt. 182 von 250 Krankenpflegeschülern am Universitätsklinikum hatten sich am 23. Juni in einem offenen Brief an die hessische Landesregierung gewandt und gegen die Mieterhöhung, die Essenspreiserhöhung, die Streichung von Planstellen, Einstellungsstopp von Hilfskräften und gegen die Kürzung der Wechselschichten protestiert. Sie zeigten auf, daß mit den völlig unzureichenden Kräften eine sachgemäße Pflege der Kranken nicht mehr gewährleistet werden kann (siehe KVZ Nr. 26).

Nachdem die "Frankfurter Rundschau" den Brief auszugsweise veröffentlicht hatte, gab der Dekan des Fachbereichs Humanmedizin an der Universität Frankfurt eine Presseerklärung dagegen heraus, die den Protest der Schüler als weitgehend ungerechtfertigt zurückwies.

Die Schüler forderten daraufhin den Dekan in einer Erklärung auf, seine Presseerklärung öffentlich bis zum 22. Juli richtigzustellen, anderenfalls würden sie seine Presseerklärung durch Zusendung des Antwortbriefes an die Presse selber richtigstellen.

Der Dekan: "Nötigung"

Obwohl Tatsachen, die jedem in der Klinik bekannt sind, nämlich die Mieterhöhung, die Essenspreiserhöhung und die Personallage, keine "Recherchen" und "Überprüfung" erfordern, fühlte sich der Dekan wegen des Termins "genötigt". Die Schüler übergaben den Brief an die Presse.

Darin zeigten die Pflegeschüler noch einmal auf, daß die Mieterhöhung finanziell untragbar ist, und bewiesen, "daß allein die Erhöhungen in der Klinik unsere Einkommenserhöhung einbehalten".

Die Schüler schreiben: "Ihre Erklärung, daß die entstehenden Kosten (des Casino-Essens) durch die Essenspreiserhöhung noch nicht gedeckt werden, täuscht über die Tatsache hinweg, daß das preisgünstige Kantinenessen von den Belegschaften der Krankenhäuser erkämpft wurde und diese soziale Errungenschaft den Bediensteten der Uniklinik jetzt genommen werden soll."

"Bei der Kürzung der Wechselschichtzulage handelt es sich um eine reale Gehaltskürzung. Möglich geworden ist sie durch die bestehende Arbeitslosigkeit, die auch die hessische Landesregierung ausnutzt, um das Personal auszupressen. Sie versuchen in Ihrer Presseerklärung den Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei der Zahlung der Wechselschichtzulage um eine besondere Gunst der Landesregierung, wo jeder weiß, daß das Gehalt unterm Strich bleibt, wenn die Schichtzulage nicht gezahlt würde. Außerdem ist die Arbeit in Wechselschicht, insbesondere die zehnstündige Nachtschicht, eine zusätzliche Belastung. Den Auszubildenden wird obendrein, obwohl sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, die Schichtzulage verweigert.

Zu der für das Personal an der Uniklinik äußerst gravierenden Tatsache, daß trotz Arbeitszeitverkürzung der Personalbestand nicht aufgestockt wurde und jede freiwerdende Stelle drei Monate unbesetzt bleibt und 25 Prozent der Stellen ganz gestrichen werden, haben Sie in Ihrer Presseerklärung lediglich festgestellt, daß dies stimme und im übrigen der Kultusminister sich bemühe, Ausnahmen zu erwirken.

Sie können nicht ernsthaft wollen, daß wir in einer Lage äußerster Personalnot an der Klinik den Bemühungen derjenigen trauen, die den Bediensteten die Schichtzulage gekürzt haben, die Essenspreise erhöht haben, die Mieten erhöhen wollen, die die nötige Aufstockung des Personalbestandes verhindern und auch eine Verschlechterung des Bettenschlüssels bereits vorbereiten.

Alle Erfahrungen sind, daß sich zum Wohl der Bediensteten und der Kranken an der Klinik nur dann etwas ändert, wenn sich das Personal zur Wehr setzt."

Weiter wurde anhand von Beispielen aufgezeigt, wie sich der Personalmangel auswirkt.

"Auszubildende werden als Ersatz für ausgebildetes Personal eingesetzt. Das geht so weit, daß sie alleine Dienst machen müssen. Das ist uns bekannt aus der Strahlenklinik, aus der Psychiatrie, aus der Inneren Medizin. Dort ist es sogar vorgekommen, daß Auszubildende in ihrem ersten Nachtwacheneinsatz auf einer Station nachts alleine wachen mußten."

"Im Falle einer Krankheit einer einzigen Schwester passiert es, wie in der Chirurgie, daß 28 Patienten, darunter Frischoperierte, von einer Pflegehilfskraft und einer Schülerin gepflegt werden müssen – oder, wie in der Liegendaufnahme, daß eine Schwester hintereinander Spät-, Nacht- und Frühschicht arbeiten muß."

Drohung mit dem Dienstrecht

In dem Brief schreiben die Pflegeschüler weiter:

"Es ist uns außerdem bekannt geworden, daß aus Anlaß unseres offenen Briefes an den Kultusminister vom 23. Juni 1975 gegenüber gewählten Vertretern der Schülerschaft mit rechtlichen Maßregelungen gedroht wurde. Wir fordern nachdrücklich, von jeglichen Maßregelungen von Schüler abzusehen und weisen Sie darauf hin, daß, falls uns solches bekannt wird, wir uns in dieser Angelegenheit umgehend an die Öffentlichkeit wenden."

Nach der Veröffentlichung drohte der Dekan: *"Ich halte es für eine Verletzung der Dienstpflicht, wenn Beschwerden gegen die Landesregierung an die Öffentlichkeit getragen werden."*

Die materielle Lage der Beschäftigten an der Uniklinik ist schlecht. Der Protest dagegen und der Aufweis, daß die Versorgung der Kranken immer schlechter wird, soll durch das Dienstrecht im öffentlichen Dienst unterdrückt werden.

Aber der Protest ist nicht bei dem Brief der Pflegeschüler stehengeblieben. Der Vertrauenskörper der ÖTV an der Uniklinik hat auf seiner Sitzung am 9. Juli die in dem Brief der 182 Mieter der Krankenpflegeschulen vom 23. Juni an die hessische Landesregierung erhobenen Forderungen mit Zweidrittelmehrheit unterstützt und die Landesregierung und Klinikleitung zur umgehenden Stellungnahme aufgefordert.

Die Forderungen sind: Die Mieterhöhung muß umgehend zurückgenommen und die Essenspreiserhöhung aufgehoben werden. Keine Streichung der Planstellen, die gemäß der Durchführung der Vierzigstundenwoche erforderlichen Planstellen müssen eingerichtet und besetzt werden.

Nach einem Bericht der Uniklinik-Zelle Frankfurt / Red.



Unterricht an einer Krankenpflegeschule. An der Uniklinik Frankfurt hat das 4. Semester der Schüler in der Zeit vom 12. September 1974 bis zum 9. Juni 1975 in dem Unterrichtsfach Chirurgie einen Stundenausfall von 72 Stunden zu verzeichnen, d.h. von 102 Stunden Unterricht sind dreißig unterrichtet worden.

Unterricht an einer Krankenpflegeschule. An der Uniklinik Frankfurt hat das 4. Semester der Schüler in der Zeit vom 12. September 1974 bis zum 9. Juni 1975 in dem Unterrichtsfach Chirurgie einen Stundenausfall von 72 Stunden zu verzeichnen, d.h. von 102 Stunden Unterricht sind dreißig unterrichtet worden.

ÖTV-Hauptvorstand

30 ÖTV-Ausschlüsse bestätigt

Heidelberg. Mit Briefen vom 24.6.1975 hat der Hauptvorstand der ÖTV 30 ÖTV-Mitgliedern mitgeteilt, daß er ihren Ausschlüssen zustimmt, die von der Kreisverwaltung Heidelberg unter dem Vorsitzenden Alfred Stein eingeleitet worden waren.

Die Ausschlüsse treffen KBW-Mitglieder und politisch nicht Organisierte. Das Großreinemachen der ÖTV Heidelberg hat insgesamt den Zweck, diejenigen auszuschalten, die nicht länger dem partnerschaftlichen Zusammenspiel von Gewerkschaftsführung und staatlichem Dienstherrn zuschauen wollen; die in der Gewerkschaft darauf hingearbeitet haben, daß die Lohnabhängigen sich zusammenschließen und aktiv für ihre Interessen eintreten.

Unter denen, die ausgeschlossen werden sollen, befinden sich vier Mitglieder des KBW, die für den Gemeinderart kandidiert haben, mehrere, die öffentlich die Kommunistische Volkszeitung verkauft haben, 14 Kollegen der Krehl-Klinik, die gegenüber dem Kreisvorstand auf einer Mitgliederversammlung zur Wahl von Vertrauensleuten bestanden und dreimal mehr Unterschriften dafür sammelten, als von der Kreissatzung der ÖTV dafür gefordert werden. In einem Fall hängte sich die ÖTV-Führung sogar an eine Maßnahme der Verwaltung der Universitätskliniken an, die gegen eine Kollegin vorging, weil sie Wandzeitungsplakate des KBW aufgehängt hatte, in denen die Politik des SPD-Oberbürgermeisters Zundel angegriffen wurde.

Aus der Gewerkschaft sollen die Kommunisten ausgeschlossen werden, die dafür eintreten, daß die bestehenden Verhältnisse der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und ihren Staat umgewälzt werden.

Die ausgeschlossenen Gemeinderatskandidaten des KBW Heidelberg erklären in einer Stellungnahme an den Gewerkschaftsausschuß:

"Der KBW tritt dafür ein, daß diese Verhältnisse geändert werden. Sie können geändert werden, wenn die Arbeiterklasse die Ausbeutung abschafft und damit auch die Unterdrückung des Volkes. Diese gerechten Ziele finden bei unseren Kollegen Zustimmung. Deshalb haben viele von ihnen bei der Gemeinderatswahl den KBW gewählt und dafür gesorgt, daß Helga Rosenbaum Stadträtin wurde.

Die ÖTV-Führung, die genau weiß, daß unsere Position sich nicht verträgt mit ihrer Position der Klassenversöhnung und Unterwerfung unter den kapitalistischen Staat, hat es nicht gewagt, die Ausschlußverfahren gegen uns in den Betrieben vor unseren Kollegen zu rechtfertigen, denn dort hätte sie keine Unterstützung gefunden. . .

. . . Da unsere Arbeit von den Kollegen als richtig und notwendig angesehen wurde, haben sie einige von uns in Betriebs- und Personalräte als Vertreter ihrer Interessen gewählt.

Diese Kollegen sind im Gegensatz zur Gewerkschaftsführung der Ansicht, daß es richtig ist, wenn wir weiter in den Gewerkschaftsgruppen mitarbeiten.

Was aber verlangt die Gewerkschaftsführung von den Mitgliedern? Sie verlangt Treue zum Staat und damit Unterwerfung unter die Absichten, den Willen und die Gesetze der Kapitalisten.

Wir gehen von der Wirklichkeit aus. Da die Interessen der Lohnabhängigen und der Kapitalisten tatsächlich nicht friedlich zu vereinbaren sind, sagen wir, daß die Unterwerfung unter den Staat den Interessen der Lohnabhängigen schadet." . . .

Der Leitgedanke der ÖTV-Führung, daß die Interessen von Kapital und Arbeit zu versöhnen seien, "wird den wirklichen Verhältnissen nicht gerecht und schadet den Lohnabhängigen, die für ihre eigenen Zwecke kämpfen.

Unterwerfung unter den Staat fordern, heißt also für die ÖTV-Führung gleichzeitig, die politische Position, die sich von ihrer politischen Linie unterscheidet und die herrschenden schlechten Verhältnisse umwälzen will, aus der elementaren Organisation der Lohnabhänigen hinauszudrängen."

Alle Betroffenen haben inzwischen erneut Stellungnahmen gegen ihren Ausschluß abgegeben. Sie wenden sich damit an den Gewerkschaftsausschuß und fordern, daß ihre Ausschlüsse vom Gewerkschaftstag im Frühjahr 1976 abgelehnt werden.

Die Auseinandersetzung mit den Kräften, die vorwärts wollen, hat die ÖTV-Kreisverwaltung einerseits dazu getrieben, Seite an Seite mit dem kommunalen Dienstherrn offen aufzutreten. Mitte Mai kündigten Oberbürgermeister Zundel und ÖTV-Vorsitzender Stein auf einer Jubilarfeier gemeinsam die 30 Ausschlüsse an und begrüßten sie.

Andererseits hat sich die Kreisverwaltung gezwungen gesehen, wegen der großen Unzufriedenheit mit ihrer Politik den ÖTV-Sekretär Wichmann zu opfern, der für alle Betriebe zuständig war, wo jetzt Kollegen ausgeschlossen werden sollen. Wichmann wird nach Tauberbischofsheim versetzt.

–A., Heidelberg/Red.–

ÖTV-Bezirksvorstand Hessen

Gegen die Stellensperre:

ÖTV-Bezirksvorstand Hessen

Gegen die Stellensperre:

Überstunden verweigern!

Am 25.6. hat die hessische Landesregierung eine generelle Stellenbesetzungssperre für den öffentlichen Dienst beschlossen. Mit einigen Ausnahmen dürfen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Hessen freie oder freiwerdende Planstellen nicht mehr besetzt werden.

Die Gewerkschaft ÖTV hat gegen diesen Beschluß der Landesregierung jetzt Maßnahmen beschlossen. In einem offenen Brief an die hessische Landesregierung, der als Flugblatt verbreitet wurde, erklärte der Bezirksvorstand Hessen

"Die Gewerkschaft ÖTV muß auch unmißverständlich deutlich machen, daß die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst die Folgen der Stellenbesetzungssperre nicht durch Mehrarbeit und Überstunden ausgleichen können und werden. Einer vermutlichen Verschärfung des Leistungsdrucks im öffentlichen Dienst werden alle Gewerkschaftsmitglieder und ihre gewerkschaftlichen Vertretungen und Personalvertretungen entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Da diese Stellenbesetzungssperre letztlich nichts anderes bewirkt als Arbeitsplätze zu beseitigen, die nach unserer Überzeugung nach wie vor notwendig wären, können und werden die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auch aus Gründen der Solidarität gegenüber arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen und Kurzarbeitern in der privaten Wirtschaft keine Überstunden und keine Mehrarbeit leisten."

Die Landesregierung begründet ihre Maßnahmen mit der Kostenexplosion im öffentlichen Dienst und einer "Entschlackungskur", die durchgeführt werden müsse.

Demgegenüber ist die **Überstundenverweigerung und Ablehnung der Mehrarbeit ein richtiges Mittel.** Dann kann jeder schnell sehen, daß die ganzen "Leistungsreserven", die die Landesregierung für den öffentlichen Dienst feststellen möchte, darin bestehen, daß dem bürgerlichen Staat die Kollegen noch nicht genug schuften.

Geplant ist vom bürgerlichen Staat jetzt schon, die Lohnkosten im öffentlichen Dienst noch weiter zu drücken. Mit Dreistigkeit gehen die bürgerlichen Politiker daran, den Entzug der Tarifautonomie, des Streikrechts und der freien politischen Betätigung im öffentlichen Dienst zu planen.

Es zeigt sich immer deutlicher: Wenn die Kollegen im öffentlichen Dienst den Kampf gegen diese Sparmaßnahmen nicht aufnehmen, wird es damit kein Ende nehmen. Gelingt es der Landesregierung, die Besetzungssperre durchzusetzen, dann ist dies das Freizeichen für alle weiteren Sparmaßnahmen.

Die Kampfmaßnahmen, die von der ÖTV vorgeschlagen wurden, werden jedem Kollegen außerhalb des öffentlichen Dienstes zeigen, daß nicht zuviel Personal da ist, sondern daß der öffentliche Dienst nur noch deshalb überhaupt aufrechterhalten werden kann, weil die Arbeiter und Angestellten schon jetzt Überstunden kloppen und die Arbeitshetze ständig vergrößert wird.

Notwendig ist es, gegen die Sparmaßnahmen die Einheit aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst herzustellen. Seien es Landesbedienstete, Kollegen, die von der Stadt angestellt sind oder im Gesundheitswesen beim Diakonieverein: Alle sind von diesen Maßnahmen betroffen, und nirgends sieht es besser aus.

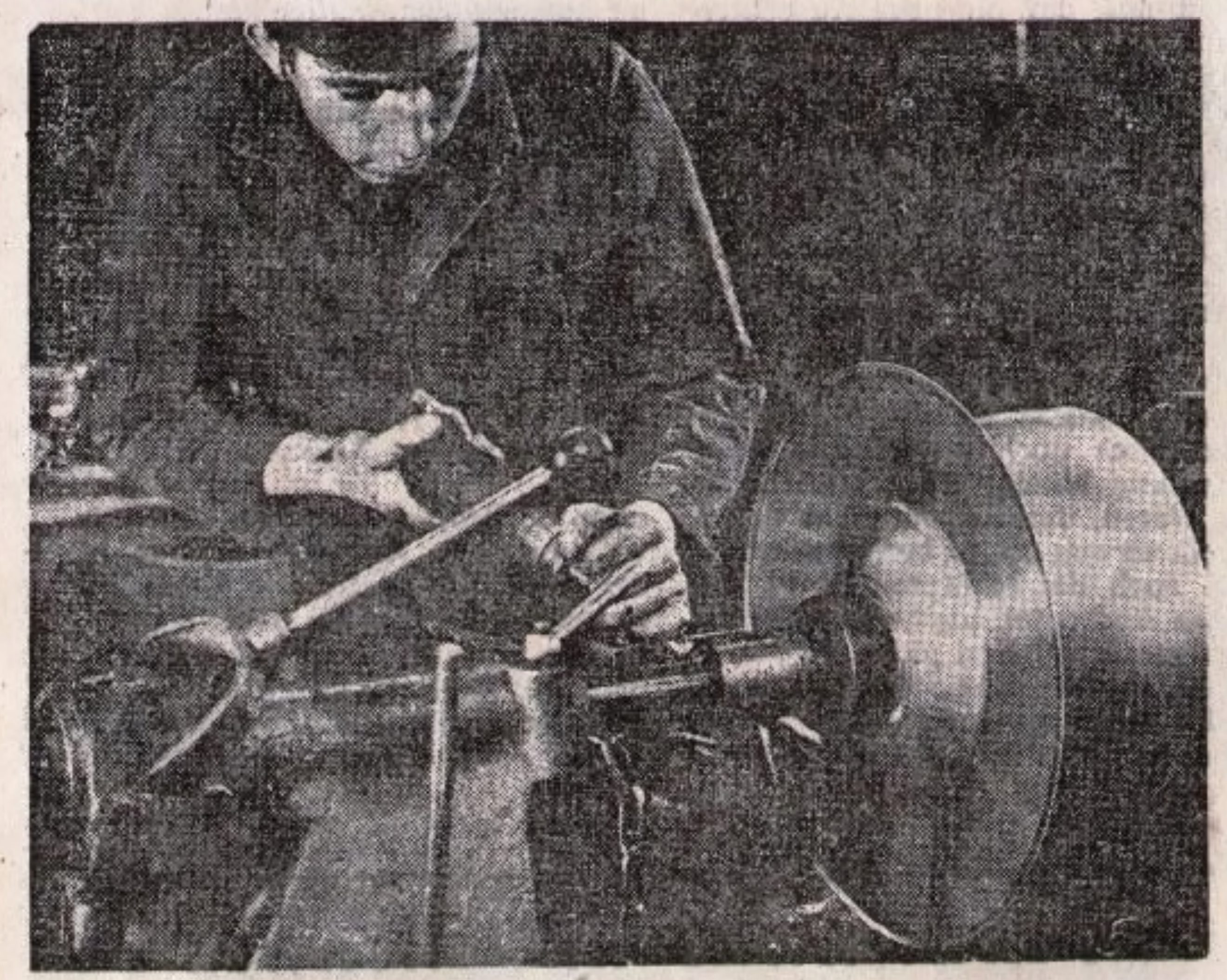
Deshalb müssen wir fordern:

Überstundenverweigerung und Dienst nach Vorschrift – jetzt!

Durchführung von gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und außerordentlichen Betriebsversammlungen!

–M., Darmstadt–

Nicht nur durch steigende Jugendarbeitslosigkeit, sondern auch in einer Verschlechterung der Ausbildung der Arbeiterjugend drückt sich die gegenwärtige Krise aus. Dabei arbeiten Kapitalisten und Schulamt Hand in Hand, wie das die Korrespondenz zu Baden-Württemberg zeigt, wenn es darum geht, die Jugendlichen auszupressen. Die Krone des Ganzen ist dann, wie man der Korrespondenz von Harnischfeger entnehmen kann, wenn man für die Beaufsichtigung solcher Auspressertätigkeit auch noch ein Bundesverdienstkreuz erhält.



Die meiste Zeit herumstehen

Die Firma Donges Stahlbau, ein metallverarbeitender Betrieb in Darmstadt, bildet in der Mehrzahl Stahlbauschlosser aus.

Die Produktion in diesem Betrieb richtet sich aus auf Herstellen von Hallen, Brücken, Kränen, Teilen für Kernkraftwerke usw.

All diese Produkte lassen sich aufgrund der Krise hier in Westdeutschland immer schlechter an den Mann bringen; deshalb werden immer mehr Exportaufträge verrichtet.

Verhält es sich mit den Entlassungen bei Donges noch so, daß in den letzten sechs Monaten niemand entlassen wurde, so wird aber dadurch, daß mal viele Aufträge für eine Halle da sind, dann wieder mal wenige, deutlich, daß sich die Krise auch bei Donges bemerkbar macht.

Die Geschäftsleitung versucht ihren Profit dadurch zu sichern, daß sie kurzfristige Aufträge, die schnell erledigt werden müssen, hereinholt, was verstärkte Arbeitshetze bedeutet. Zum anderen dadurch, daß sie den Arbeitstag verlängert, indem sie die Vorholzeit für Weihnachten bis Ende August vorholen läßt, da momentan mehr Aufträge da sind.

Verstärkt wird auch daran gegangen, durch Einsatz von Maschinen Arbeitskräfte einzusparen, was gerade im letzten und vorletzten Jahr geschah.

Das Zurückgehen der Produktion und das Vereinfachen der Arbeitsgänge drückt sich dann auch auf die Ausbildung der Lehrlinge aus.

Anfangen tut es damit, daß die Lehrlinge ihr erstes Lehrjahr in der Lehrwerkstatt beim Feilen verbringen dürfen. Diese Feilerei soll einzig und allein dazu dienen, daß wir uns "eingewöhnen" sollen in die Arbeit, daß wir lernen, später in unserem Beruf stumpfsinnige und eintönige Arbeiten zu verrichten.

Kommen wir danach raus in die Hallen (alle drei Monate wird die Abteilung gewechselt), so spielt sich der Tagesablauf meist so ab:

Die meiste Zeit herumstehen, anschauen, was der Geselle oder Meister für eine Fertigkeit verrichten, wie zum Beispiel Anreißen; dabei darf man dann irgendwelches Werkzeug hinreichen. Lernen tut man dabei kaum was.

Die Gesellen und Meister haben kaum Zeit, um sich lang mit uns zu beschäftigen, denn sie arbeiten im Akkord, sie werden dafür bezahlt, aber nicht für unsere Ausbildung.

Ab und zu kommt es dann auch vor, daß man selbst eine Fertigkeit ausführen darf.

In der letzten Zeit wird es immer häufiger, daß man herumsteht und nichts zu arbeiten hat, weil wenig Aufträge da sind. Sowas führt dann nicht dazu, daß die Gesellen und Meister die Zeit nutzen könnten, um uns was zu erklären, sondern dann kommt es häufig vor, daß wir schnell in eine andere Abteilung sollen, um dort auszuhelfen oder dem Abteilungsleiter eine Heimarbeit anzufertigen.

Die theoretische Ausbildung, die wir in der Schule bekommen, läuft immer mehr so ab, daß wir Fragebögen von der Industrie- und Handelskammer ausfüllen können, die den Zweck haben, schnell einzelne Arbeitsgänge oder Fertigkeiten auswendig zu lernen. So wird man aber nicht dazu befähigt, selbständig was zu verrichten oder einen Überblick von der Produktion zu bekommen. All dies spielt sich ab in schlechten Schulräumen, zu großen Klassen, bei schlechten Büchern und bei neun Stunden am Tag.

Der Werksunterricht fällt für die Stahlbauschlosser laufend aus.

Insgesamt stellt man dann nach drei Jahren Ausbildung fest: Hier und da hast du mal was gelernt, aber viel war es im allgemeinen nicht, und du hast Schwierigkeiten, die Abschlußprüfung zu bestehen.

Daß die Ausbildung gerade in der letzten Zeit schlechter geworden ist, was gerade das Praktische betrifft, konnte man gut bei den Zwischen- und Abschlußprüfungen sehen:

Bei der Zwischenprüfung hatten mehr als die Hälfte vier bis fünf.

Bei der Abschlußprüfung haben drei von vieren im Praktischen nicht bestanden.

Vielen Kollegen stinkt diese Ausbildung oder die Arbeit danach, und sie bleiben oft zu Hause oder wollen den Betrieb wechseln.

All dies wird aber nicht dazu beitragen, daß sich an den Verhältnissen etwas ändern wird. H., Darmstadt

Baden-Württemberg

Aufweichung der Schulpflicht

Das Kultusministerium von Baden-Württemberg hat am Montag, dem 28. Juli, Vorwürfe des DGB zurückgewiesen, die jüngst erlassenen Maßnahmen zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit führten zu einer Aushöhlung der gesetzlich vorgeschriebenen dreijährigen Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnisse.

Außergewöhnliche Situationen, erklärte ein Sprecher des Kultusministeriums, verlangten – zeitlich begrenzt – auch außergewöhnliche Maßnahmen. Bei der herrschenden Jugendarbeitslosigkeit habe es sich nämlich gezeigt, daß die Durchführung der Berufsschulpflicht in vollem Umfange bewirken könne, daß Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnisse arbeitslos bleiben oder werden, weil in Hinblick auf die Berufsschulpflicht eine Einstellung nicht erfolgt oder eine Entlassung ausgesprochen wird.

Das Kultusministerium hat daher zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit folgendes beschlossen: Mit Ablauf des Schulhalbjahres werden Jugendliche im 18. Lebensjahr von der Berufsschulpflicht befreit, wenn sie eine Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen können, aus der sich ergibt, daß er sie nur unter der Voraussetzung einstellt, daß der Berufsschulbesuch nicht erfolgen muß. Diese Jugendlichen müssen außerdem auch eine Bestätigung des zuständigen Arbeitsamtes beilegen, in der festgestellt wird, daß eine andere Arbeitsstelle für den Jugendlichen nicht vorhanden ist. Die Beurlaubung ist stets widerruflich und bis zum 31. Dezember 1975 befristet.

In einem entsprechenden Erlaß des Kultusministeriums sind die vier Oberschulämter des Landes außerdem angewiesen worden, folgende Maßnahmen verstärkt anzustreben, soweit es die personelle und räumliche Situation sowie die jeweilige Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnisse erlaubt:

1. Es soll die Teilnahme an einer einjährigen beruflichen Vollzeitschule ermöglicht werden. Nach deren Besuch besteht keine Berufsschulpflicht mehr.

2. Es soll ein Vollzeitunterricht von einem Jahr angeboten werden, der in drei Abschnitte eingeteilt ist. Bei der Teilnahme an einem Abschnitt haben die Jugendlichen ein Jahr ihrer Berufsschulpflicht, bei der Teilnahme an allen drei Abschnitten ihre gesamte Berufsschulpflicht erfüllt.

3. Der Unterrichtsstoff soll auf zwei Schuljahre mit der Folge verdichtet werden, daß die Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnisse danach nicht mehr berufsschulpflichtig sind.

In dem Erlaß des Kultusministeriums sind die Schulämter aufgefordert, in jedem einzelnen Fall zu prüfen, welche dieser Maßnahmen in einem bestimmten räumlichen Bereich anwendbar ist. Ausdrücklich betont das Ministerium, daß die grundsätzliche Berufsschulpflicht für diese Gruppe von Jugendlichen nicht beeinträchtigt werden darf, da für diese der Berufsschulbesuch genauso wichtig ist wie für diejenigen Jugendlichen, die in einem Ausbildungsverhältnis sind.

Träger des Verdienstkreuzes

Dortmund. "Selbstloser und über das übliche Maß hinausgehender Einsatz für die betrieblichen und insbesondere überbetrieblichen Belange der Berufsausbildung", das bestätigte der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Hartwig mehreren in der Berufsbildung Beschäftigten, darunter auch einigen Ausbildern.

Dafür gab es dann Bundesverdienstkreuze. Der IHK-Präsident betonte dabei: *"Entscheidendes Kriterium für die große Einsatzbereitschaft sei das Prinzip der Freiwilligkeit, dessen Geltung die wesentliche Voraussetzung des betrieblichen Ausbildungssystems gewesen sei und auch künftig eine tragende Säule der Berufsausbildung bleiben müsse . . .*

Diese freiwillige Leistungsbereitschaft zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter ist die Gewähr dafür gewesen, daß die Berufsausbildung in der Vergangenheit leistungsfähig war und auch jetzt gesund ist – eben weil sich Menschen um unsere Jugend bemüht haben, die sich aus tieferer Einsicht heraus, nicht aber etwa aufgrund gesetzlich verordneter Zwänge oder gar materieller Vorteile willen, unserer Jugend und ihrer Ausbildung verpflichtet fühlten . . . Freiwilligkeit und Freiheit stehen in engem Zusammenhang. Deshalb müssen wir alle bereit sein, für die Freiheit und die demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung, die diese Freiheit garantiert, Opfer zu bringen und uns wieder mehr auf die ideellen Werte des Lebens zu besinnen."

Einer der dekorierten Ausbilder ist Ausbildungsleiter bei der Firma P + H Harnischfeger.

Sein selbstloser Einsatz während seines Achtstundentages besteht darin, daß er drei bis viermal täglich durch die Lehrwerkstatt (Dreherei) schreitet, sich dieses und jenes anguckt, daß er lange Plauschereien mit anderen Meistern in der Meisterbude führt und daß er sich in sein Zimmerchen zurückzieht.

Von freiwilliger Einsatzbereitschaft, ohne durch materielle Vorteile angetrieben zu sein, kann man wohl kaum sprechen bei einem Gehalt von gut 3 000 DM und Nebenvergütungen aus "ehrenamtlichen" Tätigkeiten. Die "tiefe Einsicht in die Notwendigkeit der Ausbildung der Jugendlichen" zeigt sich bei Harnischfeger daran, daß die Ausbilder dafür sorgen, daß die Arbeiter und Jugendlichen in der Dreherei tüchtig zulangen, um die Kosten der Lehrwerkstatt fürs Kapital möglichst niedrig zu halten.

Das kann dann auch so aussehen: Ein türkischer Ausbildungsmeister wurde zum Arbeiter "zurückgestuft". Den Lehrlingen wollte man weismachen, daß so ein unfähiger Meister eigentlich weg müßte – nur jetzt bildet er weiter aus, allerdings mit geringerem Lohn.

"Das Prinzip der Freiwilligkeit als Voraussetzung des betrieblichen Ausbildungssystems" gibt es tatsächlich. Nämlich für die Kapitalisten, die frei entscheiden, ob und wie ausgebildet wird. Bei P + H wurde in diesem Jahr gegen die Ausbildung beschlossen. Es werden dieses Jahr keine Lehrlinge eingestellt.

Und diese "Unternehmerfreiwilligkeit" wird laut IHK garantiert, durch die heilige "demokratische Grundordnung", für die wir alle noch mehr arbeiten sollen.

Wahrlich, der Ausbildungsleiter von P + H ist ein würdiger Träger des Bundesverdienstkreuzes.

(Alle Zitate aus: Berufsbildungsbrief der IHK Dortmund)
(aus: Ortsbeilage Dortmund der KVZ

Freiheit für die vier türkischen Patrioten

Am Montag, dem 28. Juli, sollte ursprünglich vor dem Landgericht Köln der Prozeß gegen die vier türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Yüksel Ugurlu, Hatice Yurtdas und Mustafa Tutkun beginnen.

Nach dem Prozeß gegen Dagyeli und Subasi ist dies das zweitemal, daß die Justiz versucht, türkische Patrioten zu kriminalisieren.

Wenige Tage vor Prozeßbeginn hat jetzt der zuständige Richter Somoskeoy, in Köln als Scharfrichter in Prozessen gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen bekannt, den Prozeßbeginn erneut verschoben auf den 16.9. Die fadenscheinige Begründung: unzureichende "Sicherheitsvorkehrungen". Drückt sich darin einerseits aus, daß der Herr Somoskeoy sich bei diesem Prozeß selbst nicht wohl fühlt, so geht es doch in der Hauptsache darum, die Angeklagten mürbe zu machen.

Über ein Jahr hat die Staatsanwaltschaft gebraucht, um sich die Anklageschrift zurechtzuzimmern, über ein Jahr, das die vier türkischen Genossen in Einzelhaft verbringen mußten. Waren sie schon am Anfang ihrer Haftzeit in vollkommener Isolationshaft, die später gelockert wurde, so sind sie jetzt, kurz vor dem Prozeßbeginn, auf Anweisung des berüchtigten Scharfrichters Somoskeoy wieder vollständig isoliert worden von den übrigen Gefangenen in Ossendorf:

Was die Klassenjustiz mit den Gefangenen und dem Prozeß vorhat, zeigt schon allein der geplante Prozeßverlauf. In zweieinhalb Monaten sind 27 Prozeßtermine angesetzt; 41 Zeugen sollen gegen die Angeklagten aussagen. Hauptanklagepunkt ist die "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" – gemeint ist die patriotische Einheitsfront der Türkei (PEF).

Die PEF ist die Auslandsorganisation der türkischen Arbeiter- und Bauernpartei, die 1971 von dem faschistischen Regime in der Türkei verboten worden ist und seitdem in der Türkei in der Illegalität arbeitet. Die Arbeiter- und Bauernpartei und die PEF kämpfen für eine volksdemokratische Türkei, in der nicht mehr die Großgrundbesitzer und die imperialistischen Monopole die Herren sind, sondern das Volk selbst.



Die Anklageschrift stützt sich in ihrem Vorwurf der kriminellen Vereinigung vor allem darauf: Sie wirft den Angeklagten der PEF vor, daß sie den gewaltsamen, bewaffneten Umsturz und die Errichtung einer "sogenannten Volksrepublik maoistischer Prägung" anstrebe. Dies allein reicht für die Anklage einer kriminellen Vereinigung . Untermauert wird die Anklage durch die Behauptung, daß die PEF Waffen in die Türkei schmuggle. Diese Behauptung stützt sich hauptsächlich auf den Prozeß gegen Dagyeli und Subasi, die in Frankfurt ebenfalls der Mitgliedschaft in der PEF angeklagt waren – nachweislich sind die entsprechenden Aussagen in dem Prozeß von Spitzeln und Provokateuren des Türkischen Geheimdienstes gemacht worden. Im Frankfurter Prozeß war der Waffenschmuggel noch selbst Anklagepunkt. In Köln ist es so, daß lediglich noch die äußerst fragwürdigen "Beweise" des Frankfurter Prozesses als Beweise für die "kriminelle Vereinigung" herangezogen werden.

nach Ortsbeilage Köln der KVZ Nr. 29

Wer hat das Recht auf wessen Arbeit in der DDR ?

Immer wieder wird von den Parteigängern der neuen Ausbeuterklasse in der DDR zur Bemäntelung der wahren Verhältnisse die Behauptung aufgestellt, in der DDR gebe es das "Recht auf Arbeit". Insofern "Recht auf Arbeit" bedeutet, daß die Betriebe keine Arbeiter entlassen dürfen, gibt es ein Recht auf Arbeit in der DDR nicht. Insofern "Recht auf Arbeit" das Recht ist, seine Arbeitskraft als Ware an Betriebe zu verkaufen und unter unerträglichen Bedingungen ausbeuten zu lassen, so ist dieses Recht zur Zeit in Kraft. Das neue Monopolkapital in der DDR hat gegenwärtig, wo ihm die Zügel zur Profitproduktion immer mehr freigelassen werden, einen wahren Heißhunger nach Einsaugung lebendiger Arbeit. Und genau dieser Heißhunger bestimmt bis in die letzte Kleinigkeit die Verhältnisse, denen die Arbeiter in den Betrieben unterworfen werden. Aber so sehr auch heute das Kapital in der DDR darauf angewiesen ist, jeden, der irgend arbeiten kann, in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, so verzichtet es doch nicht auf die beständige Drohung mit der Entlassung, eine Drohung, die um so nachhaltiger wirkt, da es in der DDR keine Arbeitslosenversicherung im üblichen Sinn gibt. All das beweist das 1961 in Kraft gesetzte und seither ergänzte "Gesetzbuch der Arbeit" in der DDR.

Es gibt unbefristete Arbeitsverträge (§ 31) und befristete Arbeitsverträge (§ 22). Bei den unbefristeten Arbeitsverträgen beträgt die Kündigungsfrist vierzehn Tage. Nur im Fall des Auslaufens befristeter oder der ordentlichen Kündigung unbefristeter Arbeitsverträge hat der Arbeiter Anspruch auf "Unterstützung" aus der Sozialversicherung (§ 102). Die Kündigung setzt ausdrücklich nicht voraus, daß der Arbeiter einen neuen Arbeitsplatz gefunden hat. Der Betrieb ist nur verpflichtet, den Arbeiter bei der Suche zu "unterstützen" (§ 31).

Arbeitsverträge

Mit dem Arbeitsvertrag bekommt der Betrieb – also die Betriebsleitung – das Recht, die Arbeitskraft des Arbeiters auszubeuten. Sie und nur sie allein hat das Recht des Kommandos über die Arbeiter: *"Zur Erfüllung der dem Betrieb obliegenden Aufgaben sind der Betriebsleiter gegenüber allen Werktätigen des Betriebes und die leitenden Mitarbeiter gegenüber den ihnen unterstellten Werktätigen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen weisungsberechtigt."* (§ 9). Das wird bemäntelt durch ein *"Mitwirkungsrecht"*, das *"die Werktätigen vor allem durch die Gewerkschaften und deren leitende Organe wahrnehmen"* (§ 5). Daß dort, wo die Arbeiterklasse nicht die ganze Macht in Händen hat, die halbe Macht des "Mitbestimmungsrechtes" in Wirklichkeit ihr auch nicht zukommt, dafür sorgt in der DDR u.a. die Zusammensetzung der Gewerkschaften: Die Betriebsdirektoren sind ebenfalls in

Betriebsdirektoren sind ebenfalls in

den Gewerkschaften organisiert. Und die Leitungen sind in der Hand der neuen Ausbeuterklasse.

Was nun, wenn der Betriebsleiter die Nichteinhaltung des Arbeitsvertrages verschuldet? Es ist gar nichts anderes begründbar, als daß dem Arbeiter auch dann der Lohn zusteht. Nicht so im Kapitalismus – siehe Kurzarbeit –, nicht so in der DDR: *"Kann dem Werktätigen bei Betriebsstörungen, Warte- und Stillstandszeiten keine andere Arbeit übertragen werden, so ist ihm ein Ausgleich (!) zu zahlen."* (§ 29)

Darüberhinaus kann einem Arbeiter von der Betriebsleitung jederzeit auch eine andere, schlechter bezahlte Arbeit übertragen werden (§§ 25 und 27). Welche Bedeutung die erforderliche Zustimmung der Gewerkschaftsleitung hat, kann man daran ermessen, daß sie zustimmen kann auch gegen den Willen des betroffenen Arbeiters – dessen Zustimmung ist erst bei Versetzungen über einen Monat hinaus erforderlich (§ 25).

Betriebsstrafen

Zur Erzwingung des Gehorsams der Arbeiter sieht das DDR-Gesetz ein abgestuftes System von Betriebsstrafen vor. Entspricht die Arbeit des Arbeiters nicht den Vorstellungen der Betriebsleitung, kann ihm der Lohn vorenthalten werden: *"Bei schuldhaft (fahrlässig oder vorsätzlich) verursachtem Ausschuß wird für die auf den Arbeitsauftrag verwandte Arbeitszeit kein Lohn gezahlt."* (§ 49)

Und hier hört sogar der Schwindel mit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung auf: Ein Anhörungsrecht ist alles, was davon übrig bleibt: *"Das Verschulden ist vom Betriebsleiter oder seinem Beauftragten unter Hinzuziehung eines Sachverständigen (z.B. des Gütekontrolleurs) und nach Anhören des betreffenden Werktätigen sowie des Gewerkschaftsvertrauensmannes festzustellen."* (§ 49)

Aber nicht nur das. § 52 sieht darüberhinaus vor, daß der Arbeiter für die *"Qualitätsminderung"* *"disziplinarisch bzw. materiell verantwortlich"* gemacht wird. Dazu ist im Gesetz vorgesehen, daß der Betrieb weiteren Lohn einbehalten kann.

Entlassungsgründe

Die Begründungen, mit denen Arbeiter entlassen werden können, sind so formuliert, daß man sie mit einem Wort zusammenfassen kann: immer. Sie lauten: *"Der Betrieb darf nur kündigen, wenn a. es infolge Änderung der Produktion, der Struktur oder des Stellen- bzw. Arbeitskräfteplans notwendig ist, b. der Werktätige für die vereinbarte Arbeit nicht geeignet ist, c. die Mängel des Arbeitsvertrages durch die Beteiligten nicht beseitigt werden können."* (§ 31)

Darüberhinaus eröffnet der § 32 die Möglichkeit fristloser Entlassung: *"Bei schwerwiegender Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten oder der sozialistischen Arbeitsdisziplin kann der Werktätige fristlos entlassen werden. Die fristlose Entlassung ist in der Regel nur nach erfolglos gebliebenen Erziehungs- bzw. Disziplinarmaßnahmen vorzunehmen."*

Auch an dieser entscheidenden Stelle ist das Einspruchsrecht der Gewerkschaften ausgehöhlt: *"Bei der fristlosen Entlassung kann ausnahmsweise die Zustimmung innerhalb einer Woche nach erfolgter Entlassung nachgeholt werden."* (§ 34)

Die Drohung fristloser Entlassung nach § 32 ist äußerst schwer. Eine derartige fristlose Entlassung hat nämlich zur Folge, daß der Arbeiter auch keinen Anspruch auf Unterstützung aus der Sozialversicherung hat. § 102 sieht nur die Unterstützung bei *"unverschuldetem Verlust des Arbeitsplatzes"* vor.

Die fristlose Entlassung nach § 32 ist also nichts anderes als die Verurteilung zum Hungern, zur Bettelei oder zum Diebstahl.

Kein Streikrecht

Man sieht: Die Betriebe haben das Recht, Arbeiter einzustellen und zu entlassen; die Betriebsleitungen haben das nahezu unbeschränkte Recht des Kommandos über die Arbeiter. Es sind dies die Rechte, die im Kapitalismus der Kapitalist hat, sozusagen das kapitalistische *"Recht auf Arbeit"*: das Recht der Kapitalisten nämlich, die Arbeit der Arbeiter auszubeuten. Die Arbeiter haben sich in der Geschichte des Kapitalismus demgegenüber das Recht erkämpft, die Arbeit zu verweigern, ein Recht, dessen Notwendigkeit erst verschwindet, wenn die Arbeiter umfassend und überall die Herren der Fabriken geworden sind.

Solange Kapitalisten und kapitalistische Betriebsleitungen das Recht haben, Arbeiter einzustellen und zu entlassen, und solange sie dieses Recht benutzen, um, in der DDR genauso wie in der BRD, mit der Drohung des Hungers die Arbeitskraft der Arbeiter immer mehr auszupressen, solange brauchen die Arbeiter das Recht, die Arbeit zu verweigern, um sich vor dem körperlichen Ruin zu schützen.

Daß die Arbeiter in der DDR dieses Recht brauchen und daß die neue Ausbeuterklasse ihnen dieses Recht gewaltsam vorenthält, davon legt der schändlichste Paragraf dieses Gesetzes lebendiges Zeugnis ab, der § 114, in dem es heißt:

"Haben mehrere Werktätige durch gemeinschaftliche Handlung vorsätzlich einen Schaden verursacht, so hat der Betrieb den Anspruch auf Schadenersatz gegen alle Beteiligten geltend zu machen. Der Betrieb kann die gesamte festgelegte Schadenersatzsumme von einem Beteiligten voll oder von mehreren Beteiligten in beliebigen Anteilen verlangen."

Die Betriebsleitung hat das Recht, sogar die "Pflicht", bei einem Streik den gesamten Produktionsausfall von einem willkürlich herausgegriffenen Streikteilnehmer oder von einigen "in beliebigen Anteilen" zu verlangen. Nicht nur, daß die neue Ausbeuterklasse den Arbeitern unter immer unerträglicheren Verhältnissen den Mehrwert abpreßt. Nicht nur, daß sie den Arbeitern das Instrument ihrer Gewerkschaften und der Gewerkschaftskassen abgenommen hat, was für jeden Streik in der DDR bedeutet, daß er insofern unter frühkapitalistischen Bedingungen stattfindet, daß die Arbeiter während des Streiks nichts zu essen haben. Nein, die neue Ausbeuterklasse schreibt in ihre Gesetze auch noch die unerhörte Bestimmung hinein, daß die Arbeiter die Waren, deren Produktion sie im Streik verweigern, zu bezahlen haben, also auch das Mehrprodukt für die neuen Ausbeuter, das herzustellen sie sich weigerten! Und nicht nur das, es kann jeder einzelne Streikteilnehmer vollkommen ruiniert werden, weil einer zur Bezahlung der ganzen Summe herangezogen werden kann.

Ein offener Streik in der DDR ist so notwendigerweise von Beginn an auch gegen den neuen Ausbeuterstaat und seine Gesetze gerichtet. Unter den Bedingungen dieses Arbeitsgesetzes ist kein Streik zugelassen, der sich nur auf eine Änderung der Ausbeutungsbedingungen bezieht. Ein Streik steht von der ersten Stunde an außerhalb der Legalität dieses Staates. Eine Niederlage in einem solchen Streik bedeutet für seine Teilnehmer die Vernichtung der Existenz.

Das sind schwere Bedingungen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der DDR. Je härter die Unterdrückung des Rechtes der Arbeiterklasse ist, desto größer und nachhaltiger muß die Kraftentfaltung der Arbeiterklasse sein, um sie zu beseitigen.

–Mo–

»Thunfisch-Notstand« in Japan

Nach einer Meldung der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 9.7. hat die japanische Regierung beschlossen, 10 000 Tonnen koreanischen Thunfisches in den Kühlhäusern einfrieren zu lassen. Angeblich, um das Überangebot auf dem Markt einzudämmen. Der Verbraucher freilich hat von dieser Schwemme bisher noch nichts zu spüren bekommen, denn die Zurückhaltung dieses Fisches – ein Hauptbestandteil der japanischen Nahrung – erfolgt, weil die marktbeherrschenden Handelshäuser ihre Super-Profite halten wollen. Während der Großhandelspreis pro Kilo 4 DM beträgt, muß der Verbraucher 18 DM für die gleiche Menge bezahlen. Die Kühlhäuser des Landes bersten zur Zeit von Fischen. Wer jetzt denkt, die Kapitalisten würden wegen der Lagerkosten am Ende doch Gewinneinbußen haben, täuscht sich gewaltig. Ihr geschäftsführender Ausschuß, der japanische Staat, subventioniert mit 1,5 Millionen DM aus den Steuergroschen der Werktätigen diesen kapitalistischen Unsinn.

Ein ähnlicher Vorgang ist die sogenannte Mandarinen-Dürre. Das Landwirtschaftsministerium empfahl den Herstellern vor einigen Monaten, die noch grünen Früchte von den Bäumen zu schlagen, damit der Marktpreis gehalten werden kann. Natürlich wurde auch diese planmäßige Vernichtung von Lebensmitteln mit 7 Millionen DM Steuergeldern bezahlt.

Diese Beispiele machen deutlich, daß die kapitalistische Produktionsweise sich zunehmend unfähig erweist, die Versorgung der Bevölkerung zu garantieren, sondern zum Hemmschuh dabei wird. Oder will jemand ernsthaft behaupten, daß es auf der Welt zuviel Thunfisch und Mandarinen gäbe, wenn man die Bedürfnisse der Bevölkerung zugrunde legt?

Es ist ein verflucht zu hoher Preis, den die Völker der Welt für die Herrschaft der Ausbeuter zahlen müssen.

–K., Unna–

„Schmieren grenzt an Bestechung"

Korruption und Schwarzhandel sind Folgen der Restauration des Kapitalismus in der DDR

In der westdeutschen Presse häufen sich Artikel, in denen genüßlich die Ausbreitung von Schwarzhandel, Schieberei und Korruption in der DDR oder der Sowjetunion beschrieben wird. Meistens werden diese Erscheinungen als Beleg dafür angeführt, daß das "Gewinnstreben" eine unausrottbare Natureigenschaft des Menschen sei. Tatsächlich sind diese Erscheinungen Nebenfolgen der Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern. Die westdeutsche Bourgeoisie begrüßt sie als Zeichen der Niederlage des Sozialismus.

Die Berichte beruhen meistens auf ostdeutschen oder sowjetischen Quellen, die immer dann ein Stück Wahrheit verraten, wenn sie über die Bestrafung von solchen Elementen berichten, die des Guten ein wenig zuviel getan haben. In aller Regel können aber solche Betrügereien oder Unterschlagungen nur auf dem Boden der legalen oder halblegalen Möglichkeiten in den revisionistischen Staaten blühen, sich privat zu bereichern. So hat sich ein Gauner in Magdeburg (DDR) fast 650 000 Mark erschwindelt – und dafür 13 Jahre Gefängnis bekommen –, indem er sich als Mitglied einer staatlichen Kommission zur Vergabe von Kraftwagen an gesellschaftlich besonders aktive Bürger ausgab und Schmiergelder und Vorschüsse von Privatpersonen und Betrieben einzog (Süd-West-Presse, 12.7.1975). Er flog auf, weil er die Autos nicht lieferte, und nicht etwa, weil er mit Schmiergeldern dazu beigetragen hätte, sich und andere zu bereichern.

Der Profit reguliert

Schmiergelder ölen nach diesen Presseberichten mehr und mehr das stockende Verteilungssystem in der DDR – zumindest für den, der sie zahlen kann. Die Versorgungsschwierigkeiten gehen ihrerseits darauf zurück, daß Produktion und Verteilung nicht einem auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Notwendigkeiten des Aufbaus des Sozialismus gerichteten Plan folgen, sondern sich nach den Profiterwartungen der Betriebsleitungen und Handelsgesellschaften richten. Mit Korruption und Schwarzhandel gleichen die Angehörigen der neuen Bourgeoisie die Nachteile aus, die ihr System für sie selbst haben könnte, und sorgen zugleich für die Ausbreitung privater Geschäftemacherei, die vom staatlich organisierten Kapitalismus schmarotzt und ihn aushöhlt. Partei und Staat stehen dieser Entwicklung, die sie nicht kontrollieren, die aber gesetzmäßige Folge der Restauration des Kapitalismus ist, machtlos gegenüber und mahnen allenfalls: *"Schmieren grenze haarscharf an Bestechung"* und: es sei *"problematisch"*, daß *"zahlungsfähige Kunden durch besonders reichliche Gaben die Gunst von Handwerkern zu erkaufen suchen, die aus bestimmten Gründen sehr gesucht sind"*. (Zitat nach Süd-West-Presse, 12.7.1975)

Ein Beispiel für die Ausbreitung privaten Handels ist die Welle des Antiquitätenhandels, die die DDR erfaßt hat. Den Anstoß dazu hat der staatliche Außenhandel der DDR gegeben, der von der "Nostalgie"-Mode in den westlichen imperialistischen Staaten durch den Verkauf von Antiquitäten aus der DDR profitieren wollte. Ganz abgesehen davon, was es über die kulturellen Verhältnisse in diesem angeblich sozialistischen Staat aussagt, daß *"Jahrhundertwende wieder als schick gilt"* – der Boom des Antiquitätenhandels kann offensichtlich über die staatlichen Läden nicht mehr gesteuert werden und man diskutiert in der Presse der DDR offen über die Einrichtung von *"Flohmärkten"*, damit dieser Handel sich entfalten kann. (Belege in den "Stuttgarter Nachrichten" vom 14.7.1975)

Auch für die DDR gilt, was die "Peking Rundschau" Nr. 25 für den Handel in der Sowjetunion feststellt: "Der vom Staat betriebene Handel ... existiert heute als Teil des sozialistischen Volkseigentums nur dem Namen nach, in Wirklichkeit aber ist er Eigentum der bürokratischen Monopolbourgeoisie." Im Schatten der Herrschaft dieser neuen Bourgeoisie und der von ihr betriebenen Profitproduktion blühen Bestechung, Schwarzhandel und Schieberei als ständige Quellen privater Bereicherung von großen und kleinen Geschäftemachern.

Die Preise steigen

Die "Peking Rundschau" fährt fort: "Die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten in den Handelsabteilungen werden wieder als Lohnarbeiter unterdrückt und ausgebeutet." Man kann hinzufügen, daß die Herrschaft der neuen Kapitalistenklasse und die Ausdehnung der Profitmacherei im ganzen System der Warenzirkulation neben der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft wachsende Teuerung und Ausplünderung auf dem Warenmarkt mit sich bringt. Hämisch wird in der westdeutschen Presse gemeldet: *"Die von Partei und Staat garantierte Stabilität der Preise in der DDR bröckelt immer mehr ab. Berichten in der lokalen Presse zufolge werden im Einzelhandel sowie im Gaststätten-, Dienstleistungs- und Reparaturgewerbe häufig überhöhte Preise verlangt. So sei beispielsweise bei 2 770 Kontrollen im Bezirk Potsdam festgestellt worden, daß sich etwa 30 % der überprüften Betriebe zum Nachteil der Bürger nicht an die staatlichen Preisvorschriften hielten."* (Rhein-Neckar-Zeitung, 15.7.1975 nach dpa) Für die bürgerlichen Journalisten sind solche Meldungen Argumente zur Verteidigung der ständigen Preistreiberei hier. Tatsächlich sind es aber nur Argumente dafür, daß sich die Arbeiterklasse der DDR ebenso ihrer Ausbeuter wird entledigen müssen, wie die Arbeiterklasse in Westdeutschland.

J. Noth

Widerstand gegen Polizeiterror wächst

Frankfurt: Öffentliche Anklagen gegen die Gewaltakte der Polizei

Frankfurt/Main. Was sich die Frankfurter Polizei in den letzten Wochen an wilden Gewalttätigkeiten geleistet hat, um dem Magistrat den Widerstand gegen seine Politik und gegen die in der Stadt herrschenden Verhältnisse vom Hals zu schaffen, hat dem Zorn auf seiten der Arbeiter und im Volk viel zusätzliche Nahrung gegeben und inzwischen selbst in der bürgerlichen Presse und im bürgerlichen Lager Widersprüche aufgeworfen.

Besonders der gemeine Einsatz des CN-Gases, der sogenannten "Chemischen Keule", hat dazu beigetragen.

Über den Polizeiüberfall auf eine Kinderdemonstration am 3.7. haben wir schon berichtet. Eine Gruppe von 80 Kindern und einige Sozialarbeiter hatten vorübergehend eine Straßensperre errichtet, um zu erreichen, daß die an den Spielplatz angrenzende Straße entweder ganz gesperrt oder wenigstens mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 10 km versehen werde, weil dort schon mehrere Kinder schwer verunglückt sind. In der 'Bockenheimer Zeitung Nr. 2' stand folgender Bericht eines Kindes:

"Dann haben wir die Sperrung beendet und alle Sachen weggeräumt. Nachdem wir damit fertig waren, kamen drei Mannschaftswagen mit 20 Polizisten. Wir wollten ihnen erklären, warum wir die Straße abgesperrt haben, aber wir kamen nicht zum Reden.

Unsere Betreuer wollten freiwillig mit zur Wache gehen. Sie wurden dann alle in die Polizeiwagen gezerrt und geschubst. Die Polizisten haben mit Tränengas geschossen. Viele von uns haben Tränengas abgekriegt und haben laut geweint und sind weggelaufen. Später fuhr die Polizei mit unseren Betreuern zur Wache."

Während der Proteste gegen die Gebührenerhöhung beim Frankfurter Verkehrsverbund (FVV) ist dieses schonungslose Vorgehen bereits zur Regel geworden. Anhand von Vorfällen, wo sich gar nicht wehrende Demonstranten blutig geschlagen wurden oder ihnen aus unmittelbarer Nähe CN-Gas ins Gesicht gesprüht wurde, erstattete der Frankfurter Rechtsanwalt E. Junghanß im Auftrag von Heinz Brandt (Gewerkschaftsjournalist), Jürgen Roth und Gerhard Zwerenz (Schriftsteller) Anzeige gegen eine Gruppe von Zivilpolizisten. Es handelte sich dabei unter anderem um folgenden Vorfall:

Aus dem Gedächtnisprotokoll des Lehrlings Cornelia H.: "Mir wurde das Gas aus einer Entfernung von nur einem Meter direkt und gezielt in die Augen gespritzt. Dabei bin ich auf den Boden gefallen. Als meine Schwester Michaela mir zu Hilfe kam, wurde sie noch einmal von der gleichen Person direkt ins Gesicht gespritzt ... Ich war völlig hilflos, denn meine Augen konnte ich nicht mehr öffnen. Ich hatte Atemschwierigkeiten, und das Gas hat im ganzen Gesicht sowie auf dem Kopf wahnsinnig gebrannt." (Frankfurter Rundschau, 14.7.1975)

Ähnlich erging es drei jungen Demonstranten:

"Am Freitagabend, kurz nach halb acht, verfolgten mehrere zivile 'Bluthunde' drei junge Leute, die sie von der Zeil bis hinunter auf die Berliner Straße hetzten und dort mit Hilfe weiterer Spitzel und einem gelben Ford Consul erreichten. Unterwegs sprühten sie wie wild auf alles, was sich um sie bewegte, mit ihren chemischen Keulen und drohten mehrmals protestierenden Menschen mit Sprüchen wie: 'Den schieß nieder!' Auf der Berliner Straße neben dem Jugendamt stürzten sie sich auf die drei jungen Burschen und verprügelten sie mit viehischer Brutalität. Sie spritzten ihnen, obwohl sie sich gar nicht mehr wehren konnten, das Kampfgas ins Gesicht, schlugen ihre Köpfe auf die Knie auf, traten und schlugen sie in alle möglichen Körpergegenden. Mittlerweile hatte sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Menge empörter Bürger versammelt, die dem Treiben dieser tollen Hunde fassungslos gegenüberstanden. Manche riefen: 'Faschisten', 'Schlägerbande' oder 'Aufhören!'
(Ortsbeilage der KVZ Nr. 29 vom 24. Juli)

Am 22.7. berichtete die "Frankfurter Rundschau" mit der Überschrift: "10 Bürger gegen den Knüppeleinsatz der Polizisten":

"An jenem Samstag (gemeint war der 5.7.1975, Red.) wartete Baron (er erstattete Anzeige gegen die Polizei, Red.) an der Ecke Vilbelerstr./Alte Gasse gegen 13 Uhr auf die Straßenbahn. Plötzlich versperrten fünf Polizeiwagen einem VW-Bus nach allen Seiten den Weg. Baron stellte zu Recht eine Verbindung zwischen diesem Polizeieinsatz und den Zeil-Demonstrationen her. Er sah '25 bis 30 Polizeibeamte aus den fünf Einsatzwagen stürzen'.

Baron stand unmittelbar neben der Beifahrertür des VW-Busses. 'Ich konnte hören, wie der festgenommene Beifahrer den ihn packenden Polizisten zurief, sie sollten ihm nicht wehtun, er werde sich auch nicht wehren", schreibt Baron in seiner Strafanzeige.

Dennoch beobachtete der Antragsteller, wie '8 bis 10 Polizisten auf den Festgenommenen mit Schlagstöcken einprügelten. Deutlich war zu sehen, wie mehrere Polizisten den Mann mehrmals traten, der sich keinesfalls wehrte'. Von der anderen Seite habe man 'die Schreie des festgenommenen Fahrers des VW-Busses gehört'. Zeugen bestätigten Baron, daß 'man auch hier mit brutaler Gewalt vorging'."

Nach dem Erscheinen dieses Artikels in der Frankfurter Rundschau meldeten sich spontan noch weitere Zeugen, die sich bereit erklärten, gegen die Polizei auszusagen.

Nach der massiven Empörung in der Frankfurter Bevölkerung, die zum Teil auch von der bürgerlichen Presse unterstützt wurde, sah sich die Polizei zu Stellungnahmen veranlaßt.

Die Stellungnahmen waren von Anfang bis zu Ende von unglaublichem Zynismus gekennzeichnet: Der Tränengaseinsatz auf dem Bockenheimer Spielplatz gegen Kinder wird damit begründet, "die Kinder seien für die Aktion mißbraucht worden" (Frankfurter Rundschau vom 4. Juli), die Umweltbelastung sei durch den entstandenen Autostau gestiegen (es ist gar kein Autostau entstanden!), und die arbeitende Bevölkerung hätte das Recht darauf, nach der Arbeit unbehindert nach Hause zu kommen!

Um das Vorgehen gegen die Insassen des VW-Busses zu begründen, hatte sich die Polizei sogar ein richtiges Märchen einfallen lassen: Ein Beamter sei vom Bus angefahren worden, und in einem Aufwasch sind alle, die behaupteten, dergleichen nicht gesehen zu haben, als **angebliche** Zeugen bezeichnet worden.

Gerade anhand dieser Ereignisse haben sich auch innerhalb des bürgerlichen Lagers Widersprüche in bezug auf den Einsatz des "Chemical Mace", des CN-Gases, aufgetan.

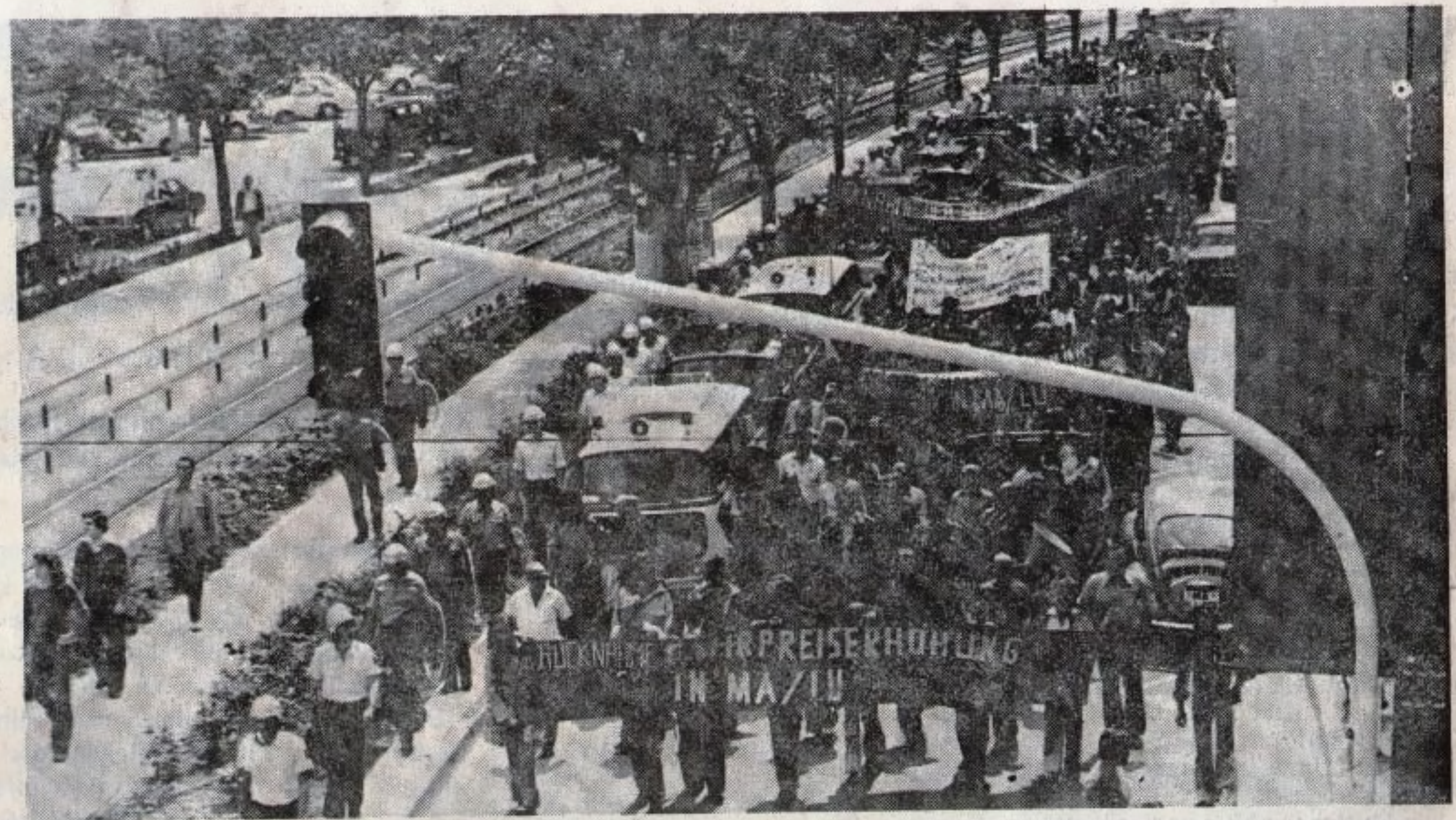
- Der Staatssekretär im hessischen Innenministerium Heinrich Kohl (FDP) erstattete Anzeige gegen die SPD-Wochenzeitung "Vorwärts", weil sie darüber berichtete, "Frankfurter Polizisten hätten 80 für sichere Spielplätze demonstrierende Kinder mit Giftgas auseinandergejagt ..." (Frankfurter Rundschau vom 18. Juli)
- Der SPD-Ortsverein Bonn-West äußert in einem Brief an den "lieben Genossen Arndt" seine Bestürzung über den Einsatz von Chemical Mace in Frankfurt (Frankfurter Rundschau vom 17. Juli)
- Den sofortigen Verzicht der Polizei auf die Tränengaswaffe "Chemical Mace" hat der Landesvorsitzende der Abteilung der Polizei in der ÖTV, Jacob Petry, gefordert anhand eines Gutachtens, in dem die Möglichkeit von "lebensgefährlichen Gesundheitsschädigungen" bestätigt wird. (Frankfurter Rundschau vom 25. Juli)

Anläßlich dieses immer schärfer werdenden Protestes selbst im eigenen Lager sorgt sich Polizeipräsident Müller (der übrigens aus diesem Grunde sogar seinen Urlaub früher abbrechen mußte) mit Recht um das "gestörte Verhältnis der Polizei zu den Bürgern der Stadt".

Nach der WDR-Sendung "Monitor" am 28.7., in der einige "Übergriffe" der Frankfurter Polizei angeprangert wurden: gegen einen Porschefahrer, gegen zwei Geschäftsleute, gegen die Kinder in Bockenheim fühlt sich Polizeipräsident Müller verleumdet und sieht in der Sendung "Manipulation in übelster Weise" (Frankfurter Rundschau vom 30.7.). Er will Anzeige gegen den WDR-Moderator Fröder und den Anwalt der Geschäftsleute Bossi erstatten.

Polizeipräsident Müller stellt betrübt fest, daß nach den Kämpfen im letzten Jahr die Neigung gewachsen sei, "sich polizeilichen Aktionen zu widersetzen". Damit hat er recht. Für die arbeitende Bevölkerung bleibt gar kein anderer Weg als der, sich zusammenzuschließen und ihre gerechten Ziele gegen die Politik des Magistrats zu verfolgen. Je mehr der Magistrat darauf mit dem Polizeiknüppel antwortet, desto klarer wird auch, daß nicht nur der Protest, sondern auch der Widerstand gegen das Polizeiregiment völlig berechtigt ist.

–nach Korrespondenzen der Ortsbeilage Frankfurt



Mannheim. Über 500 Menschen beteiligten sich an einer erneuten Demonstration gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in Mannheim/Ludwigshafen am Samstag, dem 26. Juli. Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen! Rücknahme der Gebührenerhöhungen für Strom, Wasser und Gas! waren die Forderungen. In Mannheim/Ludwigshafen sollen die Fahrpreise um 20 %, die Strompreise um 5,9 %, der Preis für Wasser um 35 % und die Gaspreise sogar um 130 % steigen.

Der Demonstrationszug und die zahlreichen Zwischenkundgebungen auf den Schienen stießen auf viel Zustimmung. Die Demonstration wurde "begleitet" von einem zahlenmäßig weit überlegenen Polizeiaufgebot, das aus ganz Baden-Württemberg zusammengezogen war. Wasserwerfer, gepanzerte Schienenräumfahrzeuge, ein Polizeihubschrauber und ein Polizeiboot und die "pepper fog"-Geräte waren aufgeboten, um den Widerstand gegen die Tariferhöhungen schon im Keim zu ersticken. So viel Staatsgewalt auf einmal gegen gerechte Forderungen aufgefahren, das stieß bei den Menschen in der Stadt nur auf Empörung. Viele Menschen schlossen sich der Demonstration an. Als die Polizei abzog, gab es viel Beifall, Buhrufe und Pfiffe. Zur nächsten Sitzung des Stadtrates soll erneut eine Demonstration vorbereitet werden.

Polizeiüberfälle auf Jugendzentrum

Bremer Jugendliche setzen sich gegen ständige Polizeischikanen zur Wehr

In der Erlenstraße in Bremen haben die Jugendlichen ein selbstverwaltetes Jugendzentrum.

Es befindet sich auf dem Gelände eines Sportvereins. Hier haben sie ein kleines Haus vom Sportverein bekommen, wo sie selbst bestimmen, wie sie ihre Freizeit gestalten wollen. Am 12.7. um 20 Uhr 15 kam die Polizei in das Jugendzentrum Erlenstraße in der Neustadt. Sie rückte mit einem Mannschaftswagen, zwei Streifenwagen und Zivilwagen sowie einem Hundeführer an. Insgesamt waren zehn Polizisten anwesend. Sie riegelten das Jugendzentrum ab und fingen an, alles zu durchsuchen.

Auf die Frage, ob sie einen Hausdurchsuchungsbefehl hätten, sagten sie, wir brauchen keinen, da der Verdacht besteht, daß hier Straftaten geplant werden.

Sie überprüften die Personalien und griffen sich wahllos elf Jugendliche heraus, verfrachteten sie in den Mannschaftswagen und brachten sie zur 12. Wache, um die Personalien zu überprüfen.

Am selben Abend um 22 Uhr 45 kamen noch einmal vier Polizisten. Sie sagten, sie hätten einen Hilferuf gehört, den die Jugendlichen aber nicht gehört haben. Das war für sie nur ein Vorwand, um im Jugendzentrum herumzuschnüffeln. Diesmal nahmen sie einen von den Jugendlichen mit. Nachdem er wieder freigelassen worden ist, erzählte er, daß er von einem Polizisten geschlagen worden sei.

Am Donnerstag, dem 17. Juli, zogen zirka 40 Jugendliche durch die Neustadt mit Schildern und Plakaten. Die Polizei begleitete den Umzug und forderte wahllos einige auf, ihre Personalien zu geben und verbot, durch Megaphon zu reden.

Zwei Tage nach dem Polizeiüberfall am 14. Juli trafen sich etwa 70 Jugendliche im Jugendzentrum und verabschiedeten einstimmig eine Resolution, die an die Presse gegeben wurde und in der u.a. folgendes zum Ausdruck kommt: "Offensichtlich ist es wohl so, daß überall, wo der Staat keine kontrollierende Macht besitzt, alles verdächtigt wird oder kriminell sein soll, wie auch beim § 218 zu sehen ist. Während der Senat auf der einen Seite gerade jetzt zum Wahlkampf uns weismachen will, daß er alles für die Jugend tut, schickt er uns auf Anordnung des Senators Fröhlich die Polizei ins Haus. Das eine sind die Worte, am Samstag sahen wir die Taten. Nicht nur kriminalisieren wollen sie unser Jugendzentrum, sondern sie bezeichnen es als das dunkelste Loch der Neustadt. Wir sind keine verwahrlosten Jugendlichen. Gerade weil wir nicht in der Kneipe und auf der Straße hocken wollen, haben wir uns dieses Jugendzentrum aufgebaut. Wir werden uns dieses Jugendzentrum nicht nehmen lassen. Der Staat will nicht, daß wir selbständig sind, sondern will uns unter seiner Kontrolle haben wie in den staatlichen Jugendheimen."

Als die Versammlung geschlossen war, kamen zwei Zivilpolizisten ins Jugendzentrum, die sich nur informieren wollten. Von den Jugendlichen wurden sie sofort als die im "Weser Kurier" veröffentlichte zivile Spezialeinheit erkannt. Die Jugendlichen forderten die Spitzel auf, sofort den Raum zu verlassen. Die Spitzel taten dies nicht. So wurde eine Kette gebildet, um sie rauszudrängeln. Da kam heraus, was sie vorhatten: "Wir können ja noch ein paar mehr holen, dann werden wir sehen, wer hier der stärkere ist", sagte einer von ihnen. Da riefen alle Jugendlichen: "Bullen raus!" Man ließ sie dann links liegen, bis sie dann mit einem Kleber mit dem § 218 auf dem Rücken den Raum verließen.

Am darauf folgenden Samstag, dem 19. Juli, haben wir an unserem Agitationszentrum am Delme-Markt die Vorgänge über Megafon bekanntgegeben und Unterschriften gesammelt für die Resolution. Auch hier zeigte sich, wie brutal die Polizei vorgeht, um zu verhindern, daß die Bevölkerung überhaupt von ihren Angriffen auf das Jugendzentrum erfährt. Das Megafon wurde beschlagnahmt. Sie forderten uns auf, den Stand zu räumen. Als wir das nicht taten und als wir unsere Bücher festhielten, fingen sie an, alles zu räumen.

Die Jugendlichen haben sich nochmal am kommenden Donnerstag, dem 24. Juli, zusammengeschlossen und zogen mit über dreißig Mann durch die Neustadt, hielten kurze Megafonansprachen und sammelten Unterschriften. Gleichzeitig zogen durch die Neustadt Jugendliche, die für ein Haus am Buntentor-Steinweg Nr. 372 eintreten, das sie als Jugendzentrum fordern.

Beide Gruppen trafen sich und riefen gemeinsam Parolen wie "Gegen die Kriminalisierung der Jugendlichen durch die Behörden!" und "Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in der Erlenstraße!" "Gegen die Polizeiübergriffe auf das Jugendzentrum Erlenstraße!". Nachdem die Sache zu Ende war, wurde wahllos ein Jugendlicher von zivilen Bullen auf der Straße angesprungen, in den Wagen gezerrt und zur Wache gebracht. Angeblich soll er ein Fahrrad geklaut haben. Als das im Jugendzentrum bekannt wurde, zogen etwa 20 Jugendliche zur Wache und forderten, daß er freigelassen wird. Hinterher berichtete er, daß auch er im berüchtigten Keller der Wache 12, die allgemein als Schlägerwache bekannt ist, von einem Polizisten immer wieder geschlagen wurde.

Nach all diesen Vorfällen haben die Jugendlichen eines gelernt: In ihrem Jugendzentrum wird so schnell keine Ruhe einkehren, und sie müssen sich stärker zusammenschließen, um der Kriminalisierung durch den Staat entgegenzutreten und die Angriffe seitens der Polizei abzuwehren. Die empörenden Übergriffe durch die Polizei können von der Jugend nicht hingenommen werden. Sie muß ihre Selbständigkeit verteidigen, sie hat kein Interesse an einer Erziehung zu willigen Lohnsklaven unter ständiger Bevormundung durch den Staat.

M., Bremen

Köln: Weg mit den Beschlüssen des Stadtrats

Köln. Trotz Ferienzeit folgten am Montag, dem 28. Juli, etwa 200 Menschen dem Aufruf zu einer erneuten Protestversammlung gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den Kölner Verkehrsbetrieben (KVB).

Die Unterzeichner dieses Aufrufs, ein Gerichtsreferendar, eine Rentnerin, ein Betriebsrat, ein ausländischer Kollege, der Schulsprecher der Berufsschule in Niederkirchweg und der Fakultätssprecher der Philosophischen Fakultät der Universität Köln eröffneten die Veranstaltung durch kurze Referate, in denen sie darlegten, daß die beschlossene Fahrpreiserhöhung bei der KVB einen tiefen Griff in die Taschen des Volkes bedeutet. Beispielsweise müßten Lehrlinge in Zukunft monatlich fünfzehn Prozent ihres Lohnes für die Straßenbahnfahrt ausgeben. Alle Redner forderten die Versammelten auf, den Beschluß des Stadtrates zu Fall zu bringen und gegen die Erhöhung der KVB-Tarife den Kampf zu organisieren. Dazu legten sie den versammelten Teilnehmern zunächst einen neuen Aufruf vor, in dem sie unter den Forderungen **Weg mit den Beschlüssen des Stadtrates! Keine Fahrpreiserhöhungen bei der KVB!** zu einer erneuten Demonstration am 25. August aufrufen. An dem Tag sollen die neuen KVB-Tarife in Kraft treten. In diesem Aufruf werden insbesondere die Gewerkschaften aufgefordert, den Aufruf zu unterstützen und zur Demonstration aufzurufen, ebenso alle politischen Parteien und Organisationen, die gewillt sind, den Kampf weiterzuführen.

Auf der Veranstaltung erklärte der Vertreter des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, daß die Ortsgruppe den Aufruf unterstützt. Ein Mitglied des Zentralen Komitees der Gruppe Rote Fahne lehnte den Aufruf ab.

Der Aufruf wurde bei acht Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen und die Unterzeichner des Aufrufs von den Versammelten legitimiert, weitere Schritte in ihrem Namen einzuleiten.

Was der Staat unter der Würde des Menschen versteht

Familie N.,Westberlin,Kreuzberg,9 Kinder,2oo Blatt Akten

Mit dem Argument, es gelte die Würde des Menschen zu schützen, hat das Bundesverfassungsgericht die Reform des § 218 abgelehnt. Die Familie N. aus Kreuzberg hat Erfahrungen gemacht damit, was dieser Staat unter der Würde des Menschen versteht. Sie hat neun Kinder. Der Vater, von Beruf Kranfahrer, schiebt permanent Überstunden, um die Familie einigermaßen über Wasser zu halten.

Die Mutter hat Zeit ihres Lebens Wäsche gewaschen, gestopft, gekocht, geputzt: Anfang dieses Jahres ist sie nach der Geburt ihres neunten Kindes gestorben. Sie war 39 Jahre alt.

Wie sah bisher die "Fürsorge" des Staates bei dieser Familie aus?

Das Jugendamt schaltete sich zu einem Zeitpunkt ein, als es zu sogenannten "Auffälligkeiten" bei den Kindern kam: schwache Schulleistungen und Unregelmäßigkeiten beim Schulbesuch.

Die Mutter wird bei immer häufiger stattfindenden unangemeldeten Besuchen durch den Sozialarbeiter darauf hingewiesen, daß sie die Kinder besser kontrollieren solle, besser versorgen und bei den Schulaufgaben häufiger unterstützen solle. Eine Studentin wird angekarrt, die Nachhilfe geben soll. Die Mutter wird ermahnt, diese Studentin regelmäßig zu bezahlen. Wovon sie das bezahlen soll, bleibt ihr Problem. Die Angelegenheit scheitert.

Die Eltern werden auf das Jugendamt vorgeladen. Man droht ihnen mit Maßnahmen, da drei Kinder immer noch ab und zu die Schule schwänzen. Wenn es so weitergehe, müsse man ihnen Rechte entziehen, die Kinder in Heime stecken. Die Kinder kommen tatsächlich ins Heim, weil eines von ihnen in Abwesenheit der Eltern aus dem Bett fällt. Einen Babysitter für 10 DM die Stunde konnte sich die Familie N. nicht leisten. Das Jugendamt stellt den Antrag beim Vormundschaftsgericht, den Eltern das Sorgerecht für ihre Kinder zu entziehen.

Es kommt zur Verhandlung. Nachbarn sagen für die Familie N. aus, weisen immer wieder auf die hohe Kinderzahl hin, die eine Reihe von Problemen mit sich brächte. Es nützt nichts. Die Eltern verlieren das Recht, über den Aufenthalt ihrer Kinder zu bestimmten, d.h. das Jugendamt kann sie jederzeit ins Heim stecken oder sonstwohin; die Eltern können das nicht ändern. Nicht alle Kinder wandern ins Heim; die, die zu Hause bleiben, müssen regelmäßig verschiedenen amtlichen Institutionen vorgestellt werden. Wobei die Begründung, warum das gerade die sozialen Bedingungen der Familie N. verändern soll, gar nicht erst versucht wird.

Das Ehepaar hat sich diese Situation nicht ausgesucht. Herr N. ist Arbeiter, d.h. er besitzt nichts als seine beiden Hände und die Fähigkeit, einen Kran zu fahren. Er ist gezwungen, tagtäglich seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, der von seinem Profit vielleicht gerade einen Porsche für seine älteste Tochter kaufen will. Der Lohn, den Herr N. dafür erhält, reicht nicht aus, um die Familie entsprechend ihren Bedürfnissen zu versorgen!

Technische Geräte, die die Mutter entlasten, Geld für Spielzeug und Bücher, Mittel für einen Ausflug, ausreichende Bekleidung usw. – alles das gibt es nicht. Es sind die Verhältnisse, die es dem Ehepaar N. verunmöglichen, seine Kinder so zu erziehen, wie es dieses Jugendamt gern hätte. Nicht ihre individuelle Unfähigkeit ist die Ursache für die Not dieser und vieler anderer Familien, sondern Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter durch den Kapitalisten und den Staat.

Die Akte dieser Familie umfaßt etwa 200 Blätter. Sie geben Aufschluß über den Charakter dieses Staates: Wenn die ungeborenen Kinder, für die sich der Staat in so verlogener Weise stark macht, erst geboren sind, kümmert er sich einen Dreck um ihr Wohlergehen. Vielmehr kontrolliert, entmündigt und entrechtet er die Arbeiterfamilien, die durch Kinder in materielle Nöte geraten sind. Seine "Hilfestellung" erfolgt auf der Grundlage von Gesetzen – beschlossen von wohlgenährten Volksfeinden –, die es auch einem gutmeinenden Sozialarbeiter verunmöglichen, dieser Familie tatsächlich zu helfen, sondern die bereits in ihrem Keim die Knebelung der Arbeiterklasse und des Volkes vorsehen.

Zum Zeitpunkt, als die Mutter im Krankenhaus lag, stellte die älteste Tochter fest, daß sie schwanger war. Die Sorge um die Mutter und deren Tod hat sie daran gehindert, sich in den Dschungel von Untersuchungen zu stürzen, die eventuell einen Schwangerschaftsabbruch ermöglicht hätten.

M., Westberlin

zialen Bedingungen der Familie N. M., Westberlin

Demonstration am 21. Sept. in Bonn

PRESSEERKLÄRUNG

Zur Parlamentseröffnung im Herbst:
Zentrale Demonstration der Komitees gegen den § 218 in Bonn!

Die Komitees gegen den § 218 rufen auf zu einer zentralen Demonstration gegen den § 218 in Bonn am 21. September, dem Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Parlaments. Mehr als 250 000 Menschen sind seit Anfang Juni durch ihre Unterschrift eingetreten für die Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218!

Der Bundestag soll gleich nach seiner Wiedereröffnung im Herbst ein Gesetz zum § 218 beschließen, das die bisherige Unterdrückung und Strafverfolgung durch diesen Paragrafen aufrechterhält. Darüber sind sich alle Bonner Parteien einig. Alle berufen sie sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dieses Urteil erklärt es zu einem ewigen Wert, daß unter Strafverfolgung gestellt wird, wer aufgrund seiner besitzlosen und elenden Lage in dieser Gesellschaft gezwungen ist, abtreiben zu lassen, weil er dem Kinde eine menschenwürdige Existenz nicht sichern kann. Der Segen des Bundesverfassungsgerichtes ändert nichts an der Ungerechtigkeit dieses Paragrafen. Sein Urteil hat den Widerstand gegen diesen Paragrafen nicht gebrochen, sondern höchstens das Vertrauen in solche Gerichte erschüttert. Die bürgerlichen Politiker greifen deshalb zu allen Mitteln, um diesen Paragrafen aufrecht zu erhalten. So scheute sich der Bundesjustizminister Vogel nicht, in dieser Woche in der Bildzeitung ein Interview abdrucken zu lassen unter der Überschrift: "Abtreibung in sechs Monaten fast frei". Mit solchem Betrug soll der Eindruck erweckt werden, als könne man von dem bevorstehenden Gesetzeswerk etwas Fortschrittliches erwarten. Gleichzeitig wird die Unterdrückung und die Polizeiverfolgung der Gegner des § 218 verstärkt, wie z. B. durch den Polizeiüberfall auf das Frauenzentrum in Frankfurt, durch Bedrohung und Bespitzelung von Beteiligten an Fahrten zur Abtreibung nach Holland oder durch zahlreiche Polizeischikanen gegen die Tätigkeit der Komitees gegen den § 218.

Der breite Widerstand gegen den Polizeiüberfall auf das Frauenzentrum, die zunehmenden Aktivitäten der Gewerkschaften und die breite Unterstützung der Forderungen der Komitees dokumentieren jedoch: weder durch Betrug noch durch Unterdrückung läßt sich der Widerstand gegen diesen Paragrafen zu Fall bringen.

Seit Anfang Juni sind inzwischen mehr als 250 000 Menschen durch ihre Unterschrift für die Forderungen der Komitees nach Volksentscheid gegen den § 218 eingetreten. Zahlreiche Körperschaften in Betrieb und Gewerkschaft, in Schulen und Hochschulen unterstützen die Forderungen der Komitees. Mehrere Tausend Mitglieder haben sich inzwischen in Komitees gegen den § 218 in über 130 Städten in der BRD und Westberlin organisiert. Um diesen breiten Widerstand gegen den § 218 gegenüber dem bürgerlichen Staat zum Ausdruck zu bringen und zusammenzufassen, rufen die Komitees gegen den § 218 auf zu einer zentralen Demonstration in Bonn zur Parlamentseröffnung unter den Forderungen:

Weg mit dem § 218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
Das Volk selber soll entscheiden!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218
c/o A. Bilger, 68 Mannheim 31
Glasstraße 4, Telefon: 0621/37 99 34

Mehrheiten gegen den Paragrafen 218

Ludwigshafen. Die Jugendvertretung von Grünzweig & Hartmann unterstützt einstimmig die Forderungen der Komitees.

Zweibrücken. In dem Werk der Allfloor/DLW wurden in der Abteilung Tufting vierzehn Unterschriften für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 gesammelt. Die gesamte Abteilung der Schicht 1 hat unterschrieben. In anderen Abteilungen geht die Sammlung weiter.

Bonn. Die ÖTV-Betriebsgruppe Universität hat eine Resolution mit den Forderungen der Komitees verabschiedet und die Kreisverwaltung "zur Unterstützung und zur Einleitung geeigneter Schritte" aufgefordert.

Mannheim. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) in der GEW Mannheim verabschiedete eine Resolution gegen den § 218 mit den Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Die Resolution wurde dem GEW-Ortsvorstand mit der Aufforderung zugeleitet, alle GEW-Mitglieder zur Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn aufzurufen. Die Resolution wird auch auf der bevorstehenden Landestagung der AjLE's in Baden-Württemberg eingebracht werden.

Düsseldorf. Auf der Delegiertenkonferenz der Abteilung Sozialarbeit der ÖTV-Bezirke Nordrhein-Westfalen I und II am 10. Juli sprachen sich von 26 Delegierten 12 für eine grundsätzliche Abschaffung des § 218 aus. 10 Delegierte sprachen gegen den Antrag, vier enthielten sich.

Dortmund. Mehrheitlich sprach sich die Studentenvollversammlung der Universität Dortmund am 3. Juli für einen Antrag aus, der vom § 218-Komitee eingebracht worden war. Danach ruft die Studentenvollversammlung an der Universität dazu auf, die Arbeit des Komitees und die Forderung nach einem Volksentscheid gegen den § 218 zu unterstützen.

Während der Sommerferien wird das Uni-Komitee hauptgewichtig eine Initiative im Stadtteil Dortmund-Dorstfeld unterstützen, damit daraus sich möglichst bald ein Komitee bildet, das dort die Bewegung gegen den Abtreibungsparagrafen selbständig weiterführt.

12 ooo Unterschriften

12 ooo Unterschriften in Freiburg

Freiburg. 12 000 Unterschriften sind bisher in Freiburg gesammelt worden. Das konnte auf der ersten öffentlichen Mitgliederversammlung des Komitees bekanntgegeben werden, zu der am 21. Juli 150 Menschen gekommen waren. Das Komitee selbst hat sich seit seiner Gründung vor einem Monat von vierzig auf achtzig Mitglieder vergrößert. Kritisiert wurde auf dem Treffen, daß es dem Komitee noch nicht recht gelungen ist, als Komitee öffentlich bekannt zu werden und der großen Zahl der Unterschriften genügend öffentliches Gewicht zu geben. Um dies zu erreichen, hat die Mitgliederversammlung unter anderem beschlossen, in der zweiten Augustwoche eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien und der Kirchen durchzuführen und die Veranstaltungen der Parteien und Verbände in der Stadt aufzusuchen, um für die Forderungen des Komitees einzutreten.

Rektorat der Universität Heidelberg:

Strafanzeigen gegen Gegner des Paragrafen 218

Heidelberg. Schon seit Wochen beschäftigt sich das Rektorat der Heidelberger Universität damit, die Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid gegen den § 218 zu behindern. Mitglieder des Universitätskomitees haben dort vor allem bei der Rückmeldung für das Sommersemester im Rektoratsgebäude Unterschriften gesammelt. Das Rektorat hat sofort mit Verboten herumgefuchtelt und schließlich die Polizei geholt. Mehrere Komiteemitglieder wurden unter dem Vorwurf des "Hausfriedensbruches" zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. Das Sekretariat des Heidelberger Komitees hat schließlich in einem offenen Brief den Rektor aufgefordert, bei einem öffentlichen Gespräch am vergangenen Donnerstag mit Vertretern des Komitees sein Vorgehen zu begründen.

"Der § 218 ist eine außeruniversitäre Angelegenheit", meinte Prorektor Quadbeck gleich zu Beginn gegenüber den Vertretern des Komitees 'Weg mit dem § 218'. Darauf ließen die vielen zivilen Polizisten, die zum angekündigten Termin im Gebäude der Alten Universität herumstrichen, allerdings nicht schließen, auch nicht, daß diesmal die Studenten zur Rückmeldung nur noch vereinzelt durch die Tür ins Rektorat gelassen wurden. Daß das Rektorat sich überhaupt gegenüber den Vertretern des Komitees äußerte, läßt darauf auch nicht schließen; offensichtlich mußte das Rektorat der Tatsache Rechnung tragen, daß schon über 4 000 der Heidelberger Studenten die Forderungen der Komitees sich durch ihre Unterschrift zu eigen gemacht haben.

Nach dem Sammlungsverbot und den Strafanzeigen wegen "Hausfriedensbruch" befragt, behauptete Quadbeck, das habe mit dem § 218 überhaupt nichts zu tun und zum § 218 wolle er sich auch gar nicht äußern. *"Ich weiß schon, daß Sie mich dahin haben wollen"*, aber Politik habe in der Hochschule *"nichts zu tun"*. Wahlamtsleiter Reichardt fügte gleich eifrig hinzu, das Gebäude werde durch die Unterschriftensammlung *"zweckentfremdet"*. Quadbeck: *"Die Unterschriftensammlung stört den Hausfrieden!"*

Wessen Frieden wird durch den Kampf gegen das Urteil des Verfassungsgerichts gestört? Bestimmt nicht ein irgendwie gearteter Frieden der Gegner des § 218. Für die Menschen, die nicht über das große Geld verfügen, um kurz nach England oder Holland fliegen zu können, für die Arbeiter, Angestellten und auch die Mehrzahl der Studenten, die durch die miserablen sozialen Verhältnisse in Westdeutschland zu einer Abtreibung gezwungen sind, für diese bedeutet der § 218 nur Schikane und Unterdrückung. Einen Frieden gibt es da nicht, drum kann er auch nicht gestört werden. Gestört werden kann nur der DM-schwere Frieden der bürgerlichen Klasse, ihres Staates samt seiner Vertreter wie Quadbeck, die das Urteil des Verfassungsgerichts allerdings in Frieden, hoch und heilig bis in Ewigkeit halten wollen.

Persönlich ist für diese Herren der § 218 dabei nur ein Anlaß, ihre schmutzige Phantasie auszubreiten. So höhnte der persönliche Referent des Rektors, Glaser: *"Und wenn wir Ihnen verbieten wollen, sich bei der Rückmeldung zu begatten, wäre das wohl auch repressiv."*

Die politischen Vorstellungen dieser Vertreter des bürgerlichen Staates an der Universität laufen allemal darauf hinaus, die Arbeiterklasse und das Volk von der Wahrnehmung ihrer Interessen und der Erkämpfung ihrer Rechte gegenüber diesem Staat abzuhalten. Es gebe *"verschiedene Funktionsbereiche"* in dieser Gesellschaft, meinte Glaser. So müßte man zum Beispiel, wenn man in der Fabrik schafft, *"während acht Stunden in Gottes Namen arbeiten"*. Dort könne man *"auch nicht einfach die Drehbank abschalten und Politik machen oder Unterschriften sammeln"*. Dies sei *"sinnvolles menschliches Verhalten"*, und genauso sei das auch an der Universität. *"Da müssen Sie halt Politik studieren, wenn Sie das nicht verstehen."*

Das wirft ein deutliches Licht auf den Inhalt dessen, was Quadbeck meint, wenn er sagt: *"Die Universität muß für diese Zwecke funktionstüchtig bleiben."*

Daß der jahrzehntelange Kampf der Arbeiterbewegung gegen den § 218 nicht auch an der Universität Unterstützung findet, das ist das ganze Interesse des Rektorats. Und das sagten sie dann auch sehr deutlich trotz aller anfänglichen Beteuerungen und Versuche, den § 218 aus der Angelegenheit herauszuhalten. Quadbeck: *"Die Indikationslösung wird ja jetzt von allen Parteien anerkannt, sie wird im September im Bundestag beraten und mit Sicherheit durchkommen. Dabei werden sich die Parlamentarier nicht von irgendwelchen Unterschriften oder Demonstrationen beeinflussen lassen. Das hoffe ich wenigstens!"*

Verhindert werden soll, daß die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes zur Geltung kommen, denn – so der Referent des Rektors, Glaser – *"das Prinzip der Betroffenheit ist kein Prinzip, das zu einer sinnvollen Entscheidung führt. Genausowenig das Prinzip der Mehrheit"* (!!!). Raffiniert gedacht von diesen Hanseln der Bourgeoisie. Die Reichen, die Kapitalisten, die korrupten und parasitären Professoren an der Uni, die betrifft allerdings der § 218 nicht; weil sie aber eine verschwindende Minderheit sind, führt allerdings "das Prinzip der Mehrheit" nicht zu einer "sinnvollen Entscheidung" in ihrem Interesse. Sie haben ihre Parlamente und ihr Bundesverfassungsgericht zur Erledigung der für sie "sinnvollen" Geschäfte. Die Werktätigen, die Hausfrauen, die Studenten haben nur ihren Willen, die Entscheidung des Hohen Gerichts nicht hinzunehmen.

Das Rektorat hat Stellung beziehen müssen und es hat sie auch klar für den § 218 bezogen. Das fadenscheinige Mäntelchen der *"formaljuristischen Seite"* ist ihm daher aufgegangen, die Verteidiger des Urteils des Bundesverfassungsgerichts stehen nackt und bloß da. Sie können sich nur stützen auf den bürgerlichen Staat und seine Gewaltorgane. Ihren Willen zu brechen ist die Aufgabe der Gegner des § 218.

Wie meinte doch Quadbeck: *". . . dabei werden sich die Parlamentarier nicht von irgendwelchen Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen beeinflussen lassen"*. Freiwillig werden sie's nicht, das ist richtig. Aber man wird sie dazu zwingen.

6ooo DM Geldstrafe wegen Beihilfe zur Abtreibung

Zu einer Geldstrafe von 6 000 DM ist ein Mann vom Bundesgerichtshof wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung verurteilt worden.

Nach dem am 18.3.1975 ergangenen Urteil habe die "Beihilfe" darin bestanden, daß der Mann seiner Frau gut zugesprochen hatte und ihr, bevor sie zu dem Arzt, der die Abtreibung vornehmen sollte, hinging, "psychologische Hilfe" geleistet hatte. Außerdem hatte er eine Einverständniserklärung zur Abtreibung unterschrieben und sich damit einverstanden erklärt, die für die Abtreibung verlangten 1 200 DM aus der gemeinsamen Urlaubskasse zu nehmen. Damit habe der Mann dem abtreibenden Arzt den "Entschluß zur Tat" erleichtert.

Die alten Kredite noch nicht abbezahlt

Die Förderschwelle begünstigt die Konzentration



Sommer 1974: Demonstration der schleswig-holsteinischen Bauern

Regen fällt wieder auf die sonnengebräunten Weiden und Wiesen der schleswig-holsteinischen Geest. Doch den Schaden, den die monatelange Dürre angerichtet hat, kann er nicht mehr gut machen.

So hat einer unserer Nachbarn vier Hektar Gerste, die eigentlich für den Verkauf bestimmt waren, einsiliert, weil nicht genügend Gras für die Silage und Heuwerbung gewachsen war. Für die vier Hektar Gerste hätte er unter normalen Bedingungen etwa 3 500 DM eingenommen. Zusätzlich muß er sich jetzt noch Stroh zum Einstreuen kaufen.

Andere Nachbarn mußten ihre Kühe sogar gleich ins Korn jagen. Winterfutter werden sie nicht genügend einbringen können, denn auch der Mais und die Rüben haben unter der Dürre gelitten. Einige rechnen dementsprechend mit einem Maisertrag, der nur halb so hoch liegt wie im Vorjahr.

Konsequenz: Sie müssen ihren Viehbestand gewaltig reduzieren. Uns selbst hat die Trockenheit nicht so erwischt, weil wir verhältnismäßig tiefes Land haben. Aber auch unsere Milchviehherde hat über 150 Liter pro Tag verloren.

Man kann sich also ausrechnen, daß einige 20-Hektar-Betriebe bis zu 10 000 DM Verlust durch die Dürre haben, zumal das Getreide, das auf seine reguläre Ernte noch wartet, wenig abwerfen wird. Vor einigen Jahren hatten wir schon einmal eine Dürrekatastrophe, bei der auf vielen Flächen statt 35 Doppelzentnern nur zwischen 4 und 20 Doppelzentner geerntet wurden. Die Kredite, die damals gewährt wurden, hat bisher kaum einer ganz abbezahlt.

Sicherlich wird der Staat diesmal keine Kredite gewähren. In den Zeitungen wird das so begründet, daß die Dürre in den Staatskassen noch tiefgreifender sei als in unseren. Vielen kleineren Bauern kann diese Dürre aber ihre Existenz kosten.

Im "Spiegel" Nr. 14/1974 konnte man lesen, daß jeder vierte Landwirt mit 10 000 DM Einkommen auskommen muß. Durch die Dürre würden diese Bauern eines großen Teils des Einkommens, das sie zur Sicherung des Lebensunterhalts unbedingt brauchen, verlustig gehen. Das kann zur Zwangsversteigerung führen.

Aber auch für viele Bauern, die noch nicht unmittelbar von Zwangsversteigerungen bedroht sind, hat die Dürre Auswirkungen. So versuchen wir schon seit Jahren die Förderschwelle (etwa 25 000 DM Einkommen) zu überschreiten, um in den Genuß staatlicher Förderung zu kommen. Wegen der Dürreschäden wird uns das auch in diesem Jahr nicht möglich sein.

Im allgemeinen ist es auch sinnlos, die Förderschwelle durch Schufterei zu überschreiten. Langfristig muß das scheitern, zumal die Förderschwelle Jahr für Jahr erhöht wird. 1975 ist sie allein um 17 % fortgeschrieben worden. Deshalb müssen wir fordern, daß die Förderschwelle wegkommt.

Natürlich ist das keine Lösung, denn es kann allenfalls zu einer Verlangsamung des Konzentrationsprozesses führen und damit zur Verlängerung der Gnadenfrist für durch den Konkurs bedrohte Bauern. Aber wir kämpfen damit für unsere Interessen und gegen das des bürgerlichen Staates, unsere Vertreibung von Haus und Hof noch durch solche perfiden agrarpolitischen Mittel zu beschleunigen. Der Ertl-Plan kann nicht das Interesse der 200 000 Bauern sein, die nach diesem Plan bis 1970 von der Bildfläche verschwinden müssen.

Suchen wir die Lösung, wie wir aus dem Teufelskreis der zunehmenden Konzentration herauskommen können, müssen wir nach der Ursache fragen. Ursache dafür ist die Dürre natürlich nicht. Die Dürre kann allenfalls die Zwangsversteigerung auslösen oder unsere Lage noch weiter verschlechtern.

Die Ursache ist vielmehr die Konkurrenz. Um als Bauer auf Dauer überleben zu können, muß man möglichst viel und billig produzieren. Die Kosten minimieren können aber am besten die Bauern, die genügend Kapital und Land haben. Wer vom Einkommen nur seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, wird auch keine Erweiterungsinvestitionen tätigen können. Ein anderer Teil der Bauern, die über 30 000 DM und mehr verdienen, kann das natürlich. Sie minimieren ihre Kosten an Produktionsmitteln und Arbeitskraft pro Einheit des Produktes insgesamt, weil sie mehr produzieren als vorher. Diejenigen, die nicht genug investieren konnten, bleiben dabei auf der Strecke. Sie vermehren dann entweder das Lager der Arbeitslosen oder werden zur Lohndrückerei getrieben. Ursache für die Vertreibung ist also die Konkurrenz, und diese ist das Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Der technische Fortschritt verbessert so im Kapitalismus nicht die Lage der arbeitenden Bevölkerung, sondern verschlechtert sie. Der Bauer muß mehr statt weniger schuften, weil durch neue Maschinen auch die Konkurrenz verschärft wird. Das ist im Sozialismus anders. In China z.B. nutzen die Bauern in den Volkskommunen den technischen Fortschritt, um die Natur zu beherrschen und um ihre Lebensverhältnisse gemeinsam zu verbessern. Eine Dürre in der Volkskommune Chawan wurde bewältigt, indem man gemeinsam für die Bewässerung sorgte. In anderen Kommunen haben die Bauern Berge kultiviert, indem sie dort Terrassen anlegten.

Durch den technischen Fortschritt werden auch in China Arbeitskräfte freigesetzt. Ihr Los ist aber nicht die Vertreibung von Haus und Hof. Sie werden nicht in die Städte getrieben, sondern die Kommune überlegt sich, wie sie zum Wohle der Gesellschaft am besten in der Kommune eingesetzt werden können.

C., Kiel

Heidelberger Maulkorb

Im letzten Sommersemester wurde an den Hochschulen Schleswig-Holsteins ein Maulkorberlaß in Kraft gesetzt zum Zwecke der Unterbindung jeder dem Staat mißliebigen politischen Tätigkeit an den Hochschulen. Jetzt hat auch das Rektorat der Universität Heidelberg einen solchen Erlaß herausgegeben. Es wird diesem Rektorat und seinem Erlaß wohl auch nicht anders ergehen, als dies in Schleswig-Holstein der Fall war: Gegen den Maulkorberlaß entstand eine breite Bewegung an den Universitäten mit der Forderung, der Maulkorberlaß muß weg.

UNIVERSITÄT HEIDELBERG
DER REKTOR

6900 HEIDELBERG 1
GRABENGASSE 1 · TEL. 54 36
POSTFACH 1760

16. 7. 1975

Universität 6900 Heidelberg 1, Postfach 1760

An die
Dekane der Fakultäten

RUNDSCHREIBEN Nr. 47/75

Betr.: Verteilung und Anschlag von Publikationen aller Art im Universitätsbereich

1. Die Aufgaben der Universität nach § 9 HSchG und der Studentenschaft nach § 60 HSchG bestimmen auch Zweck und Nutzung ihrer Räume hinsichtlich der Frage, ob und welche Zeitschriften oder andere schriftliche Mitteilungen verteilt oder angeschlagen werden dürfen.

2. Danach sind die Verteilung und der Anschlag von Plakaten, Flugblättern, Zeitungen, Zeitschriften u. ä. mit nichtwissenschaftlichem, nichthochschulpolitischem oder sonst den gesetzlichen Aufgaben der Studentenschaft nicht entsprechendem Inhalt ganz oder auszugsweise grundsätzlich unzulässig.

3. Die Verteilung und der Anschlag von wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Publikationen ist dann zu untersagen, wenn dadurch die Institutsordnung beeinträchtigt wird. Dies gilt insbesondere für das Bekleben und Behängen von Wand- und Türflächen außerhalb der hierfür vorgesehenen Anschlagbretter. Unzulässig ist ferner das Aufstellen von Tischen und Schautafeln zu diesem Zweck in den Hörsälen, Übungsräumen und auf den Verkehrsflächen der Institutsgebäude.

4. Außerdem ist zu beachten, daß keine Publikationen verteilt oder ausgehängt werden, die gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen (z. B. beleidigenden oder nötigenden Inhalt haben) und die den Namen und die Anschrift des für den Inhalt Verantwortlichen nicht enthalten.

5. Der Verkauf aller Arten von Publikationen im Institutsbereich ist grundsätzlich unzulässig. Eine Ausnahme hiervon bilden lediglich solche wissenschaftlichen und literarischen Texte, die den Gegenstand von offiziellen Lehrveranstaltungen bilden. Den Verkauf dieser Texte kann der Institutsdirektor von Fall zu Fall genehmigen.

6. Alle Inhaber eines Selbstverwaltungsamtes der Universität weise ich hiermit an und ermächtige sie, gem. § 76 HSchG im Rahmen ihres räumlichen Zuständigkeitsbereiches nach diesen Richtlinien zu verfahren. Ergänzend verweise ich auf das Rundschreiben Nr. 41/74 vom 1. 3. 1974.

Kläglicher Rechtfertigungsversuch

Rheinland-Pfalz: Kultusminister Vogel versucht Rücknahme der Fahrkostenerhöhung zu rechtfertigen

Kurz vor den diesjährigen Sommerferien hatte die rheinland-pfälzische Landesregierung beschlossen, ab Schuljahr 1975/76 die Fahrkostenerstattung für Schüler der Klassen 11 bis 13, der Realschulen und Berufsschulen sowie für Schüler, die auf innerörtliche Verkehrsmittel angewiesen sind, zu streichen.

Ab dem Schuljahr 1976 soll der Abbau der Fahrkostenerstattung auf die Schüler sämtlicher Klassen und Schulen ausgedehnt werden, wobei von allen Eltern ein Sockelbetrag verlangt werden soll.

Gegen den Beschluß der Landesregierung hatte sich im ganzen Land Protest erhoben. Mehrere tausend Unterschriften wurden dagegen gesammelt. In Kaiserslautern, Kusel, Ludwigshafen und Speyer wurden Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.

Diese breite Welle des Protestes zwang die Landesregierung zur Reaktion. Kultusminister Vogel nahm einen Brief der Schülermitverwaltung des Speyerer Aufbaugymnasiums zum Anlaß, um ebenfalls mit einem Leserbrief in der Lokalbeilage Speyer der "Rheinpfalz" einen Versuch der Rechtfertigung zu starten.

Die Ausgaben für die Schülerbeförderung, so schreibt der Herr Minister, *"haben sich von 15,8 Millionen DM im Jahre 1969 auf 91 Millionen DM im Jahre 1974 erhöht. Dies ist in erster Linie auf das unvorhersehbare Ausmaß der Fahrpreiserhöhungen (bei Bundesbahn und Bundespost) zurückzuführen."*

Im Klartext heißt dies: Wenn ein Zweig des bürgerlichen Staates – hier das Bonner Verkehrsministerium – mit Fahrpreiserhöhungen die Werktätigen zur Kasse bittet, so nimmt dies ein anderer Teil desselben Staates – hier die rheinland-pfälzische Landesregierung – zum Anlaß, nun seinerseits durch den Abbau der Fahrkostenerstattung die Schraube der Ausplünderung um einige Windungen mehr anzuziehen. Das ist der simple zynische Kern der Vogel'schen Argumentation.

Aber ganz abgesehen davon ist es eine Lüge, wenn Vogel behauptet, daß die Fahrpreiserhöhungen bei Bundesbahn und Bundespost der eigentliche Grund für die enorme Kostensteigerung der Schülerbeförderung um über 75 Millionen DM seien. Nach seien eigenen Angaben wird hierdurch nur eine "Mehrbelastung" vom 20 Millionen DM verursacht.

Kultusminister Vogel hat guten Grund, die eigentliche Ursache für die sprunghafte Steigerung um 75 Millionen seit 1969 zu verschweigen. Im Jahre 1969 war die Fahrkostenerstattung nämlich erst in ihrer heutigen relativ umfassenden Form von der Landesregierung beschlossen worden, was dann zu den Mehrausgaben führt. Der damalige Beschluß hatte seine Ursache keineswegs in der Warmherzigkeit der Herren Minister. Im Jahre 1969 sollte nämlich die Auflösung der "Zwergschulen" in den Dörfern durchgesetzt werden, wodurch einerseits die Landesregierung viel Geld sparte für Schulen und Lehrer und andererseits die Eltern und Schüler viel Zeit und Geld verloren, um überhaupt in eine der benachbarten Städte zur Schule gehen zu können.

Um die große Empörung, auf die die Auflösung der "Zwergschule" stieß, abzuwiegeln, hatte die Landesregierung damals den "Fahrkostenerlaß" beschlossen.

Jetzt, nach sechs Jahren, wo ein bißchen Gras über die Sache gewachsen ist, glaubt das Mainzer Kabinett wortbrüchig werden zu können und will den Beschluß rückgängig machen.

Daß dies gerade jetzt geschieht, liegt nach Vogels Worten an der *"wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung, die zu Einsparungen zwingt, von denen der Etat des Kultusministeriums nicht auszunehmen ist"*. Hier hat der Herr Minister vollkommen recht. Die Ursache für den Beschluß der Landesregierung ist in der wirtschaftspolitischen Entwicklung zu suchen. Interessant wäre es nun zu erfahren, wie diese "wirtschaftspolitische Entwicklung" aussieht, wen sie trifft und welche Ursachen sie hat. Doch hierüber schweigt sich der Kultusminister aus.

Die "außerordentlich gespannte Haushaltslage", von der Vogel mit lamentierender Feder schreibt, ist entstanden durch die Milliardenausgaben des bürgerlichen Staates für Stützungsaktionen zugunsten der Kapitalisten und für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Deswegen darf diese "außerordentlich gespannte Haushaltslage" auf keinen Fall die Konsequenz haben, daß man den Kampf gegen die Ausplünderungsmaßnahmen durch den bürgerlichen Staat sein läßt – wie es Vogel gern hätte –, sondern muß die Konsequenz haben, daß man sich Klarheit über den Charakter dieses Staates sowie über seine Zwecke verschafft und die Kämpfe gegen ihn mit um so größerer Hartnäckigkeit führt.

Vogel ist kein Dummkopf, sondern wie viele bürgerliche Politiker ein gewiefter Fuchs, wenn es darum geht, die Kämpfe des Volkes abzublocken und zu spalten. Und nichts anderes als Spaltung hat er auch im Sinn, wenn er lang und breit ausführt, daß von der Maßnahme nur die Schüler der Klassen 11 bis 13 betroffen seien, *"bei denen eine Einschränkung der staatlichen Leistung noch am ehesten zumutbar erscheint"*.

Der Abbau der Fahrkostenerstattung, der mit der Streichung für die Schüler der Klassen 11 bis 13 und für Schüler, die mit innerörtlichen Verkehrsmitteln fahren, begonnen hat, ist nichts andereres als die erste Scheibe der Salami, die nun Stück für Stück abgesäbelt werden soll. Dies gibt Vogel auch offen zu, wenn er für Anfang 1976 eine "grundsätzliche Neuregelung" ankündigt.

Durch diese Spaltungsmanöver dürfen sich die Eltern und Schüler, denen mit dem Beschluß der Landesregierung in den Geldbeutel gegriffen werden soll, nicht täuschen lassen, sondern müssen vielmehr daran gehen, den Kampf gegen den Abbau der Fahrkostenerstattung gleich nach den Ferien mit aller Kraft fortzuführen.

G., Kaiserslautern

Beweis der eigenen Nutzlosigkeit

Einen überzeugenden Bericht seiner eigenen Nutzlosigkeit erbrachte jüngst der nordrhein-westfälische Kultusminister Girgensohn (SPD), indem er vorhat, in diesem Jahr mit Genehmigung von Ministerpräsident Kühn ein volles Vierteljahr in Urlaub zu fahren, um seine Eltern in Namibia zu besuchen. Der Grund: Er will nicht fliegen, sondern fährt lieber mit dem Schiff, was sechs Wochen dauert.

Alle Bedenken, daß seine Abwesenheit im Kultusministerium auffallen würde, wenn zu Beginn des neuen Schuljahres an den Schulen "chaotische Zustände heraufziehen" werden (so die GEW), glaubt Girgensohn ausgeräumt mit dem Hinweis, daß "das Haus bestens bestellt" sei: "Der Minister hat vor seiner Abreise Aufträge erteilt, die das Haus bis Ende Oktober beschäftigen." (Frankfurter Rundschau vom 24. Juli)

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen!"

Die Gruppe Rote Fahne (KPD) und die Vaterlandsverteidigung / Zuschrift eines Soldaten

Man sieht die Herren Führer der Gruppe Rote Fahne schon auf die Tribüne des Bundestages steigen und in Mikrofone und Fernsehkameras rufen: "Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen!"

Wieder eine Unterstellung durch einen KBW-Holzkopf? Nun, bei mir zuhause pflegt man zu sagen "Holzauge sei wachsam", und wachsam müssen wir tatsächlich sein, wenn jemand in einem imperialistischen Land die Arbeiterklasse zur Vaterlandsverteidigung und zum Burgfrieden aufruft.

"Aber stellen wir uns einmal vor, ein Sklavenhalter, Besitzer von 100 Sklaven, läge im Krieg mit einem anderen Sklavenhalter, Besitzer von 200 Sklaven, um die 'gerechtere' Neuaufteilung der Sklaven. Es ist klar, daß die Anwendung der Begriffe 'Verteidigungs'krieg oder 'Vaterlandsverteidigung' auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre, begangen von gerissenen Sklavenhaltern am einfachen Volk, an den Kleinbürgern, an der unaufgeklärten Masse. Ganz genauso werden im gegenwärtigen Krieg, den die Sklavenhalter führen, um die Sklaverei aufrecht zu erhalten und zu verstärken, die Völker von der heutigen imperialistischen Bourgeoisie mittels der 'nationalen' Ideologie und des Begriffs der Vaterlandsverteidigung betrogen." (Lenin, Drei Artikel über Krieg und Frieden, S.7)

Lenin erklärt hier das Gerede über Vaterlandsverteidigung in einem imperialistischen Land zum Gerede, das den Zweck verfolgt, die unaufgeklärten Massen zu betrügen. Um die Frage so betrachten zu können, muß man wie Lenin davon ausgehen, daß ein imperialistisches Land niemals einen gerechten Krieg führen kann, daß etwas, was man als faulenden, sterbenden Kapitalismus bezeichnet, nicht in irgendwelchen Kriegen wieder eine fortschrittliche Seite bekommen kann.

Wir müssen also festhalten, Kriege, die die Imperialisten untereinander oder gegen die Völker der Welt führen, sind ungerechte Kriege. Das Problem, das sich den Imperialisten dabei stellt, ist:

Mit einer Handvoll Bürgersöhnchen kann man keinen Krieg führen, man muß das Volk in die Armee pressen, für den Krieg ausbilden und für die Interessen der bürgerlichen Klasse sterben lassen.

Das Volk aber hat gar kein Interesse daran, sich für die Interessen einer Handvoll Ausbeuter und Schmarotzer, für Gunther Sachs und Toni Schmücker, abschlachten zu lassen. Das Volk verlangt nach Frieden, weil die Schrecken zweier Weltkriege noch in der Erinnerung des Volkes vorhanden sind. Und gerade deshalb, weil das Volk nicht für die Interessen der Kapitalisten sterben will, weil es nicht fallen will, damit die Aktienkurse steigen, hat zum Beispiel die "Friedenspolitik" von Willy Brandt im Volk Rückhalt gehabt.

Um ihre Kriege führen zu können, müssen die Imperialisten das Volk bewaffnen und sie müssen zumindest versuchen, das Volk davon zu überzeugen, daß es nichts Schöneres gibt als wie für die Imperialisten zu sterben. Dies geht nur, wenn es gelingt, dem Volk den ungerechten imperialistischen Krieg als gerechten Krieg zu erklären. Dies geschieht in allen imperialistischen Ländern, indem man von Verteidigung redet.

Blicken wir noch einmal zurück auf das Jahr 1914

Alle deutschen imperialistischen Politiker wünschten sich damals sehnsüchtig den Kriegseintritt Rußlands herbei. Die Bedrohung durch den Zarismus, das Schreckgespenst der Kosaken, das sollte auf die deutsche Arbeiterklasse wirken. Der Haß gegen den Zarismus war eine Tradition der sozialistischen Bewegung, und so griffen die neugebackenenen sozialdemokratischen Kriegsbefürworter zur Parole des Kampfes gegen den Zarismus, um eine revolutionär klingende Begründung für ihren Übertritt in die Gefolgschaft des Imperialismus zu haben. In der Parteipresse hörte sich das wie folgt an:

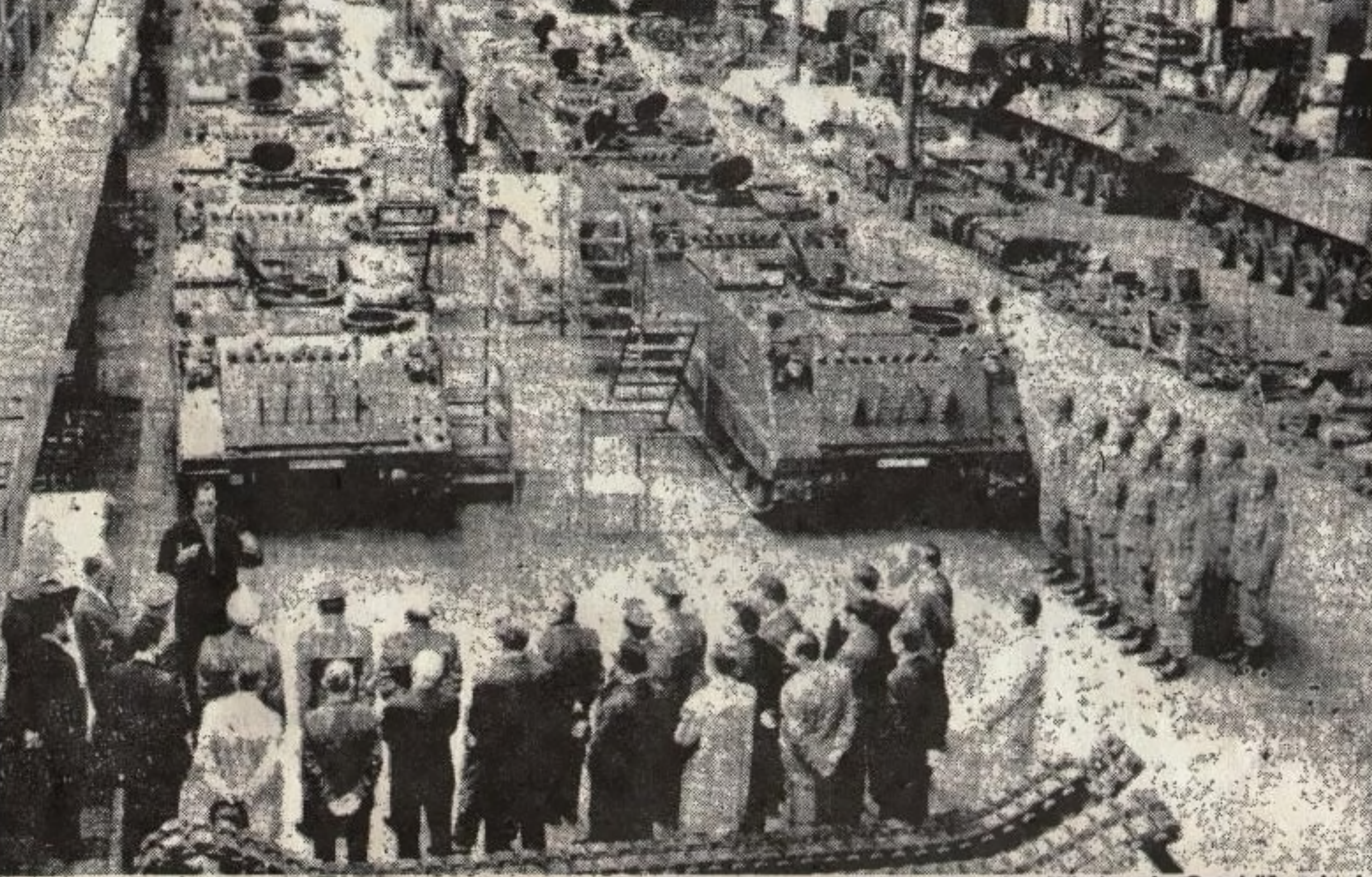
"Deutschlands Frauen und Kinder sollen nicht das Opfer russischer Bestialität werden, das deutsche Land nicht die Beute der Kosaken ... Deshalb verteidigen wir in diesem Augenblick alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind." (Chemnitzer Volksstimme, 2.8.1914)

"Im Nahkampf zeichnete sich durch unglaubliche Kaltblütigkeit der Reservist Franz Suchy aus ... Er soll allein fast vierzig Russen erschossen haben. Er dürfte die goldene Tapferkeitsmedaille erhalten. Suchy ist Familienvater und von Beruf Dachdeckergehilfe. Er wohnt in Floridsdorf und ist Vertrauensmann unserer Organisation." (Wiener Arbeiterzeitung, 19.10.1914)

(Mögen uns die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne davor bewahren, daß wir solche Zeilen eines Tages auch in der "Roten Fahne" lesen können!)

Mit dem Kriegseintritt Englands war klar, daß der Gegensatz zwischen den beiden stärksten imperialistischen Mächten England und Deutschland der für diesen Krieg entscheidende war. Die Propaganda der Ideologen des deutschen Imperialismus richtete sich deshalb mit aller Kraft gegen England. Und auch die Sozialdemokratie stimmte bald mit ein in den Ruf: *"Gott strafe England!"* Die Parole *"Gegen den Zarismus!"* wurde abgelöst durch die Parole: *"Gegen den Despoten des Weltmarktes, gegen England"*, denn auch hier hatte man das entsprechende Marx-Zitat gefunden.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, es handelt sich bei der Haltung der deutschen Sozialchauvinisten nicht um eine Besonderheit. In Frankreich und England versuchte man die Arbeiter mit der Parole: *"Gegen den Preußischen Militarismus!"* für den imperialistischen Krieg zu gewinnen.



Übergabe von Mannschaftstransportwagen M 113 von Rheinstahl an die Bundeswehr: Wieder ein Geschäft mit der "Vaterlandsverteidigung" gemacht.

Wir sehen, um die Massen für den imperialistischen Krieg zu gewinnen, versuchen die Imperialisten und ihre Helfer den imperialistischen Krieg als die gerechteste Sache der Welt hinzustellen.

Und selbst Hitler und die deutschen Faschisten erklärten am 1. September 1939 nicht: Wir wollen Polen erobern, sondern damit die Sache tatsächlich auch ein bißchen echt aussah, machte man sich sogar die Mühe, mit Hilfe der SS einen Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz zu fingieren. Dem letzten sollte klar werden: Deutschland wurde angegriffen und hatte sich nun zu verteidigen.

Wie sagte doch Lenin: **"Es ist klar, daß die Anwendung der Begriffe 'Verteidigungs'krieg oder 'Vaterlandsverteidigung' auf einen solchen Fall historisch verlogen und praktisch ein glatter Betrug wäre ..."**

Hoffen wir, daß die Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe Rote Fahne diesem Spuk in ihrem ZK ein Ende bereiten. Hoffen wir, daß sich die Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe Rote Fahne nicht nur an die Worte der Sozialchauvinisten erinnern, sondern auch an die Worte von Revolutionären:

"Die deutsche Parole 'gegen den Zarismus' diente – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole 'gegen den Militarismus' – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein. Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes sei." (Liebknecht, 2.12.1914, Erklärung gegen die Bewilligung der Kriegskredite)

—ab, Wolfsburg—

Kriege gibt es, weil es „böse Menschen" gibt

"Lebenskundlicher Unterricht" / Wie ein Militärpfarrer seinem Verschleierungsgeschäft nachgeht

Köln-Ossendorf. In der 2. Kompanie des Nachschubbataillons 805 (Ausbildungskompanie) fand der erste sogenannte "lebenskundliche Unterricht" statt. Der Militärpfarrer Hm. Josef Linke griff gleich als erstes die Frage auf, wie sich sein Priesteramt mit dem Dienst in der Bundeswehr verbinden lasse. Er erklärte, solange es "böse Menschen" gebe (und die gebe es, solange diese Welt existiere), würden immer wieder Kriege entstehen.

Weiter begründete er: Da nun die Bundeswehr den Frieden sichern solle und der Bundestag bei der Errichtung der Bundeswehr ein feierliches Gelöbnis abgelegt habe, diese immer nur zu defensiven (Verteidigungs-) Zwecken einzusetzen, müsse man die Bundeswehr unterstützen. Ein Soldat fragte, wie sich das Gelübde des Bundestages damit vereinbare, daß Adenauer schon vor der Gründung der Bundeswehr mit deren Einsatz zu imperialistischen Zwecken gedroht hat. (Am 7. September 1953 erklärte Adenauer, daß man nicht länger von der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern von der *"Befreiung der Ostzone"* reden sollte. *"Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird."* (nach: dpa vom 16. November 1954)

Auch gehört die Bundeswehr dem gleichen Militärbündnis an wie die **USA, deren "Verteidigungskriege" nur allzu deutlich den Charakter dieses imperialistischen Bündnisses zeigen.**

Daraufhin meinte der Pfarrer, zu den Äußerungen Adenauers könne er nichts sagen, weil er nichts davon wisse. Aber die Soldaten seien doch junge Menschen, die müßten doch Hoffnung haben, und gerade jetzt, wo die Verhandlungen über Abrüstung laufen, bestünde doch eine gute Chance, den Frieden zu sichern. Das stieß nun bei vielen Soldaten auf Widerstand. Zum Teil drückte sich das in Murren, zum anderen Teil in Redebeiträgen aus. Sie sagten: "Die reden nur von Abrüstung, dabei wird immer mehr aufgerüstet, vor allem atomar." Ein Soldat sagte: Er stimme auch damit überein, daß man keine Hoffnung auf die Sowjetunion und die USA haben sollte, die immer weiter rüsten, z.B. im Indischen Ozean und im Mittelmeer, weil sie die Naturreichtümer unter ihrer Kontrolle haben wollen. Er sagte, daß er aber trotzdem Hoffnung hat, und zwar auf die Völker, gegen die diese Aufrüstung gerichtet ist. Diese werden ihre Sache in die eigene Hand nehmen und ihre Souveränität erobern bzw. verteidigen.

Dieser Unterricht hat einiges deutlich gezeigt: Als erstes, daß bei vielen Soldaten ein Unwille besteht, in der Bundeswehr zu dienen. Dieser Unwille hat jedoch meist keine klare Stoßrichtung und wird oft mit "nicht töten wollen" begründet.

Der Militärpfarrer hat die Aufgabe, zu verhindern, daß die sozialen Ursachen dieses Unwillens und die Ursachen von Kriegen erkannt werden. Dies tut er, indem er den Soldaten den Verstand mit Phrasen wie "solange es böse Menschen gibt, gibt es Kriege" vernebeln will.

Die Aufgabe von fortschrittlichen und kommunistischen Soldaten in der Bundeswehr ist es, nicht auf diesem Stand des Unwillens stehenzubleiben, sondern gerade diese Einstellung der Soldaten zu nutzen, um eine Diskussion über die Funktion der Bundeswehr zu entfachen. Der "lebenskundliche Unterricht" kann dabei ein guter Ansatzpunkt sein, weil er etwas mehr Raum für Diskussionen läßt.

Ein Soldat der 2./NschBtl 805, Kaserne Butzweilerhof, Köln-Ossendorf / Red. Ortsbeilage Köln

Disziplinarstrafe für einen offenen Brief

Augustdorf/Paderborn. Die Soldaten Gutwald und Sassenbach aus der 5. Kompanie des Panzerbataillons 212 wurden jetzt von ihrem Kompaniechef Nienbaum mit einer Diszi von 80 DM bzw. 50 DM bestraft, weil sie an den Brigadearzt und an alle Vertrauensleute ihres Bataillons einen offenen Brief geschrieben hatten. In dem Brief berichteten sie, wie sie von Dr. Warnecke, einem Arzt im Standort Augustdorf, behandelt wurden. Sie stellten sich damit hinter Enthüllungen, die zuvor in der "Rührt Euch", der Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn/Augustdorf, über die Behandlungsmethoden dieses Arztes gemacht worden waren. Auf die Enthüllungen hatte Dr. Warnecke mit einer schriftlichen Erklärung reagiert, daß kein Wort an den Enthüllungen wahr sei. (Die KVZ berichtete über die Auseinandersetzung Ende Mai.)

Mit dem offenen Brief, in dem der Brigadearzt aufgefordert wurde, die Behandlungsweise von Dr. Warnecke zu überprüfen, und die Vertrauensmänner, das Militärgesundheitswesen in ihren Kompanien zu diskutieren, hätten die Soldaten Gutwald und Sassenbach den "vorgeschriebenen Dienstweg" nicht eingehalten. So lautete die Begründung für die Disziplinarstrafe.

Nach: "Rührt Euch" Nr. 5, Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn/Augustdorf

Vertrauensmännerwahlen

Für die Wahl des Vertrauensmannes haben Mannschaftsversammlungen Programme festgelegt und die Kandidaten befragt, ob sie für die Durchsetzung der Forderungen eintreten werden.

Augustdorf/Paderborn. Eine Mannschaftsversammlung der Nachschubkompanie 210 hat für die Vertrauensmännerwahl folgendes Programm aufgestellt:

- Statt mündlichem Abmelden wieder schriftliches Abmelden;
- Wecken wieder 6 Uhr statt 5.45 Uhr;
- Wechsel im Dienst des Gefreiten vom Dienst und Unteroffiziers vom Dienst um 12 Uhr, danach dienstfrei;
- Haarappell in der Mitte der Woche statt am Freitag;
- Zweimal monatlich Donnerstag nach Dienst frei für alle, die über 200 Kilometer entfernt wohnen;
- Keine Einteilung der Wach- und Bereitschaftsdienste durch den Vertrauensmann.

Aus "Rührt Euch", Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Paderborn/Augustdorf

Münster. Die Soldaten der 2. Kompanie des in Handorf stationierten Panzergrenadierbataillons 193 haben beschlossen, bei der anstehenden Vertrauensmännerwahl nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich verpflichten, u.a. für folgende Forderungen der Soldaten einzutreten:

- Einrichtung eines unzensierten Schwarzen Bretts;
- schriftliches Abmelden der Stuben statt mündlichem Abmelden;
- Monatliche Mannschaftsversammlungen ohne Teilnahme von Vorgesetzten;
- Fortzahlung des Lohnes während der Dienstzeit.

Aus: Ortsbeilage Münster der KVZ vom 24. Juli

Feldjäger gegen § 218

Soldaten des Feldjägerdienstkommandos Bremgarten bei Müllheim/Baden sind mehrheitlich mit ihrer Unterschrift für einen Volksentscheid gegen den § 218 eingetreten.

Von 28 Soldaten, an die ich mit dem Aufruf der Initiativen herantrat, gaben 27 (darunter 17 größtenteils längerdienende Unteroffiziere) ihre Unterschrift. Einer von ihnen wollte auch gleich eine Unterschriftenliste, um selber sammeln zu können.

Das vorläufige Ergebnis im Feldjägerzug Bremgarten zeigt, daß auch in militärischen Verbänden, wo sich bislang die Herrschenden mit ihren Interessen sicher geglaubt haben, Soldaten für Forderungen des Volkes eintreten.

U., Bremgarten

Die Rebellion der argentinischen Arbeiter läßt die Krisenpolitik der Bourgeoisie scheitern

In Argentinien hat die Zuspitzung der Wirtschaftskrise die Zuspitzung der politischen Krise der Bourgeoisie zur Folge, die nach der Flucht des Ex-Wohlfahrtsministers Lopez Rega nach Madrid in die Peron-Villa geradezu groteske Formen annimmt. Inzwischen ist der Wirtschaftsminister Rodrigo zurückgetreten und der Parlamentspräsident Lastiri, der für die Nachfolge im Präsidentenamt vorgesehen war, seinem Schwiegervater ins Ausland gefolgt. Die Präsidentin selber schließlich hat sich in ihrem Palast eingeschlossen und nimmt die Regierungsgeschäfte nicht mehr wahr.

Am 7. Juli trat die gesamte werktätige Bevölkerung Argentiniens in einen auf 48 Stunden angesetzten Generalstreik. Ziel war es zum einen, Lohnerhöhungen bis zu 135 Prozent, die von den Gewerkschaften gegen die Kapitalisten erreicht worden waren, auch gegen die Regierung Isabel Perons durchzusetzen, die die Lohnerhöhungen für ungültig erklärt und stattdessen durch ein Dekret einheitliche Lohnerhöhungen von nur 50 Prozent festgesetzt hatte. Darüberhinaus wurde die Entmachtung der Clique um den mächtigsten Mann Argentiniens, den Wohlfahrtsminister und Privatsekretär der Präsidentin, Lopez Rega, gefordert. Rega ist verantwortlich für den beispiellosen Terror, mit dem das Land insbesondere seit dem letzten Jahr überzogen wird. Der erst vor kurzem ernannte Wirtschaftsminister Rodrigo hatte einen "Plan" entwickelt, der das Ziel hat, Argentinien wieder vollends den ausländischen Monopolen auszuliefern.

Die Regierung Isabel Peron erlitt eine schwere Niederlage. Die Lohnerhöhungen wurden im wesentlichen durchgesetzt. Lopez Rega mußte sich schließlich am 20. Juli bei Nacht und Nebel nach Spanien absetzen. Seine Günstlinge verlieren ihren Posten.
Die Arbeiterklasse stützt sich in zunehmendem Maße auf ihre eigene Kraft, wobei sich aber eine einheitliche Führung mit dem Ziel des Sturzes der bürgerlichen Klasse und der Vertreibung der Imperialisten noch nicht herausgebildet hat.

Die Dauerkrise der Wirtschaft hat sich verschärft

Argentinien befindet sich zur Zeit in einer der schwersten wirtschaftlichen Krisen seiner Geschichte. Die Inflationsrate erreicht dreistellige Zahlen. Innerhalb von sechs Wochen wurde der Peso um insgesamt über 85 % abgewertet. Das Defizit im Staatshaushalt des vor dem Zweiten Weltkrieg reichsten Landes Lateinamerikas schlägt alle Rekorde. Argentinien ist gegenüber ausländischen Gläubigern nicht mehr zahlungsfähig. Der Verkauf des zweitwichtigsten Exportartikels Rindfleisch im Ausland ist erschwert durch die Verschleuderung der Rindfleisch-Überschüsse der EG auf dem Weltmarkt.

Die Preise der wichtigsten Grundnahrungsmittel steigen ständig; einige Nahrungsmittel sind gar nicht mehr erhältlich. Schwarzmarkt und Steuerhinterziehung blühen. Allein Mitte Juni stieg der Brotpreis um 80 %, verteuerten sich Milchprodukte um 100 %, Fleisch um 40 % und Arzneimittel um 70 %.

Die Verschärfung der Krisensituation und der Lebensbedingungen des Volkes ist in den letzten Monaten besonders kraß hervorgetreten, hat sich aber bereits seit langem gezeigt. Der vorübergehende Aufschwung der nationalen Wirtschaft in den vierziger Jahren war bereits Anfang der fünfziger Jahre beendet. Keine der Regierungen – ob zivile oder in der Form der offenen Militärdiktatur – konnte an der Abhängigkeit Argentiniens vom imperialistischen Welthandelssystem und dessen Gesetzmäßigkeiten vorbei.

Auch die Rückkehr Perons 1973, der die immer stärker gegen Ausbeutung und politische Entrechtung kämpfende Arbeiterklasse im Zaum halten sollte, führte weder zur Beendigung der allgemeinen Krise der nationalen Wirtschaft noch zu einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen. Peron und sein Wirtschaftsminister Gelbard traten unter der Parole des "nationalen Wiederaufbaus" und mit dem Ziel an, Argentinien zu einer Großmacht zu machen ("Argentina Potencia"). Sie versuchten das nationale Unternehmertum im Inland und auf dem lateinamerikanischen Markt insbesondere gegen die aufstrebende Bourgeoisie Brasiliens zu stärken und die unter der Militärdiktatur verstärkte einseitige Abhängigkeit vom US-Imperialismus zugunsten einer mehrseitigen Abhängigkeit von den USA, der anderen Supermacht Sowjetunion und den Staaten der EG zu ersetzen.
Mit Hilfe des "Sozialpakts", der zwischen dem Kapitalistenverband CGE, den Führern des Gewerkschaftsverbandes CGT und der Regierung ausgehandelt worden war und einen Lohnstopp für zwei Jahre bei gleichzeitigem Preisstopp von Waren des täglichen Bedarfs vorsah, sollten die Werktätigen an diese Politik gebunden werden. Der Preisstopp und die schließlich eingeführte Genehmigungspflicht für Preiserhöhungen führten zu Warenhortungen und zum Entstehen eines Schwarzmarktes, was die Situation des Volkes angesichts des Lohnstopps weiter verschlechterte.

Der "Plan Rodrigo" – Auslieferung der nationalen Wirtschaft an die ausländischen Monopole

Nach dem Tode Perons am 1. Juli 1974 übernahm seine Frau Isabel die Regierung. Die tatsächliche Macht lag jedoch bei Lopez Rega, ihrem Privatsekretär, Wohlfahrtsminister und "Koordinator" der Ministerien. Nach und nach besetzte er alle entscheidenden Posten mit seinen Günstlingen und baute so seine Macht immer weiter aus.

Mit dem Rücktritt Gelbards und dessen Ersetzung durch Gomez Morales wurde eine Änderung der Wirtschaftspolitik Perons eingeleitet. Die Hinwendung zur anderen Supermacht Sowjetunion wurde wieder rückgängig gemacht. Die Sozialleistungen wurden abgebaut. Als Morales den defizitären Staatshaushalt unter anderem durch Kürzung der Budgets einzelner Ministerien sanieren wollte, wurde er von Rega, dessen riesiger Etat im Wohlfahrtsministerium auch etwas dabei abbekommen hatte, in die Wüste geschickt und Ende Mai dieses Jahres durch Regas Günstling Rodrigo ersetzt. Dessen "Plan Rodrigo" brachte das Faß der Unzufriedenheit zum Überlaufen. Rodrigo versuchte in den anstehenden Lohnverhandlungen die Lohnerhöhungen auf höchstens 45 % zu halten – und das bei der dreistelligen Inflationsrate.

Aber auch die kleinen und mittleren Händler waren unzufrieden, da die angekündigte Freigabe der Preise nicht vollständig durchgeführt wurde. Durch das Festhalten an Preiskontrollen wurden die Händler gezwungen, zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen. Die Apotheker hatten bereits früher gestreikt, andere Händler machten mit dem Hinweis auf eine "Inventur" oder einen "Todesfall" ihre Läden dicht. Selbst die einheimischen Kapitalisten begannen immer stärker gegen die Regierung zu schießen.

Die am Export orientierten Industriekapitalisten und Händler wurden durch Erhöhung ihrer Kosten, die die sie begünstigenden Abwertungen des Peso noch überstiegen, in Opposition zu dem neuen Kurs der Wirtschaftspolitik getrieben. An alledem wird der Kern dieser Politik klar: Sie dient den in Argentinien ansässigen ausländischen Monopolen und der mit ihnen verbündeten einheimischen Oligarchie.

Dies zeigt sich auch an einem Vertrag, den die Regierung mit acht ausländischen Automobilgesellschaften, unter ihnen Mercedes-Benz, schloß. Den imperialistischen Monopolen, die mit ihren Zuliefererindustrien rund 10 Prozent der argentinischen Industrieproduktion erzeugen, wird volle Preisfreiheit für ihre Produkte gewährt. Als "Gegenleistung" sollen die Monopole für zwei Jahre alle ihre Gewinne in Argentinien investieren. Wahrlich, ein schwerer Schlag, wenn man bedenkt, daß die Imperialisten es bisher immer verstanden haben, ihre Gewinne aus dem Land zu bringen (z.B. indem die Tochterfirmen vom Stammhaus Waren zu überhöhten Preisen kaufen). Bei dem groß aufgemachten Staatsakt, mit dem der Vertrag gefeiert wurde, wurden die "Verdienste" der Konzerne hervorgehoben und ihre Investitionsbereitschaft herbeigewünscht. Und nicht zufällig klatschten gerade diese Konzerne der Wirtschaftspolitik Rodrigos frenetisch Beifall.

Weiterhin steht eine Änderung des Gesetzes über Auslandsinvestitionen an, das unter Peron erlassen wurde und die Machenschaften der ausländischen Konzerne ein wenig unter Kontrolle bringen sollte. Die Imperialisten erhalten wieder freie Fahrt unter Volldampf – jedenfalls wenn es nach dem Willen ihrer argentinischen Handlanger ginge. Von der Arbeiterklasse und den Volksmassen werden diese Maßnahmen bekämpft. Die Arbeiterklasse und das Volk haben die ausländischen Konzerne und ihre Machenschaften zutiefst hassen gelernt.

Die Durchsetzung der Lohnerhöhungen und die Vertreibung der Rega-Clique sind Ausdruck der steigenden Kampfkraft der argentinischen Arbeiterklasse

Die Wirtschaftspolitik der Regierung fand auf diese Weise Gegner in allen Klassen und Schichten: die Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen, der Mittelstand, die nationalen Unternehmer und die Gewerkschaftsführer, die mit dem ehemaligen Minister Gelbard eine Politik der Hinwendung zu der anderen Supermacht Sowjetunion und zum europäischen Kapital verfolgen. Die Regierung und die Rega-Clique waren isoliert.

Nachdem es der Regierung zusammen mit der Gewerkschaftsführung noch im März gelungen war, einen mehrere Wochen dauernden Kampf von 40 000 Metallarbeitern im Industriezentrum von Villa Constitucion um Lohnerhöhungen für sich zu entscheiden, war dies bei den jüngsten Auseinandersetzungen im Juli nicht mehr möglich. Der Druck der Arbeiter wurde so stark, daß die Gewerkschaftsbürokratie gezwungen war, die Forderungen zu übernehmen. So gab es bei den stärksten Gewerkschaften – Metall, Textil, Mechaniker – Lohnerhöhungen bis zu 135 %. Die Handlanger der Imperialisten schlugen zurück, indem die Regierung am 28. Juni die Verträge für ungültig erklärte und durch Dekret Lohnerhöhungen rückwirkend ab 1. Juni von lediglich 50 % festsetzte. Für Oktober und Januar 1976 waren weitere Erhöhungen von jeweils 15 % vorgesehen.

Die Reaktion der Arbeiter waren – zum Teil militante – Streiks und Protestkundgebungen im ganzen Land. Zu Zehntausenden versammelten sich die Arbeiter auf öffentlichen Plätzen, vor dem Regierungsgebäude und der Gewerkschaftszentrale in Buenos Aires. Die rechten Gewerkschaftsführer sahen keine andere Möglichkeit, als der Forderung der Arbeitermassen nach einem Generalstreik nachzukommen. Dieser wurde für den 7. und 8. Juli beschlossen.

Am 6. Juli trat das Kabinett zurück. Am zweiten Streiktag mußte die Regierung dann das Handtuch werfen. Die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge mußten mit Rückwirkung zum 1. Juni akzeptiert werden. Kein Tarifvertrag darf unter 50 % liegen. Den Gewerkschaftsführern gelang es allerdings, die nominellen Lohnerhöhungen real wieder zu senken, indem sie sich auf den verräterischen Kompromiß einließen, daß die "Arbeiterschaft Argentiniens" sich verpflichtet, für ein Jahr monatlich einen Tagesverdienst an die Regierung zur "Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten" zu überweisen.

Lopez Rega mußte zurücktreten. Aber Rodrigo konnte als Wirtschaftsminister weiterhin gehalten werden, und auch die meisten neuen Minister gehören zur Rega-Clique, so daß die Rega-Clique zunächst jedenfalls an der Macht blieb. Der "Plan Rodrigo" wurde fortgesetzt, indem der Peso um über 15 % abgewertet und die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen wurden. Die daraus resultierenden Preissteigerungen hoben die erkämpften realen Lohnerhöhungen wieder weitgehend auf. Aber der Versuch, an der Wirtschaftspolitik festzuhalten, rief erneut den Widerstand der Massen auf den Plan. Die Auseinandersetzungen verschärften sich weiter.

Die hohen Militärs, die schon bei der Billigung der Lohnerhöhungen ihre Finger im Spiel hatten, intervenierten jetzt massiv hinter den Kulissen. Rega mußte schließlich sein Heil in der Flucht ins Ausland suchen. Rodrigo und andere Vertraute Regas traten zurück.

Die Regierung und die ihr gegenüber kooperationsbereiten und unterwürfigen Gewerkschaftsführer haben eine Schlappe erlitten.

Der Peronismus ist am Ende. Seine Politik, die die Arbeiterklasse am Eintreten für ihre eigenen Interessen hindern und an die Interessen vor allem der nationalen Bourgeoisie unterordnen sollte, ist gescheitert. Die Peronistische Bewegung zerfällt darüber

W.F.

Leserzuschrift zu "Island beschließt 200-Meilen-Zone"

Von Mitgliedern des Nordischen Instituts Kiel wurde die abgedruckte Karte kritisiert, weil sie den Eindruck vermittelte, als würde sich Island die Hoheitsgebiete Grönlands und der Färöer einverleiben. Die Karte war aus der "Süddeutschen Zeitung".

In dem Brief heißt es:

"Anbei eine Darstellung der 200-Meilen-Zone, wie sie in allen isländischen Zeitungen abgebildet ist. Man sieht deutlich, daß die Hoheitsgebiete Grönlands und der Färöer durch die Erweiterung nicht verletzt werden.

Die schraffierten Zonen stellen Gebiete dar, in denen während des ganzen Jahres oder während bestimmter Monate nicht gefischt werden darf, auch von den Isländern selbst nicht. Es sind Laichplätze. Vor der Errichtung der 50-Meilen-Zone wurden sie immer wieder von ausländischen Kuttern heimlich abgefischt, und bei den weiter außerhalb liegenden Plätzen geschieht das bis heute so. Auch das ist ein wichtiger Grund für die Erweiterung auf 200 Meilen."



Mc Namara als Missionar

In der Zeitung "Die Welt" trat am 7. Juli Robert S. Mc Namara als Gastautor auf. Er schreibt zu der Frage: "Wieviel Armut will die Welt noch ertragen?" Die "Welt" führt ihren Gastautor folgendermaßen ein: *"800 Millionen Menschen vegetieren am Rand des Existenzminimums, Entwicklungsprogramme gingen an ihnen vorüber. Was ist zu tun? Robert S. Mc Namara, seit 1968 Präsident der Weltbank, erörtert als Gastautor der "Welt" die Möglichkeiten einer neuen Strategie im Kampf gegen den Hunger. Mc Namara war früher mit Strategien anderer Art beschäftigt: als US-Verteidigungsminister (1961 bis 1968) unter Kennedy."*

Im Klartext: Mc Namara war für die Eskalierung des US-Vernichtungskrieges gegen die Bauern in Vietnam, Laos und Kambodscha verantwortlich. Wahrscheinlich konnte er deren Armut nicht ertragen. Tatsächlich hat sich nämlich an den Zielen und Aufgaben Mc Namaras mit seinem Aufgabenwechsel nichts geändert. Nach wie vor gelten seine Bemühungen der Verteidigung des Imperialismus. Das fängt damit an, daß er die Ursachen für den Hunger verschweigt: die Ausplünderung der unterdrückten Länder und die Zerrüttung ihrer Ökonomie durch den Imperialismus. Seine ganzen Bemühungen gelten denn auch der Überlegung, wie man aus den Völkern dieser Länder mehr herausholen könnte. *"Die ganze Entwicklungsstrategie muß deshalb neu durchdacht werden, um auch den Armen dazu zu verhelfen, in höherem Maße produktiv zu sein."* Man spürt richtig, wie der frühere Chefmanager von Ford darunter leidet, daß die Ausplünderung der unterdrückten Länder nicht Hand in Hand geht mit einer effektiveren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Seine Hauptsorge ist freilich, daß die unterdrückten Völker sich gegen den Imperialismus erheben, denn nicht diese Völker sind vom Imperialismus und seiner Ausplünderung abhängig, sondern umgekehrt ist der Imperialismus von ihrer Ausplünderung abhängig. Diese bringt Armut hervor und Widerstand. Mc Namara fürchtet nun, die Folgen der Ausplünderung könnten den Imperialismus teuer zu stehen kommen. Er hat da seine Erfahrungen. Deshalb schreibt er: Sollten die Entwicklungsstrategien der Weltbank *"versagen, so werden, so fürchte ich, alle anderen Errungenschaften davon überschattet werden"*.

Um wessen "Errungenschaften" fürchtet Mc Namara? In der Person Mc Namaras ist beispielhaft verkörpert der Zusammenhang von imperialistischer "Entwicklungspolitik" und Vernichtungspolitik.

Gegen Mc Namaras imperialistische Strategien haben 1970 während einer "Entwicklungskonferenz" in Heidelberg 2 000 Demonstranten protestiert. Sie wußten warum. Mc Namara hat seinerzeit Heidelberg fluchtartig verlassen. Die gastgebende westdeutsche Bourgeoisie hat sich auf ihre Art bei Mc Namara entschuldigt: Sie hat namentlich bekannte Teilnehmer der Demonstration zu Gefängnisstrafen zwischen 8 und 12 Monaten verurteilt, die gegenwärtig abgesessen werden müssen. Es ist eine verkehrte Welt, wenn Kriegsverbrecher gefeiert werden und Demonstranten gegen Kriegsverbrechen zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Sie wird keinen Bestand haben.

–J.S.–

"Wanze unterm Stuhl"

Unter dieser Überschrift brachte die "Badische Zeitung" eine Meldung, derzufolge ein amerikanischer Flugdirektor während des Apollo-Sojus Weltraumunternehmens in der Sowjetunion die *"peinliche Erfahrung machte, daß die neue Ära in der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion noch keineswegs begonnen hat!"* Als der Amerikaner im Moskauer Kontrollzentrum seinen Stuhl verrückte, merkte er, daß er ein Kabel abgerissen hatte, und siehe da, unter seinem Stuhl war ein Mikrofon angebracht zwecks Abhörung.

Bericht aus der Volksrepublik China über die 7. Mai - Kaderschulen

„Durch die Feldarbeit erkenne ich klar, daß ich eine Beamtenhaltung hatte"

Peking. Mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat hört für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit des Kampfes nicht auf. Im Sozialismus gibt es immer noch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, gibt es Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Weiterhin existieren bürgerliches Recht und Vorstellungen, die die Grenzen dieses bürgerlichen Rechts nicht verlassen. Beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft kommt das Proletariat nicht ohne jegliche Verwaltungsorgane aus, und auch die Notwendigkeit der Unterordnung kann nicht mit einem Schlag beseitigt werden. Das bedeutet aber, daß die Möglichkeit besteht, daß ein Teil der Kader versucht, seine Positionen in Privilegien zu verwandeln. Bürgerliche Prinzipien können auf diese Weise im politischen Leben des Staates und innerhalb der Partei Einfluß gewinnen. Das sind wichtige Ursachen für das Aufkommen neuer bürgerlicher Elemente in staatlichen und anderen Organen.



Ein ehemaliger armer Bauer (zweiter v.r.) spricht mit Mitgliedern des Revolutionskomitees einer Kaderschule über den Arbeitsplan der Schule.

(Die drei im Artikel verwendeten Photos mit freundlicher Genehmigung von "China im Bild" für die KVZ)

Die 7. Mai Kaderschulen dienen zur Einschränkung des bürgerlichen Rechts

Der Aufruf Mao Tsetungs vom 7. Mai 1966 hatte die Einschränkung des bürgerlichen Rechts, die Verringerung der drei oben genannten Unterschiede und die Ausdehnung der kommunistischen Faktoren zum Ziel. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich hauptsächlich mit der Industrie, aber auch mit Militärwesen, Politik und Kultur zu befassen und die Bourgeoisie zu kritisieren. Wo die Bedin gungen vorhanden sind, müssen sie auch Landwirtschaft betreiben. Die Bauern in den Volkskommunen haben die Aufgabe, sich in der Hauptsache mit der Landwirtschaft zu befassen, sollen aber ebenfalls Militärwesen, Politik und Kultur studieren. Wo es möglich ist, sollen sie kollektiv kleine Fabriken errichten; und sie müssen Kritik an der Bourgeoisie üben. Das gleiche gilt auch für die Schüler und Studenten, die sich Elementarkenntnisse in Industrie, Landwirtschaft und Militärwesen erwerben sollen. *Die Mitarbeiter in Handelsunternehmen, Dienstleistungsbetrieben sowie in Partei- und Regierungsinstitutionen müssen, wenn die Möglichkeiten vorhanden sind, ebenfalls dasselbe tun.*

Später, im Oktober 1968, bezeichnete Mao Tsetung es als eine ausgezeichnete Gelegenheit für die breiten Massen der Kader, aufs neue zu lernen, wenn sie zu körperlicher Arbeit an die Basis aufs Land gehen. Bald darauf wurden überall in China Schulen für die Ausbildung von Kadern errichtet. Diese 7. Mai-Kaderschulen sind ein wichtiges Mittel zur Stärkung der allseitigen Diktatur des Proletariats und zur Einschränkung des bürgerlichen Rechts. Denn in den Schulen wird bei den Kadern die proletarische Gesinnung ausgebildet, und das bedeutet, daß sie die noch vorhandenen Reste der alten Gesellschaft im Sozialismus erkennen und bewußt bekämpfen. Sie schöpfen frische Kräfte und gelangen zu umfassenderen Erkenntnissen und werden dadurch befähigt, das bürgerliche Recht nicht für eigene Trägheit, Egoismus, Privilegiengier usw. auszunutzen, sondern es zielgerichtet stufenweise zu vernichten.

"Wir müssen selbst pflügen und selbst säen, darum lieben wir unsere Felder"

Die Kaderschule der Pekinger Weststadt wurde im Oktober 1968 gegründet. Sie liegt etwas außerhalb Pekings, und ihre Aufgabe ist die Ausbildung der Kader aus den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Institutionen, Verwaltungsorganen, Schulen usw. des Weststadtbezirks.

Beim Besuch einer Kaderschule fallen überall die strahlenden Gesichter auf. Kader verschiedensten Alters sitzen gruppenweise zusammen und säubern Gemüse, arbeiten im Stall, oder sie stehen gebückt mit hohen Stiefeln im Wasser weiter grüner Reisfelder. Sie tragen große gelbe Strohhüte und winken dem ausländischen Gast lachend zu. Man verspürt Lust, bei ihnen mitzumachen. Ich frage die hübsche junge Frau mit den bis zu den Knien hochgekrempelten Hosen, die gerade den Schweinen das Futter zuwirft, welchen Beruf sie in der Stadt ausübt. Sie blickt auf und streicht lächelnd ihr schwarzes Haar aus der Stirn: "Ich arbeite in einer Mittelschule", antwortet sie. Aus einem der Häuser dringt der Gesang weiblicher und männlicher Stimmen – Chorprobe, wie ich erfahre.

Derzeit gibt es in dieser Kaderschule 350 Schüler und feste Mitarbeiter. Sie verfügen über eine Ackerbaufläche von 17 Hektar, auf der hauptsächlich Reis, aber auch Mais, Kaoliang, Gemüse u. a. angepflanzt werden. Mit Getreide, Schweinefleisch und Speiseöl versorgen sich die Kader durch ihre landwirtschaftliche Arbeit selbst. Insgesamt durchliefen in den vergangenen sechs Jahren 8 000 Kader diese Schule. Der Aufenthalt beträgt jeweils ein halbes Jahr (gewöhnlich ist die Aufenthaltsdauer in den Kaderschulen ein volles Jahr). 40 % der Zeit dienen der politischen Schulung, 60 % der landwirtschaftlichen Arbeit. Außerdem wohnen die Kader auch eine Zeitlang bei den Bauern einer in der Nähe liegenden Volkskommune und arbeiten mit ihnen.

In der Gründungszeit der Kaderschule errichteten die ersten Ankömmlinge stabile Wohnhäuser aus Stein. In jedem Schlafraum gibt es fünf bis zehn Betten. Die Kader stellten damals auch die benötigten landwirtschaftlichen Geräte selbst her, trugen den hochliegenden Sand von der fruchtbaren Erde ab und trockneten Sumpfgelände aus.

Es ist nicht so leicht, in eine Kaderschule aufgenommen zu werden, da die Reihe der Bewerber lang ist, wie Genossin Yao Lien-yün sagt. Sie ist 40 Jahre alt und Lehrerin und ist seit vier Monaten in dieser Schule. Sie erläutert: *"Viele Kollegen aus meiner Schule waren schon in der Kaderschule. Ihr Bewußtsein hat sich dabei sehr revolutioniert. Schon vier bis fünf Mal bat ich darum, in die Kaderschule gehen zu können, aber weil ich immer viel Arbeit hatte, ging es nicht. In diesem Jahr nun haben die Schüler meiner Klasse ihre Schulzeit beendet und ich konnte deshalb hierherkommen."* Sie arbeitet seit zwanzig Jahren als Lehrerin. Außer, daß sie einige Male mit den Schülern auf dem Feld bei der Ernte half, hat sie niemals praktische Arbeit geleistet. Ehrlich sagt sie: *"In Wirklichkeit hatte ich nur Buchwissen. Die Getreidearten konnte ich nicht unterscheiden, und ich kannte nicht einmal alle Arbeitsgeräte. Als ich hierherkam, war ich fürchterlich ungeschickt. Ich sah nicht den Unterschied zwischen einem Grashalm und einer Reispflanze.*

Beim Hacken bekam ich schnell Blasen an den Händen. Als ich bei den Bauern war, bin ich beim Schieben eines Schubkarren umgefallen." Sie lacht hell auf. Ihre erste Erfahrung war, daß Buchwissen nicht genügt, um eine gute Arbeit zu leisten. Als Lehrerin muß es ihr darauf ankommen, das Bewußtsein ihrer Schüler durch praktische Arbeit und die Vermittlung theoretischen Wissens zu erhöhen. Wenn der Lehrer keine praktische Erfahrung hat, kann er auch kein guter Lehrer sein.

Ihr Verhältnis zur landwirtschaftlichen Arbeit und zu den Bauern hat sich völlig gewandelt. Früher war Mist für sie nur Schmutz. Durch die Arbeit weiß sie, daß es ohne Mist keinen Reis und kein Gemüse gibt und daß Mist tatsächlich wertvoll ist. Die Arbeit auf dem Feld lehrte sie, daß jedes Korn das Ergebnis harter Anstrengungen ist. Deshalb will sie ihre Kinder und ihre Schüler außer zur Selbstkritik zur Liebe zum Getreide und zur Sparsamkeit erziehen. *"Wir müssen selbst säen, darum lieben wir unsere Reisfelder. Dieses Gefühl kannte ich früher nicht. Als ich bei den Bauern war, habe ich große Fortschritte gemacht. Sie machen alles für die Revolution. In den Tagen, als ich bei ihnen war, herrschte Trockenheit, und jeder mußte immer hin und her gehen mit zwei Eimer Wasser vom Brunnen oder vom Teich zum Maisfeld. Jetzt kann ich auch pro Tag hundert mal zwei Eimer Wasser tragen. Obwohl ich viel geschwitzt habe und die Schulter mir schmerzte, war ich sehr froh. Viele Kader sagen, daß wenn man den Mistkorb oder die Hacke trägt, das schon einen Großteil der Beamtenhaltung beseitigt. Die Überheblichkeit verschwindet.*

Wenn wir uns mit den Bauern vergleichen, dann haben wir noch einen weiten Weg zurückzulegen."



Landwirtschaftliche Arbeit einer Kaderschule.

Wer nicht an seine Umerziehung denkt, wird Revisionist

In einer Kaderschule gibt es untere und hohe Kader. Egal jedoch, wie hoch seine Stellung in der Stadt ist, in der Kaderschule ist jeder ein einfaches Mitglied. Beispielsweise arbeitet zur Zeit auch der Verantwortliche des Revolutionskomitees der gesamten Pekinger Weststadt in den Feldern der Schule. Ein anderer leitender Genosse, mit dem ich sprechen konnte, ist der grauhaarige 52-jährige Genosse Sung. Er ist stellvertretender Leiter des Revolutionskomitees eines größeren Straßenviertels (70 000 Bewohner) in der Weststadt und gleichzeitig Parteisekretär des gleichen Viertels.

Früher war er Bauer und hatte in der Zeit der bewaffneten Revolution zusammen mit Mao Tsetung gekämpft. *"Trotzdem"*, sagt er, *"muß ich meine Weltanschauung umformen. Nach der Befreiung kam ich in die Stadt und saß immer im Büro und war nicht oft mit Arbeitern und Bauern zusammen."* Sein Körper wurde schwächer und er wollte ein angenehmes Leben haben. Sein Arbeitswille und sein Streben, die Revolution fortzusetzen, wurden geringer. Deutlich benennt er seine Fehler: *"Ich war von der Bourgeoisie beeinflußt, und die Umformung meines Bewußtseins geschah äußerst locker. Ich ruhte mich aus. Weil ich um die fünfzig war, dachte ich, daß ich bald aufhören würde zu arbeiten. Das bedeutet auf halbem Wege stehen bleiben und nicht von den Verhältnissen der Kleinproduktion gelöst sein. Wenn man da angelangt ist, dann bleibt man zurück. Man bleibt im Sumpf des Revisionismus stecken und hindert die Revolution. Durch die Feldarbeit erkenne ich klar, daß ich eine Beamtenhaltung hatte. Man sagt, wenn dein Kopf nicht dem Proletariat gehört, dann gehört er der Bourgeoisie. Wenn das Wasser nicht fließt, dann wird es schmutzig. Wer nicht an seine Umerziehung denkt, der wird Revisionist. Besonders auch durch das politische Studium hat sich in mir eine ideologische Wandlung vollzogen.*

Die Kader dürfen nicht auf Kosten der Massen leben

Die Kader sind Teil der Massen. Sie dürfen nicht auf Kosten der Massen der Arbeiter und Bauern leben und dürfen keine von den Massen losgelösten Entscheidungen treffen. Immer müssen sie nach der allseitigen Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern streben. Sie müssen selber Werktätige werden, bzw. dürfen niemals aufhören, Werktätige zu sein. Bürokratismus, Dogmatismus und Subjektivismus – Ausdruck der Entfernung von den Massen – können nur vermieden werden, wenn die Kader die Verhältnisse im Produktionsbereich immer bewußt vor Augen haben. Die persönliche Voraussetzung eines jeden Kaders, um eine richtige Haltung zu seinen Aufgaben zu bekommen, ist die praktische Teilnahme an der Produktion. Wenn die Kader sich nicht an produktiver Arbeit beteiligen, werden sie revisionistisch, selbst wenn sie noch so viel marxisti-

sche Bücher lesen sollten. Es ist sehr entscheidend für den Gang der Revolution, ob die Kader die richtige Linie vertreten oder nicht. Wenn die Linie richtig ist, die Kader aber schlecht sind, dann kann die Linie nicht richtig in die Tat umgesetzt werden. Deshalb ist die Kaderschule eine wichtige Maßnahme zur Bekämpfung und Verhütung der Wiederherstellung des Kapitalismus. Denn der Revisionismus ist gegen die Revolution gerichtet und bedeutet die bürgerliche Linie. Der Genosse vom Revolutionskomitee und die Lehrerin, deren Beiträge eben wiedergegeben wurden, waren selbstverständlich keine eingefleischten Vertreter der bürgerlichen Linie, bevor sie in die Kaderschule kamen. Aber durch ihre lange praktische Trennung von den proletarischen und bäuerlichen Massen hatten sie Vorstellungen, die gegen die Revolution gerichtet waren. Wird nichts dagegen unternommen, dann kann solches Bewußtsein jedoch sich zu einer allgemeinen gegenrevolutionären Haltung entwickeln.

Die Kaderschule hat die Aufgabe, den Kadern durch praktische Arbeit und durch Schulung im Marxismus-Leninismus, in den Maotsetungideen zu einem korrekten Verständnis über die Verbindung von Theorie und Praxis zu verhelfen. Eine junge Genossin vom Revolutionskomitee in der Weststadt-Kaderschule berichtet, daß es zum Beispiel Lehrer gibt, die in ihren Schulen in der Stadt fließend über die Reisaussaat reden, es sich dann aber zeigt, daß sie selber nicht säen können. Andere haben zwanzig Jahre lang Mathematik studiert, haben aber keine richtige Vorstellung von der Größe eines Ackers. Wenn diese Kader jedoch in die Kaderschule kommen, können sie aus ihrem Buchwissen praktisches Wissen machen. Nur durch die Praxis gelangt man zu wirklicher Erkenntnis.

Durch die Zusammenarbeit mit den Bauern des um die Kaderschule liegenden Gebietes wird bei den Kadern der Geist der Werktätigen herausgebildet. Sie lernen von ihnen die Feldbestellung und wie man auf sich selbst und die eigene Kraft vertraut. Auch begreifen sie durch eigene harte Anstrengungen, daß Lebensmittel nicht leicht zu schaffen sind. Dies beispielsweise, wenn sie den ganzen Tag gearbeitet haben und sie nachts nochmal aufstehen müssen, weil es regnet und Schutzvorkehrungen getroffen werden müssen.

Linienkampf in der Kaderschule

In einem ausführlichen Gespräch mit einigen Vertretern der Kaderschule und mehreren Schülern erfuhr ich Näheres über die politischen Probleme in der Schule. Genosse Dschang, der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees und stellvertretende Sekretär des Parteikomitees, sagt, daß es bezüglich der Kaderschule einen heftigen Linienkampf gibt. Lin Biao hatte (ebenso wie bürgerliche Zeitungsschreiber im Westen und in der Sowjetunion) behauptet, die Kaderschule bedeute "Zwangsarbeit". Wie unsinnig diese Propaganda ist, wird schon daraus ersichtlich, daß die Kader bei ihrem Aufenthalt in der Schule den gleichen Lohn wie vorher behalten. Lins Politik zielte ab auf die Zerstörung der Einheit zwischen den Kadern und den Massen. Er wollte die Wiederherstellung des Kapitalismus und brauchte deshalb Kader, die sich wie Beamte verhielten. Den revolutionären Kadertyp konnte er nicht gebrauchen, und er strebte deshalb nach der Ausweitung des bürgerlichen Rechts und der Vergrößerung der drei Unterschiede.

Weiter sagt der Genosse: *"Auch zum Beispiel bei der Erziehung der Kader gibt es zwei Linien. So ist es falsch, nur die Frage der Produktion zu betonen. Zuerst muß man auf die ideologische Veränderung des Bewußtseins der Kader sehen und dabei auf die materielle Seite achten. Den Kampf zwischen den zwei Linien gibt es auch beim Aufbau einer Kaderschule. Soll man sich auf die eigene Kraft verlassen oder auf den Staat? Natürlich muß man selbst den Aufbau leisten!"*

Zur Frage des bürgerlichen Rechts meint ein anderer Genosse, daß die Kaderschule gerade zur beschleunigten Einschränkung des bürgerlichen Rechts und der drei großen Unterschiede dient, was sich schon darin ausdrückt, daß die Kopfarbeit mit der Handarbeit verbunden wird. Die Kader brechen in der Schule mit den alten konfuzianischen Ideen, nach denen die Kopfarbeit alles war und die Handarbeit nichts. Wenn die Kader in die Schule kommen, dann findet man bei ihnen die Widerspiegelung des bürgerlichen Rechts. Aber durch ihre Arbeit und das einfache Leben in der Schule und in der Volkskommune ändert sich das. *"In der Kaderschule gibt es viele kommunistische Faktoren"*, fällt eine etwa 30-jährige leitende Genossin ein und fährt fort: *"Durch das Studium und die Arbeit wird das Bewußtsein allmählich erhöht, und die Kader überschreiten die Grenzen des bürgerlichen Rechts. Es wird die Ideologie beseitigt, daß ich auf keinen Fall mehr als andere arbeiten will. Beispielsweise muß in einer bestimmten Periode auf den Reisfeldern sehr viel Unkraut gerupft werden. Um dies zu tun, wollen die Kader früher aufs Feld als gewöhnlich. Ihnen geht es also hierbei nicht um mehr Lohn, sondern um die Erhöhung der Produktion. Eben das meinte Lenin, als er in seinem Artikel 'Die große Initiative' von den kommunistischen Samstagen schreibt, von der Arbeit ohne Entgelt."*

Es ist kein Wunder, wenn bei uns die Imperialisten und ihre Propagandaagenten zetern und über die chinesischen Kaderschulen hilflose Lügen verbreiten, indem sie sie abwechselnd als Gefängnisse oder als privilegierte Spielwiesen für Kader beschreiben. Denn viele Hoffnungen der Imperialisten auf die Wiederherstellung des Kapitalismus in einem sozialistischen Land verfliegen, wenn sich die Kader klar als Teil der Massen fühlen und entsprechend handeln. Die immer fester geschmiedete Einheit zwischen Arbeitern, Bauern und Kadern in China stärkt die allseitige proletarische Diktatur und bringt den Sozialismus weiter voran. Die Kaderschulen haben auf dem Weg zum Kommunismus eine weitreichende geschichtliche Bedeutung.

—Uwe Kräuter, z.Zt. Peking—


von dem vor kurzem urbar gemachten Salzboden einer Kaderschule wird eine reiche Ernte an Gemüse und Melonen eingebracht.

Auflösung der SEATO gefordert

Von den Staatschefs von Thailand und den Philippinen wurde am 24. Juli in Manila, der Hauptstadt der Philippinen, angekündigt, daß sie die schrittweise Auflösung der SEATO befürworten und dafür eintreten. Damit wenden sich die beiden Staatschefs gegen das Fortbestehen eines Militärbündnisses im südostasiatischen Raum, das die US-Imperialisten 1954 zusammen mit Großbritannien und Frankreich gebildet hatten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über die Völker in diesem Teil der Welt. Ihre ehemaligen Kolonien wie Pakistan, Neuseeland, die Philippinen, Thailand und Australien mußten Mitglieder dieses aggressiven Militärpaktes werden, der es dem US-Imperialismus ermöglichte, in diesen Ländern Truppen zu stationieren oder Militärstützpunkte der geschlagenen britischen oder französischen Kolonialarmeen zu übernehmen.

Nach der historischen Niederlage des US-Imperialismus in Indochina fordern die Völker die Zerschlagung dieses Militärpaktes und die Auflösung aller US-Stützpunkte. In Manila erklärten deshalb die Staatschefs der Philippinen und Thailands dazu, die Fortexistenz amerikanischer Stützpunkte auf ihrem Staatsgebiet sei zeitlich begrenzt, Thailand kündigte bereits im Mai sämtliche Stützpunktverträge und fordert den Abzug der 25 000 US-Soldaten bis Jahresende. (Le Monde, 27./28.7.)

US-Stützpunkte in der Türkei unter türkische Kontrolle gestellt

Gegen den Beschluß der türkischen Regierung, die amerikanischen Stützpunkte sofort unter türkische Kontrolle zu stellen, haben die Kommentatoren der imperialistischen Presse von Bonn bis Washington ein einhelliges Wehgeschrei angestimmt. Westeuropa sei dadurch stark gefährdet, die amerikanischen Lebensinteressen stünden auf dem Spiel.

Die türkische Regierung sah sich zu diesem Schritt veranlaßt, nachdem der amerikanische Senat das im Februar gegen die Türkei verhängte Waffenembargo wegen der Verwendung der Waffen im Krieg um Cypern jetzt bestätigte. Die türkische Zeitung Milliyet kommentierte: "Die Zeit des Wonnemonats, die auf falschen Hoffnungen aufbaute, in den türkisch-amerikanischen Beziehungen ist endgültig vorüber. Die Zeit für eine neue, realistische Bestimmung der Beziehungen ist angebrochen." Das heißt, daß das türkische Volk sich nicht länger gängeln läßt von der Supermacht USA und ihren imperialistischen westeuropäischen Verbündeten. Die Herrschaft der Imperialisten über das türkische Volk ist gefährdet, deshalb wehklagen die bürgerlichen Korrespondenten. (Le Monde, 27./28.7.)

Komoren erklären ihre Unabhängigkeit

Das Parlament der Komoren, einer Inselgruppe vor der Ostküste Afrikas, erklärte am 6. Juli die Unabhängigkeit der Inselgruppe, die seit 1912 eine französische Kolonie war. Der neue Staat wurde bereits auf der Außenministertagung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in der letzten Woche in die OAU aufgenommen und von zahlreichen afrikanischen Staaten diplomatisch anerkannt. Die OAU hat dem neuen Staat alle Hilfe zugesichert.

Für die Unabhängigkeit hatten bereits im vergangenen Dezember 96,9 % der Inselbewohner gestimmt. Die französische Regierung hatte auf diese eindeutige Entscheidung mit einer Hinhaltetaktik reagiert und die Unabhängigkeit hinauszuschieben versucht. Am 27. Juni hatte noch die französische Nationalversammlung beschlossen, die Abstimmung Insel für Insel zu wiederholen und damit nicht nur die Entscheidung vom Dezember für niohtig erklärt, sondern sich auch gegen die Schaffung eines einheitlichen Staates ausgesprochen. (Hsinhua, 17.7.1975)

Venezuela kündigt Verstaatlichung der Erdöl-Industrie an

In Übereinstimmung mit der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC), deren Mitglied Venezuela ist, hat es angekündigt, bis Jahresende die gesamte Erdölindustrie zu verstaatlichen. Der venezolanische Präsident Perez erklärte: "Es ist die Entscheidung aller Parteien, des ganzen Volks und der ganzen Nation von Venezuela, die die Lebensinteressen der Nation in ihre eigenen Hände nehmen wollen." Der Präsident hatte zuvor den Verstaatlichungsbeschluß in den Rahmen der internationalen Lage gestellt: Venezuela befinde sich in einer Konfrontation mit Ländern, die soviel politische und wirtschaftliche Macht hätten, daß sie Erdöl so von den Ländern der OPEC forderten, als sei es ihr eigenes Blut. Der zweite mächtige Gegner seien die internationalen Ölkonzerne. (Hsinhua, 21.7.)

Zimbabwe: Siedlerregime in Panik

Das rhodesische Siedlerregime versucht neuerdings, die Grenze zu Mozambique abzuriegeln. Zugleich wurde für alle Afrikaner ein Ausgehverbot von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang verhängt (Neue Zürcher Zeitung vom 26. Juli).

Mit diesen Maßnahmen will das Siedlerregime die Afrikaner hindern, sich den militärischen Ausbildungslagern anzuschließen, in denen bereits mehrere Tausend politisch und militärisch für den Befreiungskampf in Zimbabwe ausgebildet werden. Diese Lager wurden von der FRELIMO, der Befreiungsfront vom Mozambique, zur Verfügung gestellt; ihr Unterhalt wird voll von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) getragen.

Wachsende Bedeutung des Hafens von Aden

Aden, Hauptstadt der Volksdemokratischen Republik Jemen, am Ausgang des Roten Meeres in den Indischen Ozean gelegen, bekommt als Hafen seit Wiedereröffnung des Suez-Kanals immer größere wirtschaftliche und strategische Bedeutung. Von dort ist die Verbindung zwischen Europa, Asien und Afrika zu kontrollieren. Der Hafen wurde ausgebaut, so daß Tanker bis zu 120 000 Tonnen festmachen können. Seit Eröffnung des Suez-Kanals hat sich die Zahl der ankernden Schiffe mehr als verdoppelt. In der Zeitung von Aden, "14. Oktober", heißt es: "Wir arabischen Völker sind gastfreundlich. Wir heißen alle Gäste und Touristen in unserem Land willkommen, aber wir heißen keinen Gast willkommen, der mit Kriegsschiffen kommt, denn das heißt, den Tiger durch die Hintertür hineinzulassen, während der Wolf durch die Vordertür bellt." (nach Hsinhua, 21.7.)

Griechische Polizei geht gegen streikende Bauarbeiter vor

Griechische Polizei- und Gendarmerieeinheiten mit gepanzerten Fahrzeugen konnten die Demonstration von 3 000 Bauarbeitern am 23. Juli in Athen nicht zerschlagen. Die Bauarbeiter forderten den 7-Stundentag, die Anhebung der Renten und die Auflösung einer Abteilung der griechischen Polizei, die die Gewerkschaften überwacht. Die Bauarbeiter kamen in die Innenstadt und bis zu den Regierungsgebäuden. Die Regierung ist auf keine der Forderungen eingegangen, sie verhängte ein Demonstrationsverbot. (Le Monde, 25.7.)

100 000 französische Arbeiter im Streik

Nach Angaben der größten französischen Gewerkschaft, der CGT, befinden sich derzeit über 100 000 Arbeiter in ganz Frankreich im Streik. Das ist außergewöhnlich, weil zur Zeit viele Betriebe Betriebsferien haben. Gestreikt wird in 180 Betrieben, von denen 42 von den Belegschaften besetzt sind. Hauptziel der Streiks ist, drohende Entlassungen zu verhindern und Lohnerhöhungen durchzusetzen. (Le Monde, 26.7.)

Mobile medizinische Einheit für Südvietnam gespendet

Das Freiburger Indochina-Komitee hat am 20. Juni 8 815,24 DM für eine mobile medizinische Einheit an die Revolutionsregierung in Südvietnam gespendet. In dem Brief, mit dem sich die Revolutionsregierung über ihre ständige Mission in Paris bedankt, heißt es:

"Liebe Freunde,

wir bedanken uns aufrichtig für Euren Brief vom 22.6. und für Eure Glückwünsche zum großen Sieg des vietnamesischen Volkes über den amerikanischen Imperialismus.

Sicher hat unser Volk viele Opfer und Entbehrungen ertragen, aber, daß ein solcher Sieg über einen solchen Feind, über den amerikanischen Imperialismus, erzielt wurde, liegt daran, daß alle fortschrittlichen Völker der Welt, wie Euer Volk uns geholfen und unterstützt haben nach ganzem Herzen.

Wir ergreifen die Gelegenheit, um Euch für Eure lebhafte Solidarität zu danken, die sich zuletzt in dem Geschenk einer mobilen medizinischen Einheit für die Revolutionsregierung von Südvietnam ausgedrückt hat.

Bitte übermittelt allen unseren Dank und unsere wärmsten Grüße an alle Mitglieder des Indochina-Komitees.

Wir hoffen noch weiter auf eine Unterstützung und eine Solidarität während der Aufbauphase unseres Landes bis wir die Wunden des Krieges überwunden haben.

Mit all Eurer Freundschaft
Ständige Mission der GRP (Provisorische Revolutionäre Regierung)
Phan Thanh Nam"



Kambodscha:
Das Volk baut sein Land auf

"Die Umwandlung eines zum Teil hochzivilisierten Volkes in eine primitive Agrargesellschaft" beklagte die Zeitung "Die Welt" am 17. Juli. Der Wahrheit halber muß man hinzufügen: Der Teil der Kambodschaner, der auf Kosten der Bauern und der arbeitenden Volksmassen seinen "hochzivilisierten" Genüssen nachging, war sehr klein. Genaugenommen umfaßte er nicht mehr als die Handvoll Marionetten, denen der US-Imperialismus in den Sattel geholfen hatte. Die Masse des Volkes litt unter dem Hunger. Westliche Korrespondenten berichteten damals über die einfachen Soldaten der Lon-Nol-Truppen, daß sie zum Teil vom Truppen, daß sie zum Teil vom Fleisch ihrer gefallenen Kameraden sich ernährten. Schon damals gab es in den befreiten Gebieten ausreichend Reis zu essen.

Kambodscha ist zwar ein rückständiges Land. Aber es besitzt in seinen vier Millionen Hektar Reisland einen großen Reichtum und in seinen vom Imperialismus befreiten Volksmassen die Kraft, ihn zu erschließen. Unter der Losung: "Die größtmögliche Menge Reis produzieren, um die Wirtschaft zu stärken und rasch ein neues Kambodscha aufzubauen" wird daran im ganzen Land gearbeitet.

Um das Reisproblem zu lösen, muß das Wasserproblem gelöst werden. Obwohl es genügend Land und Wasser gibt, war es bisher so, daß, was an der einen Stelle fehlte, an anderer durch Überschwemmungen und Versumpfung den Ertrag schmälerte. Deshalb wurden überall im Land unter der Devise "Das Wasserproblem zu hundert Prozent lösen" Kanäle angelegt, Dämme gebaut, wasserwirtschaftliche Einrichtungen wie Schleusen und Generatoren angelegt. Bis jetzt ist das Ziel schon zu fünfzig bis sechzig Prozent erreicht (Agence Kampuchea d'Information (AKI), 5. Juli). "Dieses Jahr führt das ganze Volk mitsamt den Soldaten und den Kadern in der Regenzeit eine Offensive an der Reis-Front durch. Die Bewohner sind in Solidaritätsgruppen organisiert für die Produktion und stützen sich dabei auf Dämme, Kanäle, Deiche und Wasserreservoirs, die sie während des revolutionären Krieges gebaut haben. Sie sind nicht länger auf den Regen angewiesen, der nicht überall und nicht regelmäßig fällt. Der Reis ist überall ausgesät und in einer größeren Zahl von Provinzen auch schon in bedeutendem Umfang geerntet. Die Solidaritätsgruppen für die Produktion, die Kämpfer und Kämpferinnen der Volksarmee und Kämpferinnen der Volksarmee und die Kader treiben die Bewegung für die Bewirtschaftung der Wassernutzung voran, um zu hundert Prozent Herr des Wasserproblems zu werden, um größere Ernten zu erhalten, die Wirtschaft zu verbessern und ein neues Kambodscha aufzubauen." (AKI Nr. 235/2)

Aus der Region Kratie wird berichtet, daß die Kämpfer der revolutionären Armee neben ihren Patrouillen in der Landwirtschaft arbeiten. Sie legen Reiskulturen an, machen neues Land urbar. Die Ernte dieser Einheit in der letzten Trockenperiode war gut. Zur Zeit verpflanzen sie Reis im Geiste einer Offensive. 200 Hektar haben sie schon umgepflanzt. Gleichzeitig legen sie Maisfelder an, züchten Ochsen, Schweine und Geflügel. Die Kämpfer dieser Einheit der revolutionären Armee organisieren sich mit den Bewohnern der umliegenden Dörfer, führen Wasserbauarbeiten aus und legen Reisspeicher an. Sie sind entschlossen, das Doppelte ihres Eigenverbrauchs zu produzieren, um das Land zu verteidigen und seine Wirtschaft zu entwickeln. Wie in der Region Kratie entwickelt sich die Lage im ganzen Land.

In der Provinz Pry Veng bauten die in Solidaritätsgruppen vereinten Volksmassen 4 Deiche von 1 000 bis 6 000 Meter Länge und 2 bis 4 Meter Höhe. Sie haben Kanäle gegraben zwischen 500 und 800 Meter Länge. Schleusen und hydraulische Geräte wurden erstellt, um die Wasserkraft zu nutzen. Alles das Arbeiten, die die Kraft einzelner Bauern übersteigen und nur durch vereinte Anstrengungen gelingen konnten.



Kämpfer der Befreiungsarmee bei der Urbarmachung neuer Felder. Die Armee des Volkes lebt nicht auf Kosten des Volkes.

Eine neue Straße wird durch den Dschungel geschlagen.

